



## 16. Wahlperiode

## 111. Sitzung

Mittwoch, den 27.01.2016

– Teil II –

Mainz, Ratssaal der Stadt Mainz

Die Tagesordnung für die 111. und 112. Plenarsitzung am 27. und 28. Januar 2016 wird auf der Grundlage der ausgedruckten Tagesordnung mit der Maßgabe festgestellt, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 5 ohne Aussprache und Tagesordnungspunkt 20 (Waldzustandsbericht) bereits in der 111. Plenarsitzung im Anschluss an Tagesordnungspunkt 8 behandelt wird.

Zu Tagesordnungspunkt 8 (Gesetzentwurf über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel) wird die Frist zwischen der Verteilung und der ersten Beratung gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 68 Abs. 1 und 2 GOLT abgekürzt. . . . .

Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz, Herrn Michael Ebling. . . . .

**AKTUELLE STUNDE** . . . . .

**Aus der Vergangenheit lernen: Erinnerungskultur stärken – Klares Bekenntnis gegen Rechts**  
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/6083 – . . . . .

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7415, 7419

. . . . . 7422

Abg. Julia Klöckner, CDU: . . . . . 7416, 7419

. . . . . 7421

Abg. Heiko Sippel, SPD: . . . . . 7417

Vera Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: . . . . . 7418

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . . 7420, 7422

Abg. Dr. Dr. Rahim Schmidt, fraktionslos: . . . . . 7420

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin: . . . . . 7421

**Unionschaos in der Flüchtlingspolitik**  
auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 16/6111 – . . . . .

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . . 7422, 7428

Abg. Julia Klöckner, CDU: . . . . . 7423, 7428

. . . . . 7429, 7430

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7424

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin: . . . . . 7425, 7426

Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen: . . . . . 7430

Abg. Anne Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7431

. . . . . 7431

**Kritik des Landesrechnungshofs an rot-grünen Windkrafttrabatten – rechtswidriges Regierungshandeln kostet die Steuerzahler Millionen**

7414 auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/6113 – . . . . . 7432

7414

Abg. Alexander Licht, CDU: . . . . . 7432, 7436

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7433

Abg. Marcel Hürter, SPD: . . . . . 7434

Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten: . . . . . 7435

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7436

. . . . . 7436

*Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.*

*Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt. . . . .*

7437

**Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Wohnformen und zur Stärkung der Teilhabe**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/5385 –

**Zweite Beratung**

**dazu:**

**Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses**

– Drucksache 16/6100 –

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD**

**und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/6095 –

**Wirksame Unterstützung älterer Menschen und von Menschen mit Pflegebedarf und Behinderung durch Weiterentwicklung der Wohnformen und Sicherung ihrer Teilhabe  
Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –**

– Drucksache 16/6097 – . . . . . **7437**

Abg. Gabriele Wieland, CDU: . . . . . 7437, 7442

Abg. Heike Scharfenberger, SPD: . . . . . 7438

Abg. Dr. Fred Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7439, 7441

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie: . . . . . 7440

*Mehrheitliche Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 16/6095 –.*

*Jeweils mehrheitliche Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/5385 – unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 16/6095 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.*

*Mehrheitliche Ablehnung des Entschließungsantrags – Drucksache 16/6097 –. . . . .* **7442**

**Landesgesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/5900 –

**Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten**

– Drucksache 16/6101 – . . . . . **7442**

*Jeweils einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/5900 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung. . . . .* **7442**

**Landesgesetz zur erleichterten Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/5931 –

**Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses**

– Drucksache 16/6102 – . . . . . **7443**

Abg. Bernhard Kukatzki, SPD: . . . . . 7443

Abg. Martin Brandl, CDU: . . . . . 7443

Abg. Arnold Schmitt, CDU: . . . . . 7443

Abg. Wolfgang Schlagwein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7444

Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung: 7445

*Jeweils einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/5931 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung. . . . .* **7445**

**Landesgesetz zu dem Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/6078 –

**Erste Beratung . . . . .** **7445**

*Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/6078 – an den Ausschuss für Medien und Netzpolitik – federführend – und an den Rechtsausschuss. . . . .* **7445**

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen im Ingenieurwesen und über die Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz und des Architektengesetzes**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/6081 –

**Erste Beratung . . . . .** **7445**

*Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/6081 – an den Wirtschaftsausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. . . . .* **7445**

**Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel**

**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/6117 –

**Erste Beratung . . . . .** **7445**

Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: . . . . . 7445

Abg. Jochen Hartloff, SPD: . . . . . 7446

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7447

Günter Kern, Staatssekretär: . . . . . 7448

*Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/6117 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. . . . .* **7449**

**Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Grünstadt-Land und Hettenleidelheim**

**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/6105 –

**Erste Beratung . . . . .** **7449**

Abg. Dr. Norbert Mittrücker, CDU: . . . . . 7449

Abg. Manfred Geis, SPD: . . . . . 7449

Abg. Ruth Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 7450

Günter Kern, Staatssekretär: . . . . . 7451

Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/6105 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.

7452

**Waldzustandsbericht 2015**

**Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 16/5894) auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/6070 – . . . . .	7452
Abg. Anna Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	7452
Abg. Michael Billen, CDU: . . . . .	7453, 7457
Abg. Marcel Hürter, SPD: . . . . .	7454
Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:	7456
<i>Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt. . . . .</i>	<b>7457</b>

\* \* \*

**Präsidium:**

Präsident Joachim Mertes, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund, Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel, Vizepräsident Dr. Bernhard Braun.

**Anwesenheit Regierungstisch:**

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Roger Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur, Vera Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Prof. Dr. Gerhard Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz; Heike Raab, Staatssekretärin.

**Entschuldigt:**

Abg. Elisabeth Bröskamp, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abg. Marcus Klein, CDU, Abg. Dieter Klöckner, SPD, Abg. Ruth Leppla, SPD, Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD; Prof. Dr. Salvatore Barbaro, Staatssekretär, Clemens Hoch, Staatssekretär, Uwe Hüser, Staatssekretär, Randolph Stich, Staatssekretär.

**111. Plenarsitzung des Landtags  
Rheinland-Pfalz am 27.01.2016**

Die um 11:45 Uhr in der Rheinhessen-Fachklinik Alzey unterbrochene Sitzung – siehe Teil I des Plenarprotokolls – wird um 14:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags im Ratsaal der Stadt Mainz wiedereröffnet.

**Präsident Joachim Mertes:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das klingt alles ein bisschen anders. Es sieht anders aus. Es fühlt sich anders an. Wir sind Gast im Mainzer Rathaus.

Herr Fuhr, hören Sie mich?

(Alexander Fuhr, SPD: Nein!)

Dann versuche ich, etwas näher in das Mikrofon zu sprechen. Ist es jetzt besser?

(Zurufe aus dem Hause: Ja!)

Ich muss mich auch an dieses Haus gewöhnen, eine Zeit lang zumindest.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir tagen im Mainzer Rathaus, weil der Landtag ein Quartier gesucht hat. Der Oberbürgermeister hat uns hier hereingelassen. Es gibt noch einige Fragen hinsichtlich der Bestuhlung und Ähnliches zu klären.

Herr Kollege Bracht, es sind aber auch noch Fragen hinsichtlich der Rettungswege zu klären. Auch darüber müssen wir gemeinsam reden. Es hat keinen Zweck, einfach nur Versprechungen zu machen.

Ich beginne damit, dass ich erst einmal normal, wie es immer ist, kurz die Sitzungshinweise aufrufe. Schriftführende Abgeordnete sind die Kollegen Fredi Winter und Michael Wäschenbach, der die Zeit stoppt. Die Zeit wird hier etwas anders gestoppt. Es ist alles Handarbeit. Wir werden versuchen, auf diese Weise miteinander klarzukommen. Wir haben hier keine elektronische Zeitanzeige.

Entschuldigt haben sich Elisabeth Bröskamp, Markus Klein, Dieter Klöckner, Ruth Leppla, Jaqueline Rauschkolb und die Staatssekretäre Professor Dr. Barbaro, Hoch, Hüser und Stich.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Geburtstagen. Am 15. Januar 2016 hatte Frau Kollegin Ingeborg Sahler-Fesel einen runden Geburtstag gefeiert.

(Beifall im Hause)

Ingeborg, gehe in die nächsten zehn Jahre. Es tut nicht weh.

Horst Gies ist 55 Jahre alt geworden. Ich denke, das darf man noch erwähnen.

(Beifall im Hause)

Herr Gies, Ihnen noch viele Jahre guten Ahr-Rotwein.

Jetzt sind wir Gast in diesem Hause bei Herrn Oberbürgermeister Michael Ebling. Sie werden es nicht glauben, er wird heute 49 Jahre. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Noch ein Jahr jugendlicher Held, dann geht es ins Charakterfach.

Meine Damen und Herren, das weiß der Herr Oberbürgermeister nicht. Jeder, der am Plenumstag Geburtstag hat, bekommt zwei Flaschen Wein vom Präsidenten. Hier stehen sie. Herzlichen Glückwunsch! Ich wünsche Ihnen noch ein wunderbares Jahr. Auf das nächste runde Jubiläum! Ich bedanke mich dafür, dass Sie uns hier aufgenommen haben.

Jetzt lassen wir den Oberbürgermeister ein Grußwort an seinem Geburtstag in seinem Rathaus sprechen. Gibt es von Ihnen zur Tagesordnung noch Wünsche, die wir erfüllen können? Ist das okay? – Wunderbar. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

Herr Oberbürgermeister, ich weiß nicht, was die Zukunft bringt. Das ist wahrscheinlich nach langer Zeit wieder einmal ein Auftritt im Landtag.

**Oberbürgermeister Michael Ebling:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtags, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, meine Damen und Herren des rheinland-pfälzischen Kabinetts, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich im Ratssaal der Landeshauptstadt Mainz begrüßen. Sie haben es möglich gemacht – ich meine damit nicht das Datum, dass auch ich heute Geburtstag habe, was ein Zufall ist; ich bedanke mich sehr herzlich für den freundlichen Applaus, den Sie mir eben zuteil werden ließen –, dass Sie heute die 111. Plenarsitzung durchführen,

(Beifall im Hause)

die zugleich die erste Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtags in diesem Ratssaal ist. Sie wissen, was diese Zahl den Mainzerinnen und Mainzern bedeutet. Also ist es uns heute nicht nur aus diesem Grund eine besondere Freude und auch Ehre, dass der rheinland-pfälzische Landtag Gast in unserem Rathaus ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, es wäre unsinnig, Ihnen unsere Landeshauptstadt vorzustellen; denn Sie wissen alles über uns. Das ist auch gut so. So will ich Ihnen nicht wie sonst, wenn man Gäste begrüßt, erzählen, dass wir inzwischen eine der jüngsten Städte der Republik geworden sind, wir, so sagen es die Soziologen, zu einer Schwarmstadt geworden sind, die momentan jährlich um 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner wächst. Wir sind eine junge Studierenden- und Wissenschaftsstadt.

Ich will auch nicht erzählen, dass wir mit allein 2.483 Gründungen im vergangenen Jahr zu einer der Gründungshauptstädte Deutschlands gehören. Das alles müsste und will ich Ihnen gar nicht sagen.

Ich will Sie herzlich willkommen heißen und darauf hinweisen, wo Sie sitzen. Sie sitzen natürlich im Rathaus der Stadt, aber auch in einem ganz besonderen Baudenkmal, und zwar nicht nur deshalb, weil es, nachdem es nun vier Jahrzehnte in Betrieb ist, auch sanierungsbedürftig geworden ist, sondern weil es ein einzigartiges Rathaus in Deutschland ist.

Im Jahr 1976 wurde es kurz nach der Eröffnung – manch einer mag sich das heute nicht mehr vorstellen können – im Rahmen des Wettbewerbs „Vorbildliche Bauten“ sogar prämiert, und zwar mit folgender Begründung – ich zitiere –: Es stellt einen wichtigen Diskussionsbeitrag zur aktuellen demokratischen Repräsentanz dar und demonstriert eine entschiedene Alternative zur Anonymität kommunaler Verwaltungsgebäude. – Ein Diskussionsbeitrag war es in der Tat schon damals. Die Diskussion über unser Mainzer Rathaus sollte auch Jahrzehnte später nicht an Aktualität verlieren.

Wo sich über Geschmack und Ästhetik streiten lässt, lässt sich über eines – so hoffe ich – nicht streiten. Sie werden in Deutschland und in Europa wenige Bauten finden, die einen vergleichbaren Beitrag zur Architektur und Architekturgeschichte demokratischer Repräsentanz leisten.

Das Mainzer Rathaus ist mehr als ein steinerner Zeuge einer Epoche. Es ist selbst in seiner Epoche singulär und hat eine Sonderstellung auch im Werk seines Schöpfers, des international renommierten Architekten Arne Jacobsen. Das macht unser Rathaus zu einem ganz besonderen Denkmal nicht nur der Architektur, sondern auch des Verständnisses von Demokratie und Fortschritt in Deutschland. Es erlaubt uns, den Wandel dieses Verständnisses an ihm auch abzulesen und zu reflektieren.

Darüber legt auch dieser Teppich Zeugnis ab. Das Rathaus auf diesem Teppich ist tatsächlich in der Mitte der Stadt Mainz platziert, weil das Stadtgebiet nach dem Zweiten Weltkrieg deutliche Verluste durch die Alliierten hinnehmen musste. Das Rathaus mit seinem Ratssaal, den Arne Jacobsen und Otto Weitling bis hin zu den Stühlen, auf denen Sie sitzen, geplant hatten, stellt eine herausragende Stätte in der Architektur unserer Demokratie dar. Deshalb freuen wir uns, dass es auch in seiner runden Form für die parlamentarischen Bauten in Deutschland beispielgebend war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, es ist ein guter und ehrwürdiger Tag für die Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags. Ich freue mich sehr, dass Sie für die Plenarsitzung dieses Rathaus hoffentlich auch ein bisschen in Ihr Herz schließen. Ich darf Sie noch einmal herzlich willkommen heißen und Ihren Beratungen im Interesse der Menschen unseres Bundeslandes einen guten Verlauf wünschen!

Ich danke Ihnen.

(Beifall im Hause)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Meine Damen und Herren, wir müssen noch etwas nachholen. Der von allen Fraktionen eingebrachte Gesetzentwurf

über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel wurde heute verteilt. Wir werden die Frist abkürzen müssen. Die üblichen Hinweise auf die fristgerechten Einreichungen sowie die Änderungs- und Alternativanträge werden am Ende gesondert aufgerufen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

#### **AKTUELLE STUNDE**

#### **Aus der Vergangenheit lernen: Erinnerungskultur stärken – Klares Bekenntnis gegen Rechts auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/6083 –**

Wer spricht? – Herr Köbler, bitte schön.

Herr Köbler, ich möchte noch einen Satz sagen. Wenn bei den Fünf-Minuten-Beiträgen die vierte Minute angebrochen ist, werde ich kurz die Glocke läuten, damit Sie sich darauf einrichten können, dass Sie noch eine Redezeit von einer Minute haben. Das ist nur eine Hilfe. Wenn Sie Ihnen zuwider ist, weil Sie glauben, die Redezeit wäre zu Ende, können wir das nach der Sitzung klären.

#### **Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist für mich etwas Besonderes, im Rathaus meiner Heimatstadt, dieser bunten und weltoffenen Stadt, vor dem rheinland-pfälzischen Landtag sprechen zu dürfen. Diese Stadt hat schon Carl Zuckmayer als Völkermühle am Rhein beschrieben.

Wir waren gerade auf der Gedenksitzung in der Rheinhessen-Fachklinik in Alzey und haben einen beeindruckenden Vortrag von Professor Götz Aly gehört. Es war heute am 27. Januar 1945, als das Konzentrationslager Auschwitz von der Roten Armee befreit wurde. Seit 1996 ist der 27. Januar der „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“.

Seit 2005 ist er von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“ ausgerufen worden. 1996 – das haben wir vorhin auch schon gehört – hat der damalige Bundespräsident Roman Herzog zu diesem Tag gesagt – ich zitiere –: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

Diesen Worten von Altbundespräsident Roman Herzog ist nichts hinzuzufügen. Wie wichtig es ist, diese Erinnerung in unserem kollektiven Gedächtnis immer wieder hochzuhalten, das zeigen auch aktuelle Debatten in unserem Land. So spricht der AfD-Politiker Dirk Helms in einem Vortrag mit dem Titel „Deutsche Selbstwahrnehmung“, die Gaskammern des KZ Dachau seien erst nachträglich von den Alliierten eingerichtet worden – um zu täuschen. Außerdem habe Hitler den Zweiten Weltkrieg nicht geplant.

In einem Artikel des AfD-Politikers Gunnar Baumgart aus dem vergangenen Jahr heißt es: „Zyklon B diente zum Schutz des Lebens. Kein einziger Jude ist durch eine Tötungs-Gaskammer oder einen Tötungs-Gaswagen umgebracht worden.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind zum Glück noch nicht so weit, wie wir damals waren. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir alle, die wir Demokratinnen und Demokraten sind, ganz klar sagen: Wehret den Anfängen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

2015 gab es laut Bundeskriminalamt bundesweit 924 Straftaten gegen Asylbewerberheime, darunter 24 in Rheinland-Pfalz, 193 Gewalttaten und 76 Brandanschläge. Von Januar bis November 2015 gab es bereits 12.650 rechtsextremistische Delikte, darunter 846 Gewalttaten.

Meine Damen und Herren, es geht darum, in welcher Gesellschaft wir in Rheinland-Pfalz leben wollen. Wir wollen, ja wir müssen dieses bunte, weltoffene und tolerante Rheinland-Pfalz verteidigen. Wir würden uns wünschen, wenn von diesem Hause auch das klare Signal aller Demokratinnen und Demokraten ausgeht: Wir wollen nicht, dass dieses Land durch rechtspopulistische Parolen gespalten wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Präsident Joachim Mertes:**

Ich erteile Frau Kollegin Klöckner für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 1996 hat Roman Herzog diesen Gedenktag ins Leben gerufen. Ein Gedenktag, ist der notwendig? Was ist Gedenken? – Gedenken ist das Gegenteil von Vergessen. Gedenken ist das Gegenteil von Schwamm drüber. Gedenken ist das Gegenteil von, es muss doch mal gut sein. Gedenken ist wichtig, damit wir das Entsetzen aus diesen Zeiten und diesen Tagen auch konservieren können, konservieren, um der kommenden Generation vor Augen zu führen, wohin auf der einen Seite Mitläufertum, Leichtfertigkeit und Wegducken und auf der anderen Seite Menschenhass und Ausgrenzung wirklich führen können.

Angefangen hat immer alles im Kleinen. Die Frage ist, wann die Addition dazu geführt hat, dass Menschen ausgegrenzt worden sind, es Menschen in den Augen von anderen Menschen gibt, die weniger wert sind, weil sie beeinträchtigt sind, weil sie nicht so schnell sind wie andere, weil sie das gleiche Geschlecht lieben, weil sie einen anderen Glauben oder vielleicht gar keinen Glauben haben. Diese Unterscheidung in wertem und unwertem Leben, überhaupt eine solche Kategorie zu haben, so etwas ist von Menschen entstanden, und wir können nicht sagen,

dass so etwas nicht wieder entstehen könnte, weil Menschen die Ursache dafür waren. Deshalb ist Gedenken und das Nichtvergessen immer wieder vonnöten, um sich vor Augen zu führen, Geschichte wiederholt sich nicht 1 : 1. Aber wir haben auch gelernt, viele haben aus der Geschichte gar nicht gelernt.

(Beifall der CDU und bei SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb braucht es diese berührenden Berichte wie heute Morgen von Herrn Professor Aly. Ich glaube, er hat uns allen, die zugehört haben, die Perspektiven verändert, einen Perspektivenwechsel gebracht. Warum? – Weil die Schubladen einfach nicht stimmen. Ich glaube, da müssen wir uns alle an die Nase packen. Auch ich mich, mit meiner Partei. Ich glaube aber, auch alle. Ich glaube, dass die Schubladen in die Guten und die Schlechten so nicht funktionieren. Das Beispiel vom Bischof von Münster, Graf Galen, Löwe von Münster genannt, er war ein Kämpfer, ein Widerstandskämpfer auch gegen seine eigene Kirche. Aber er hatte auch Positionen, die wären heute aus unserer Sicht reaktionär, und er würde heute abgekanzelt werden, auch mit einer Moralkeule als jemand, der rechtsreaktionär stehen würde, das heißt, wir alle müssen den Blick für neue Situationen haben, um das Schlimmste zu verhindern.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD  
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb will ich hier deutlich sagen, die Parteien der Mitte, und dazu zähle ich alle, die hier sind, sind dazu aufgefordert, dass unsere Demokratie wehrhaft bleibt. Aber das beginnt nicht dort, wo es warm ist, im schönen Plenarsaal, sondern es beginnt jeden Tag auf der Straße, auch in der Familie, im Freundeskreis aufzustehen. Wir sagen sehr häufig und sprechen es aus, aufstehen gegen Rechts, Gesicht zeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollege, aber da dürfen wir nicht sitzen bleiben, wenn es wirklich darauf ankommt. Wir haben in Deutschland – Gott sei es gedankt – bisher noch eine relativ niedrige Zahl an Zustimmungshöhe zu Parteien am extremistischen Rand. Schauen wir uns die Niederlande, schauen wir uns Skandinavien, schauen wir uns Frankreich an. Aber das heißt nicht, dass wir immer immun sind. Aber es heißt auch nicht, dass wir die Bürger, die extremistische Parteien wählen, abschreiben sollten; denn jetzt sind wir gefragt. Jetzt sind wir gefordert, nämlich mit Argumenten,

(Glocke des Präsidenten)

auch in Elefantenrunden Gesicht zu zeigen; denn mit Argumenten kämpft man in einer Demokratie für die Demokratie.

(Beifall der CDU)

**Präsident Joachim Mertes:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich klinge, haben Sie immer noch eine Minute Redezeit. Wir sind noch im Übungsmodus. Herr Köbler hat es auch kürzer gemacht.

Ich hatte eben gesagt, bei Fünf-Minuten-Debatten klinge ich in der vierten Minute, damit Sie wissen, Sie haben noch eine Minute.

Das Problem ist nun wirklich nicht, dass Sie die Zeit nicht nachholen könnten. Wir werden die Zeit dann bei den Zwei-Minuten-Beiträgen zuschlagen.

Herr Kollege Sippel.

**Abg. Heiko Sippel, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir danken zunächst der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für das Thema der Aktuellen Stunde. Es ist heute nach der bewegenden Gedenkveranstaltung in Alzey und der Schilderung der unvorstellbaren Gräueltaten des NS-Terrors sehr angebracht und wichtig.

Es war eine gute Entscheidung des Bundespräsidenten Roman Herzog, diesen Gedenktag einzuführen, um Erinnerung wachzuhalten, aber auch zu mahnen, dass es eine so menschenverachtende Schreckensherrschaft in unserem Land nie wieder geben darf.

Wir haben heute den Menschen in der Region Rheinhessen gedacht, die eigentlich der Hilfe und der Zuwendung bedurft hätten, aber in der abartigen NS-Vernichtungsmaschinerie Schmerzen und Missbrauch erleiden mussten und zumeist den Tod gefunden haben.

Ich bin sehr dankbar, dass das Landeskrankenhaus und auch die Rheinhessen-Fachklinik die Aufarbeitung, die Dokumentation dieser Schreckensgeschichte maßgeblich unterstützt und mit gefördert haben. Es war eine Arbeitsgruppe, Bürgerinnen und Bürger, die sich hier wirklich detailliert mit dieser Geschichte auseinandergesetzt und diese Dokumentation erstellt haben, die jetzt auch in Osthofen in der KZ-Gedenkstätte ausgestellt wird. Vielen Dank dafür!

Meine Damen und Herren, in der Stadt selbst wurden unter Mitwirkung dieser Arbeitsgruppe Stolpersteine verlegt, auch ein wichtiger Beitrag zur Erinnerungskultur. Wir haben es gehört, damit die Namen nicht ausgelöscht, sondern wachgehalten werden; dies gemeinsam mit den Schulen in Alzey und einem bürgerschaftlichen Altstadtverein. Ich glaube, das ist ein Musterbeispiel an Erinnerungskultur.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir dürfen auch über 70 Jahre danach nicht den Mantel des Schweigens über die Geschichte legen. Dies zeigen die vielen Ausstellungen in Osthofen – ich habe es bereits gesagt – zu den Euthanasieverbrechen in der Region, die Aufklärungs- und Gedenkarbeit in den Gedenkstätten Osthofen, Hinzert und in vielen anderen Orten. Sie leisten einen sehr wertvollen Beitrag zur Erinnerungskultur.

Die Anbindung an die Landeszentrale für politische Bildung war ebenfalls eine richtige Entscheidung. Diese Anbindung hat die Arbeit noch einmal maßgeblich gestärkt. Allen Verantwortlichen, vielen Einzelakteuren, Initiativen,

insbesondere auch der Landesarbeitsgemeinschaft für Gedenkstätten und den Erinnerungsinitiativen gilt unser besonderer Dank.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Mit dem Erinnern und Gedenken gilt es aber auch, die richtigen Lehren für die Zukunft abzuleiten, um so entschlossener für Toleranz, Mitmenschlichkeit, Verständnis und eine humane Werteordnung einzutreten. Deshalb kommt der pädagogischen Arbeit in den Schulen, dem interreligiösen Austausch und nicht zuletzt auch dem europäischen Dialog eine hohe Bedeutung zu, und all das erleben wir zum Glück in Rheinland-Pfalz, zum Beispiel durch den Gedenktag am 9. November in den Schulen, den die Schulen sehr ernst nehmen.

Es ist gut, dass in den Lehrplänen der Schulen die NS-Zeit nicht mehr ausgeblendet wird, sondern in der Tat sehr umfangreich vorkommt. Wir haben die Schülerinnen- und Schülerinitiativen „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, die vielen Partnerschaften auf kommunaler Ebene, das Partnerschaftsnetzwerk auf Landesebene, wir haben die vertrauensvolle Zusammenarbeit des Landes mit den Kirchen, aber auch mit den jüdischen Gemeinden und dem Landesverband der Sinti und Roma. Gut sind auch die Bemühungen zur Aufnahme der SCHUM-Städte in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen werden. Auch dadurch würde die Erinnerungskultur einen wirklich neuen Schub erhalten.

Meine Damen und Herren, trotz allem Engagement des Staates und der Bürgergesellschaft zur Abwehr von rechts-extremem Gedankengut müssen wir heute vielleicht aktueller wie lange nicht mehr mit den Worten von Bertolt Brecht feststellen:

(Glocke des Präsidenten)

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch. –

Nicht nur, dass wir täglich in sozialen Netzwerken unerträgliche Kommentare lesen müssen oder was Rechtspopulisten in Talkshows absondern, rechtsextreme rassistische Gewalttaten nehmen in hohem Maße zu, der NSU-Terror konnte sich unbemerkt über Jahre hinweg ausbreiten, Angriffe auf Flüchtlingsheime, Gewalt gegen Schutzbedürftige müssen wir in Deutschland fast täglich ertragen. Es ist eine Schande für unser Land.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Hinzu kommt eine Veränderung der politischen Debatte durch rechtspopulistische Kräfte, die nach Umfragen derzeit offensichtlich auf Zustimmung stoßen.

Ich stelle in der ersten Runde abschließend fest, Politikerinnen und Politiker, die Ressentiments schüren, die Minderheiten diskriminieren, die von Schießbefehlen an der Grenze sprechen, die Verschwörungstheorien verbreiten, Widerstandskämpfer als Landesverräter betrachten,

(Glocke des Präsidenten)

die hetzen und das Geschäft mit der Angst machen, sind keine Alternative für Deutschland.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

**Präsident Joachim Mertes:**

Ich frage einmal, ob die Landesregierung sich vorstellen kann, dass sie sich jetzt meldet. – Ach, sie ist da. Entschuldigung.

Frau Reiß, es tut mir leid. Das ist das mit der Brille.

**Vera Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:**

Wir müssen es noch alle üben.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben uns heute Vormittag in Alzey versammelt, um gemeinsam der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu gedenken. Dieses Erinnern an das Unfassbare ist weder ein inhaltsleeres Ritual noch der ohnehin zum Scheitern verurteilte Versuch, Geschehenes ungeschehen zu machen. Erinnern bedeutet viel mehr: die Vergangenheit anzunehmen, sich ihr zu stellen, Lehren zu ziehen, Verantwortung zu übernehmen und das Wissen von Generation zu Generation weiterzugeben. Das alles ist im besten Sinne des Wortes Erinnerungskultur.

Der damalige Vorsitzende des Internationalen Auschwitz Komitees, der 2011 verstorbene Noach Flug, fand anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Komitees am 23. Juli 2010 zur Bedeutung der Erinnerungskultur folgende Worte – ich darf ihn zitieren –: „Die Erinnerung (...) ist wie das Wasser. Sie ist lebensnotwendig und sie sucht sich ihre eigenen Wege in neue Räume und zu anderen Menschen. Sie ist immer konkret: Sie hat Gesichter vor Augen, und Orte, Gerüche und Geräusche. Sie hat kein Verfallsdatum und sie ist nicht per Beschluss für bearbeitet oder für beendet zu erklären.“

Sich erinnern, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, ist nach meiner festen Überzeugung lebensnotwendig für die zivilisatorische Integrität und den innergesellschaftlichen Frieden. Erinnerungskultur bedeutet, der Gesellschaft ein menschliches Antlitz zu geben. Heute gilt dies mehr denn je.

Herr Innenministerkollege Lewentz hat zuletzt zum 12. November vergangenen Jahres vor diesem Hohen Hause die Besorgnis der Landesregierung über aktuelle Gefahren des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zum Ausdruck gebracht, und das aus gutem Grund. Wir müssen nämlich zur Kenntnis nehmen, dass offenkundig nicht alle aus der Geschichte gelernt haben. Nicht wenige haben sich zum Ziel gesetzt, die Gesellschaft zu spalten.

Die Bilder von Menschen auf der Flucht, die bei uns Schutz vor Krieg und Terrorismus suchen, haben alte zerstörerische Reflexe in Teilen der Gesellschaft ausgelöst. Fremdenfeindliche Hetze, Angriffe auf Schutzsuchende und ihre Einrichtungen haben 2015 drastisch zugenommen. Alles

zu tun, damit sich Geschichte nicht wiederholt, ist Staatsräson und damit zugleich ein Schlüsselement der Politik der Landesregierung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet im Klartext, die Landesregierung bezieht unmissverständlich Position gegen jede Form des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus. Die dauerhaft, konsequente und aktiv geführte Bekämpfung des Rechtsextremismus, wie sie seit Langem betrieben wird, wird unvermindert fortgesetzt. Dabei spielen natürlich die Schulen eine wichtige Rolle. Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus kann sich nicht alleine der Vermeidung von rechtsextremistischen Haltungen widmen. Sie muss auch ein positives Gegenbild etablieren. Deshalb setzen wir in der schulischen Präventionsarbeit auf die Verbindung mehrerer Elemente: Demokratieerziehung, die Vermittlung historisch-politischen Wissens, allgemeine gewaltpräventive Projekte, in denen persönlichkeitsstabilisierende und konfliktlösende Verhaltensweisen trainiert werden, sowie gezielt auf Rechtsextremismus angelegte Programme. Diese Verbindung hat nach meiner Überzeugung die größten Erfolgchancen im Bereich der schulischen Bildung.

Der Verfassungsschutz wird auch künftig den Rechtsextremismus intensiv beobachten, um ihn zu entlarven und Gefahren frühzeitig zu erkennen. Die Polizei verfolgt fremdenfeindlich motivierte Straftaten konsequent, wo immer ein Anfangsverdacht einer Straftat besteht.

Gemeinsam mit der Justiz werden alle notwendigen und zulässigen Maßnahmen ergriffen, rechte Straftaten aufzuklären und in Zusammenarbeit mit der Justiz einer gerechten Strafe zuzuführen.

Dies ist alles wichtig, aber es ist nicht genug. Wir werden diejenigen, die unsere freiheitliche Ordnung ablehnen und bekämpfen, nur dann in ihre Schranken verweisen können, wenn Staat und Zivilgesellschaft Hand in Hand arbeiten.

Es ist ein positives Zeichen, dass bereits viele Menschen im Land gegen den Rechtsextremismus aktiv sind, für Menschenwürde und Demokratie eintreten, Flüchtlingen mit Herzlichkeit und Solidarität begegnen. Damit es so bleibt und immer noch mehr werden, müssen wir Bürgerinnen und Bürger, Vereine und viele gesellschaftliche Gruppen in ihrem Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz weiter mit Nachdruck unterstützen.

Bei all dem leistet die Erinnerungskultur, wie sie in Rheinland-Pfalz tagtäglich gelebt wird, einen unverzichtbaren Beitrag. Die Landesregierung steht zu diesem historischen Auftrag und erfüllt ihn in vielfältiger Weise. Wir schauen bewusst zurück, reflektieren sorgfältig das Geschehene, ziehen daraus Lehren, die unser gemeinsames friedliches Zusammenleben sichern sollen.

Die pädagogische Arbeit, welche die von der Landeszentrale für politische Bildung betriebenen KZ-Gedenkstätten Hinzert und Osthofen leisten, ist dafür ein ganz hervorragendes Beispiel. Knapp 30.000 Besucher, darunter viele Schulklassen aus dem Land, werden dort angeregt, menschenfeindlichen und ausgrenzenden Ideologien der Ge-



genwart kritisch gegenüberstehen.

Ich möchte abschließend Roman Herzog zitieren, unseren ehemaligen Bundespräsidenten, der am 27. Januar 1996 Folgendes gesagt hat: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen.“

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Joachim Mertes:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen noch drei oder vier Wortmeldungen vor. Herr Köbler beginnt mit noch drei Minuten Redezeit.

Frau Klöckner, ich nehme an, Sie werden sich noch einmal melden. Bei Ihnen ist das Gleiche der Fall.

Die SPD-Fraktion hatte ihr Kontingent von fünf Minuten ausgeschöpft. Sie hat jetzt noch zwei Minuten Redezeit.

Herr Dr. Dr. Rahim Schmidt hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet. Er ist parteiloser Abgeordneter und hat nach der Geschäftsordnung drei Minuten Redezeit und spricht am Ende dieser Runde. Auch das ist so in der Geschäftsordnung verankert.

Herr Köbler, Sie haben das Wort.

**Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor 71 Jahren haben die Alliierten Deutschland von einem menschenverachtenden und vernichtenden System befreit. Ich glaube, es ist gut, dass wir heute dazu die Aktuelle Stunde beantragt haben, weil wir heute erleben, dass Deutschland in der gesellschaftlichen Debatte wieder anfängt, dass Menschen pauschal verurteilt werden, weil sie vielleicht Flüchtlinge, muslimischen Glaubens sind oder anders aussehen.

Wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass durch Leipzig 250 Rechtsextremisten marodierend durch die Innenstadt ziehen und alles kurz und klein schlagen, dann ist das etwas, was mir Sorgen bereitet. Es ist etwas, über das wir sprechen müssen, und es ist etwas, dem wir uns entgegenstellen müssen. Es ist richtig, die Ängste der Bürger ernst zu nehmen und die Menschen mitzunehmen.

Frau Klöckner, es ist auch richtig zu sagen, das kann man nicht nur im Warmen tun, sondern man muss auch raus gehen. Ich glaube, es gehört auch die Frage dazu, wer mit wem im warmen Scheinwerferlicht diskutieren kann. Das ist genau das Klein-Klein des Scharmützels, das die Leute nicht mehr hören können. Es geht darum, dass man eine klare Haltung hat, klare Worte findet, die Menschen nicht immer weiter verunsichert, Ressentiments schürt und Ängste bedient.

Man kann Ängsten nicht dadurch begegnen, dass man sie weiter verstärkt und bedient. Von uns als Demokratinnen

und Demokraten wird erwartet, dass wir die Dinge anpacken, die Probleme nicht verschweigen, die Lösung gemeinsam suchen und angehen und wir zusammenstehen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, diese Gesellschaft zusammenzuhalten. Davon würde ich mir in diesen Tagen mehr, auch klare Worte mit einer klaren Haltung für unsere Demokratie wünschen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Weil das so ist, geht es in einer aufgeheizten politischen Diskussion um die Frage, in welchem Land, in welchem Rheinland-Pfalz wir leben wollen. Ich glaube, es täte uns allen als Demokratinnen und Demokraten gut, dass wir alles dafür tun, dass die menschenverachtende Ideologie der AfD nicht im März in diesen Landtag einzieht. Da sollten wir zusammenstehen. Das ist auch eine Lehre aus der Geschichte, die wir heute aktueller denn je immer wieder ansprechen wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Joachim Mertes:**

Frau Kollegin Klöckner, Sie haben das Wort. Es stehen Ihnen noch drei Minuten Redezeit zur Verfügung.

**Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle einig. Das hat man bei den Redebeiträgen erlebt und mitbekommen. Wir sind uns auf der Metaebene einig: Nie wieder! Gesicht zeigen gegen Rechts! Wir sind alle gegen Fremdenfeindlichkeit. Ich glaube, das sollte hier deutlich sein, es wird in diesem Saal keine Fraktion geben, die nicht dieser Meinung ist; das gilt auch für Fraktionslose.

(Beifall der CDU und bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wird es spannend fernab dieser Gedenktage. Was heißt es für heute in der Umsetzung des Alltages? Wenn wir fremdenfeindliche Aktivitäten, Übergriffe, auch Hetzereien – auch das zähle ich dazu – wirklich konsequent verfolgen wollen, dann müssen wir heute unsere Sicherheitsbehörden, den Verfassungsschutz personell und sachlich besser ausstatten.

(Beifall der CDU)

Auch das gehört dazu. Das Bekenntnis, gegen Rechts zu sein, muss sich im Alltag in den Handlungen manifestieren, die bei der Prävention helfen. Das hat etwas mit Schulunterricht und Sozialkunde zu tun. Wir sollten uns überlegen, ob Sozialkunde in den Schulen nicht früher beginnen sollte. Wir sollten uns überlegen, einen Blick darauf zu haben, wo Sozialkunde ausfällt. Es ist Präventionsarbeit, wenn dieser Unterricht stattfindet.

Herr Köbler sagt – da stimme ich ihm zu –, wir müssen als

Demokraten gegen Rechts zusammenstehen. Ja, aber ich hätte es gerne konkretisiert, lieber Herr Köbler.

Zusammenstehen gegen Rechts – ich komme noch einmal zu dem Thema – ist nicht, wenn Parteien, die in der Mitte der Gesellschaft stehen, im Spektrum der Mitte, Parteien von anderen Parteien Rechtspopulismus vorgeworfen bekommen, wenn sie Themen ansprechen.

(Beifall der CDU)

Ich halte das für falsch.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Wenn es rechtspopulistisch ist – – –)

Eines könnten wir wirklich zeigen. Ich erwähne deshalb noch einmal die Elefantenrunde.

Sie sagen gerade, wenn es rechtspopulistisch ist, dann soll man es nennen.

(Zuruf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: So ist es! –  
Glocke des Präsidenten)

Sie hatten, als wir über die sicheren Herkunftsländer sprachen, uns Rechtspopulismus vorgeworfen. Am Ende haben Sie zugestimmt.

Lassen Sie mich zum Schluss das Eine sagen.

Frau Ministerpräsidentin, das wäre meine Hoffnung gewesen. Sie sind die erste Frau hier im Land. Man schaut hier auf Sie. Sie sind Führungsperson. In einer Elefantenrunde – das ist nicht irgendeine Talkrunde –, in der die AfD auftritt, hätten wir, die in der Mitte der Gesellschaft stehen, FDP, GRÜNE, CDU, SPD und, ich würde bei dem Thema Rechtsextremismus auch die LINKEN nennen, gemeinsam zusammenstehen und gemeinsam die AfD demaskieren können. Diese Chance – das ist mir hier wichtig zu sagen – haben Sie leider nicht genutzt.

Hier zeigt sich in dieser Zeit, dass man als Führungsperson mit Argumenten deutlich macht, dass das, was die AfD verkündet, auch im Internet verkündet, menschenverachtend ist.

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Frau Dreyer, das können wir doch gemeinsam sagen. Deshalb lade ich Sie noch einmal ein, lassen Sie uns gemeinsam in dieser Elefantenrunde sein; denn die Spitzenkandidaten sind eingeladen.

(Beifall der CDU)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Das Wort hat Herr Kollege Alexander Schweitzer.

#### **Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal den Kollegen für die Debatte danken, zumindest für die Debatte bis vor drei Minuten.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Herrn Kollegen Sippel aus meiner Fraktion dafür danken, dass er die Dinge, die uns alle bewegt haben – ich glaube, da sind wir nach diesem Vormittag alle zusammen –, so zur Sprache gebracht hat, wie es nötig war.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Frau Kollegin Klöckner, es wird Sie nicht überraschen, dass ich Sie persönlich anspreche, nachdem Sie von Chancen gesprochen haben. Manchmal ist es besser, man lässt eine vermeintliche Chance zur persönlichen Profilierung vorbeiziehen. Diese Debatte gerade war der schlechteste Ort, um einen solchen Angriff auf die Ministerpräsidentin dieses Landes zu führen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD –  
Zurufe von der CDU)

Abgesehen davon, dass wir alle in diesen Tagen gelesen und hoffentlich auch gelernt haben, dass nicht die Frau Oppositionsführerin Einladungen in den SWR auszusprechen hat, sondern dass das der Sender selbst macht, möchte ich Sie etwas fragen. Wenn wir in Ihrer Logik bleiben, dass die erste Frau des Landes zu diskutieren hat, dann gehe ich fest davon aus, weil Sie so gerne Briefe schreiben, dass Sie morgen die Kanzlerin brieflich auffordern, sich mit Frauke Petry zu treffen. Ist das Ihre Logik? Ich kann das nur so empfinden.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, das hätten Sie besser nicht gesagt. Es hat die Debatte am Ende nicht zu einem Guten gewendet.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Herr Kollege Dr. Dr. Schmidt, Sie schließen die Debatte mit Ihren drei Minuten Redezeit.

#### **Abg. Dr. Dr. Rahim Schmidt, fraktionslos:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erinnerungskultur ist eine kulturelle Errungenschaft unserer demokratischen Gesellschaft. Das versetzt uns in die Lage, aus der Vergangenheit zu lernen, Handlungsfelder und Verantwortung für den heutigen Tag zu übernehmen.

Ich muss sagen, ich bin ein Exilmensch, der 1978 aus dem Iran hierher gekommen ist. Ich erinnere mich. Ich kenne nicht mehr mein Land, das es einst gewesen ist.

Wenn ich die Verantwortung übernehme, hier über die Probleme, die wir als Migranten, als Exilmenschen in unseren Koffern in dieses wunderschöne Land mitgebracht haben, zu reden, wenn ich den politischen Islam kritisiere und als Abgeordneter dieses Hohen Hauses in die rechte Ecke gestellt werde, das macht mich traurig, muss ich sagen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Politik selbst ist Teil dieses Problems, wenn nicht gelernt wird, die Demokraten mit Respekt, Fairness und anstandsgemäß zu behandeln.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann haben wir den Boden für Rattenfänger, die natürlich immer da sind. Extremisten sind immer da wie atypische Zellen in unserem Körper. Die sind nur darauf bedacht, eine Gelegenheit zu finden, sich zu entarten, keinen Respekt dem anderen Gewebe gegenüber zu zeigen und überall zu metastasieren.

Meine Damen und Herren, Extremismus fällt nicht vom Himmel, er ist eine chronische Erkrankung. Keine chronische Erkrankung wächst über den Tag.

(Glocke des Präsidenten)

Der Philosophieprofessor aus Kamerun, Herr Tangwa, sagt, der Westen hat ein großes Maul und kleine Ohren. Ich sage, wir aus dem Orient haben große Ohren und einen kleinen Mund. Mit diesem kleinen Mund wollen wir hier unsere Probleme ansprechen. Warum stellt ihr uns in eine rechte Ecke? Mit welcher kolonialen Überheblichkeit nehmt ihr uns das Recht, uns mit unseren Problemen in diesem Land auseinanderzusetzen?

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Ich erteile Frau Ministerpräsidentin Dreyer das Wort.

#### **Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Präsident! Es ist eigentlich nur ein einziger Satz. Liebe Frau Klöckner, es ist die Bitte, dass Sie respektieren, auch wenn Sie anderer Meinung sind, dass ich in der Auseinandersetzung mit der AfD der Auffassung bin, dass ich, gerade weil ich die erste Frau im Land bin, in einer 90-minütigen Debatte mit sechs Parteien, darunter die AfD, diese nicht noch weiter durch meine Anwesenheit protegieren sollte.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

Der zweite Satz ist, es ist für mich so selbstverständlich, dass ich dann, wenn die AfD Auseinandersetzungen vor Ort führt, und zwar nicht im Forum Fernsehen, dort an erster Stelle bin. Wenn sich Bürger und Bürgerinnen gegen die AfD und gegen Demonstrationen im rechtspopulistischen Bereich wenden, ist es selbstverständlich, dass ich dort an erster Stelle bin. Da möchte ich nur Herxheim als ein Beispiel nennen oder viele andere, bei denen wir als SPD, als GRÜNE und ich als Ministerpräsidentin sehr deut-

lich machen, wo wir stehen. Ich bitte, das auch einmal zur Kenntnis zu nehmen. Es gibt vielleicht Streit darüber, wie man Auseinandersetzungen mit der AfD am besten führt. Ich habe meine Überzeugung, und zu dieser stehe ich auch.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Wenn ein Mitglied der Landesregierung nach dem Parlament noch einmal das Wort ergreift, wird diese Zeit auf die Fraktionen aufgeteilt. Es sind eineinhalb Minuten für die CDU-Fraktion und etwas mehr als eine halbe Minute für die anderen Fraktionen. – Bitte schön, Frau Klöckner.

#### **Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Frau Ministerpräsidentin, in einer Demokratie respektiert man natürlich eine Meinung.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

– Sie respektieren gerade meine Äußerungen nicht, wie ich sehe.

Frau Ministerpräsidentin, dass Sie nicht zum SWR in die Elefantenrunde gehen wollen, weil die AfD dabei ist, ist Ihr Recht. Aber es ist auch unser Recht, dazu eine Meinung und eine Haltung zu entwickeln. Diese habe ich hier geäußert.

(Beifall der CDU)

Ich sage Ihnen, man kann es sehr unterschiedlich sehen. Sie sind Teil Ihrer Partei. Sie führen eine Landesliste an. Dann müssen sich doch auch alle anderen, wenn Sie bei Ihrer Logik bleiben, dieser Debatte gerade im Fernsehen entziehen. Entweder sind alle Menschen gleichwertig, also auch die politischen Kollegen, oder sie sind es nicht. Hier geht es aber um Argumente. Die AfD bekommt leider Zulauf. Ich möchte nicht die Bürgerinnen und Bürger beschimpfen, die die AfD wählen, ich will sie zurückgewinnen. Ich gewinne sie nicht zurück, indem ich abducke, sondern indem ich sie mit Argumenten vor die Wahl stelle.

(Beifall der CDU)

Da hätten wir übrigens gemeinsam gestanden. Wir hätten gemeinsam die AfD demaskieren können

(Zurufe von der SPD: Oh je!)

mit unserem Anteil an Redezeit. Das hätten wir gemeinsam machen können.

(Zurufe im Hause)

Das ist eben der Punkt. Man kann anderer Meinung sein. Aber man muss dann auch ertragen,

(Glocke des Präsidenten)

wenn eine Ministerpräsidentin ihre Haltung sagt, dass die

Oppositionsführerin und ein ganz großer Teil der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz eine andere Meinung dazu haben.

(Beifall der CDU)

**Präsident Joachim Mertes:**

Ich erteile Herrn Kollegen Köbler das Wort.

**Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte Herrn Kollegen Dr. Schmidt danken, dass er noch einmal darauf aufmerksam gemacht hat, dass viel zu viel über Menschen, die zu uns gekommen sind, geredet wird, aber viel zu wenig mit ihnen und ihnen auch zugehört wird.

(Zurufe von der CDU)

Ich glaube, das ist noch einmal ein ganz wichtiger Aspekt.

Frau Klöckner, Sie reden ständig über Flüchtlinge und über Menschen, die zu uns gekommen sind. Reden Sie aber auch einmal mit den Leuten.

Frau Klöckner, man kann über diese Runde beim SWR diskutieren. Aber wissen Sie, ich bin froh, dass wir eine Ministerpräsidentin haben, die in der Frage eine klare Haltung hat. Malu Dreyer hat eine klare Haltung gegenüber der AfD. Es ist die richtige Haltung gegenüber der AfD. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich klar von rechtspopulistischen Ressentiments abgrenzen würden.

(Unruhe im Hause –  
Glocke des Präsidenten)

Da geht es auch nicht um die Frage, wer mit wem etwas macht. Sie haben es doch zur Bedingung gemacht, dass die AfD eingeladen wird.

(Zurufe von der CDU: Oh je!)

Sie machen damit am Ende doch nur eine zusätzliche Bühne für die AfD auf.

(Glocke des Präsidenten)

Am Ende bedeutet Ihre fehlende Haltung in dieser Frage doch nur Wahlkampfhilfe für die AfD. Besinnen Sie sich doch einmal!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Präsident Joachim Mertes:**

Herr Kollege Schweitzer, Sie haben noch eine knappe Minute Redezeit.

**Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch einmal herzlichen Dank für die Gelegenheit, auf eines hinzuweisen: Wo haben wir in dieser Debatte angefangen? – Wir

haben mit der Frage angefangen, wie es zu diesen schrecklichen Jahren kam, die Götz Aly als acht konzentrierte Jahre, in denen Schreckliches in Deutschland passiert ist, bezeichnet hat.

Vor ihm hat unser Landtagspräsident bei dieser Veranstaltung das Wort ergriffen und darauf hingewiesen, dass wir eine schwache Demokratie hatten, eine Demokratie der Weimarer Republik, die vor allem durch den Streit und durch die nicht nur gegnerische, sondern feindliche Auseinandersetzung geprägt war. Meine Damen und Herren, auch das hat zum Erstarren der Ränder geführt.

Weimar ist uns da ein mahnendes Beispiel. Ich finde, wir sollten dies als mahnendes Beispiel nehmen, ohne dass man allzu schnelle Analogieschlüsse zwischen der stabilen Demokratie heute und der von Weimar schließt, dass Demokratinnen und Demokraten auch unterschiedliche Positionen respektieren sollten, liebe Frau Kollegin Klöckner, und diese nicht noch einmal insgesamt infrage stellen. Ich finde, das gehört sich sonst nicht.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

**Präsident Joachim Mertes:**

Ich schließe damit das erste Thema der Aktuellen Stunde.

Wir kommen zum zweiten Thema der

**AKTUELLEN STUNDE**

**Unionschaos in der Flüchtlingspolitik  
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 16/6111 –

Ich erteile Herrn Kollegen Schweitzer das Wort. In der ersten Runde sind es fünf Minuten Redezeit, in der zweiten Runde zwei Minuten.

**Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren, nach der Debatte, die wir eben hatten, ist es mir ein inneres Vergnügen, den SWR zu zitieren, der am Wochenende in einem Kommentar zu einem wichtigen politischen Ereignis, nämlich dem SPD-Landesparteitag in Mainz, Folgendes gesagt hat: Das Land hat in der Flüchtlingskrise alle Hausaufgaben gemacht. – Wer wäre ich, den SWR zu kritisieren, schon gar nicht inhaltlich?

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb will ich Sie überraschen – Sie haben das wahrscheinlich wegen der Überschrift der Aktuellen Stunde vermutet –, indem ich zunächst einmal nicht anderen auf Bundesebene ein Zeugnis ausstelle. Nein, ich will tatsächlich über diese Hausaufgaben kurz berichten dürfen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr 2015 rund 53.000 Zugänge an Flüchtlingen gehabt. Wir haben

mit einer enormen Anstrengung, die schon Teil der Debatte war, dafür gesorgt, dass insgesamt 26 Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen konnten. Rund 14.000 Plätze konnten in diesen Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen.

Wir haben gleichzeitig dafür gesorgt, dass wir in Rheinland-Pfalz diejenigen sind, die als Erste tagesaktuell diejenigen registrieren, die zu uns kommen, und zwar in das eigene Landessystem, in das EASY-System. Wir sind darüber hinaus auch gleichzeitig die Ersten, die die Flüchtlinge in dem sogenannte MARI-S-System – wer sich mit diesen Fragen beschäftigt, dem begegnen diese Begriffe sehr oft – registrieren. Dies bringt wiederum einen ganz wichtigen Aspekt mit sich, nämlich die Registrierung nicht nur in einer Form von Hausausweisen, sondern in die Identitätsfeststellung. Das heißt, wir sind auch da führend unter den Flächenländern, zumal in Deutschland, und sorgen dafür, dass es einen Datenabgleich auch mit den Daten des Bundeskriminalamtes gibt.

Als wir gesehen haben, dass eine Last da ist, die auch eine finanzielle Last wird, haben wir mit Malu Dreyer in Berlin erfolgreich dafür verhandelt, dass die Kosten des Bundes angehoben werden. Wir haben sehr schnell auch eine Vereinbarung mit den Kommunen auf die Reihe bekommen. Wir sind also auf einer Wellenlänge mit den Kommunen. Dadurch entsteht auch eine gute Atmosphäre zwischen den Kommunen und dem Ehrenamt.

Ich möchte einen dritten Aspekt nennen. Ohne das ehrenamtliche Engagement wären wir in Rheinland-Pfalz nicht in dieser guten Erledigung unserer Hausaufgaben, wie es der SWR beschrieben hat.

Wir sind schon richtig gut, was die Integration angeht, ohne dass ich damit verheimlichen möchte, dass die großen Aufgaben noch vor uns liegen.

Wir sind richtig gut, was die Sprachförderung angeht. Wir bieten Kurse an, die der Bund nicht anbietet. Wir haben die Sprachförderungsmöglichkeiten in den Kindertagesstätten nach oben gefahren. Wir haben schon im vergangenen Jahr 2015 richtig viel Geld in die Hand genommen. Wir werden das 2016 verstetigen.

Wir haben schon zum Schuljahresbeginn 2015 gewusst, dass die prognostizierten Schülerinnen- und Schülerzahlen nicht ausreichen werden, zumindest nicht mit Blick auf die Lehrerzahlen, die wir einstellen wollen. Sie sind auch da nach oben gegangen.

Meine Damen und Herren, wir haben auch immer klare Kante gezeigt, was das Thema Rückführungen angeht. Sie wissen, dass wir die Nummer 1 unter den Flächenländern sind, zumal, was das Thema Rückführungen mit Bezug auf die Zahl der Menschen, die zu uns gekommen sind, betrifft.

Warum sage ich das alles? Weil es sich in diesen Fragen bei dieser Debatte gehört, nicht zunächst einmal mit dem Zeigefinger auf andere zu zeigen, sondern deutlich zu machen, wo man selbst Verantwortung hat und was man mit dieser Verantwortung gemacht hat. Ich denke, deshalb sagen zu dürfen, dass wir in Rheinland-Pfalz unserer Verantwortung gerecht geworden sind und unsere

Hausaufgaben gemacht haben, und zwar richtig gut gemacht haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mich im Klassensaal umschaue, dann habe ich den Eindruck, nicht alle sind so weit, was die Hausaufgaben angeht.

Wenn wir von den Registrierungen und Rückführungen sprechen, dann haben wir immer noch ein Problem, dass wir nämlich von 98 Entscheidern des Bundesamtes, die wir bräuchten,

(Glocke des Präsidenten)

gerade einmal 26 haben. Wir sehen weiter, dass Herr de Maizière, der Bundesinnenminister, immer noch nicht seiner Verantwortung nachkommt, tatsächlich die Länder über die Verwaltung des Bundesamtes so zu unterstützen, dass wir noch besser werden können.

Meine Damen und Herren, darum sage ich, was wir in diesen Tagen brauchen, ist seriöses Handeln und nicht einfach ein Vorschlag, der den anderen jagt, keine Brieffeindschaften von Horst Seehofer mit Angela Merkel, kein Androhen, dass die CSU die CDU/CSU-geführte und unter Beteiligung der SPD agierende Bundesregierung vor Karlsruhes Gerichtstore bringt.

Meine Damen und Herren, wir brauchen darüber hinaus keine Pläne A und A2, die am Ende keiner mehr versteht und die nur davon ablenken sollen, dass wir inzwischen auf Bundesebene eine völlig vereinsamte Kanzlerin haben, die nicht mehr weiß, wer tatsächlich noch auf ihrer Seite steht. Horst Seehofer ist es nicht. Wenn sie sich in ihrer eigenen Bundestagsfraktion umschaue, dann bekommt sie inzwischen jeden Tag Briefe von eigenen Abgeordneten der Union.

(Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, inzwischen hat sie auch den Eindruck, dass die Spitzenkandidatin der CDU in Rheinland-Pfalz nicht mehr wirklich weiß, ob sie froh darüber sein muss, dass Kanzlerin Merkel elfmal bis zum 13. März nach Rheinland-Pfalz kommt.

Meine Damen und Herren, das lenkt von den tatsächlichen Hausaufgaben ab, die wir in Rheinland-Pfalz gut erledigen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Joachim Mertes:**

Ich erteile Frau Kollegin Klöckner das Wort.

**Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Schweit-

zer, wenn Sie einen Plan nicht verstehen, muss das nicht am Plan liegen.

(Beifall der CDU)

Wir sind in besonderen Zeiten. Wir sind in Krisenzeiten. In diesen Krisenzeiten hat Deutschland, hat Rheinland-Pfalz, haben die Kommunen noch nie vor einer solchen Herausforderung gestanden, wie sie jetzt gerade stehen. Wir schaffen das nicht mit einer Stellschraube, wie Herr Schweitzer es gerade gesagt hat, was dieses Land gemacht hat. Er hat einen ganz entscheidenden Zeitraum vergessen, nämlich das Chaos, das vor allen Dingen am Anfang vorhanden war.

Herr Schweitzer, schauen Sie einmal, Sie und auch die Ministerpräsidentin haben damals unseren Flüchtlingsgipfel für überflüssig erklärt. Sie haben Monate gebraucht, bis sie eine Flüchtlingskonferenz eingesetzt haben. Sie haben die Deklaration von weiteren sicheren Herkunftsländern für überflüssig erklärt. Nach einer gewissen Schamfrist, nämlich nach einem Jahr, haben Sie und die GRÜNEN dort mitgemacht. Hätten Sie vorher mitgemacht, hätten wir 150.000 Balkanasylsuchende hier nicht gehabt, und die Kommunen hätten eine Atempause gehabt. Auch das gehört dazu.

(Beifall der CDU)

Schauen Sie, zu Beginn durften wir gar nicht von Menschen mit und ohne Bleibeperspektive reden. Uns ist vorgeworfen worden – ich erinnere an die Kollegin von den GRÜNEN –, wir würden Menschen in eine erste und zweite Klasse unterteilen. Auch damals wurde uns vorgeworfen, wir würden das Land spalten. Heute rühmen Sie sich, dass Sie an der Spitze aller Abschieber stehen. Wenn das kein Chaos ist, weiß ich nicht, was das ist.

(Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns in einer Zeitenwende. Deshalb haben wir drei langfristige Ziele, nämlich die Fluchtursachenbekämpfung, die Flüchtlingsströme zu steuern und zu verteilen und Europa mit ins Boot zu nehmen. Das dauert seine Zeit. Aber genau das ist das Thema Plan A1. Deshalb bleibt er auch bestehen. Wir wünschen uns, dass auch Herr Steinmeier langsam etwas erfolgreicher sein wird.

(Beifall der CDU)

Hier ist Herr Steinmeier als Außenminister gefragt. Ich schaue aus der Perspektive unserer Städte, Landkreise und Kommunen. Diese brauchen eine Atempause. Wir brauchen weniger Zuzug und eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Das hat die Ministerpräsidentin auch gesagt. Es hilft nichts, dafür zu sein, dass wir gern weniger Flüchtlinge hätten. Man muss dann auch dafür sorgen, dass die Maßnahmen, die zu einer Reduzierung führen, im Land umgesetzt werden.

(Beifall der CDU)

Jetzt bin ich beim Asylpaket II. Das hat sehr lange gedauert. Es wird noch immer von der SPD blockiert. Wir wollen,

dass endlich gehandelt wird. Bargeldleistungen müssen in Sachleistungen umgewandelt werden. Das ist die Vereinbarung in Berlin gewesen. Das Geld vom Bund kommt. Es wird aber in Rheinland-Pfalz nicht umgesetzt.

Ein Weiteres. Sie sind für den automatischen Familiennachzug. Ob das zur Reduzierung der Flüchtlingszahl führt, bezweifle ich. Sie waren auch dagegen, dass es diesen subsidiären Schutz, nämlich die Einzelfallprüfung bei den Syrern, gibt. Auch da waren Sie anfangs dagegen und sind dann wieder hinter einem abgefahrenen Zug hergelaufen. Jetzt haben Sie zugestimmt. Deshalb sage ich ganz deutlich: Die Christdemokraten sind in dieser Flüchtlingsfrage und Flüchtlingspolitik der Motor.

(Beifall der CDU –  
Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb werden wir auch weiterhin der Motor sein und Vorschläge machen.

(Glocke des Präsidenten)

Probleme und Krisenzeiten bekommt man durch Vorschläge gelöst und nicht dadurch, indem man alles ablehnt, was andere vorschlagen, damit eine Lösung zustande kommt.

(Beifall der CDU)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Das Wort hat Herr Köbler.

#### **Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ganz ehrlich. Als ich am Wochenende gehört habe, dass es einen Plan A2 gibt, habe ich gedacht, will Frau Klöckner schon wieder irgendwo eine Autobahn bauen.

Ich habe mich schnell belehren lassen. Er heißt A2, weil Frau Merkel gesagt hat, dass es in der CDU keinen Plan B gibt. Sie mussten ihn umbenennen, da sie gleichzeitig der Kanzlerin den Rücken stärken und ihr in den Rücken fallen wollen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wenn Sie in dieser ernstesten Frage eine so lächerliche Wortklauberei betreiben, spricht das für die ganze Seriosität Ihres Vorschlags und Ihres Vorhabens.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und der SPD)

Frau Klöckner, jetzt haben Sie endlich einmal Ihre Ziele benannt. Die Ziele kann man auf der Metaebene, wie Sie vorhin gesagt haben, sogar teilen. Nur trägt Ihr Vorschlag dazu kein bisschen bei. Sie haben von Fluchtursachen gesprochen. Ja, wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen.

Frau Klöckner, wissen Sie, solange die CDU-geführte Bundesregierung eine Verantwortung hat, dass wir immer noch aus Deutschland Kriegswaffenexporte nach Saudi-Arabien und den Katar durchführen, wissend, dass damit Kriegspar-

teien im Syrienkonflikt unterstützt werden, solange brauchen Sie nicht von der Bekämpfung von Fluchtursachen zu schwadronieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie haben vom Steuern gesprochen. Wir müssen steuern und brauchen vor allem eine europäische Lösung. Das ist das besonders Perfide am Timing gewesen. Die Bundesregierung mit Frau Merkel war gerade auf europäischer Ebene am Wochenende unterwegs, um genau diese europäische Lösung gemeinsam mit der Türkei zu verhandeln. Dann kommen Sie aus Guldental und fallen ihr in den Rücken.

Ich habe selten Mitleid mit ihm. Dadurch, dass Sie Thomas de Maizière in den Arm gefallen sind, ist das Vertrauen, das die Kanzlerin offenbar gerade mit der Türkei wieder aufgebaut hat, wieder in sich zusammengekracht, weil Sie gezeigt haben, dass die Kanzlerin noch nicht einmal zu Hause in der CDU bei ihrer Stellvertreterin und bei der CDU Rheinland-Pfalz einen Rückhalt hat.

Frau Klöckner, damit tun Sie einen Tort und einen Bärendienst daran, dass wir endlich zu einer europäischen Lösung beim Thema Flüchtlinge kommen.

Frau Klöckner, vielen Dank dafür.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihr Lieblingsthema ist Begrenzen und Abschotten. Es gab 1994 das tolle Wahlplakat der CDU mit Helmut Kohl „Offene Grenzen in Europa nur mit der Union“. Jetzt erzählen Sie immer nur von Abgrenzen und Abschotten. Sie streuen den Menschen nicht nur Sand in die Augen, sondern schaden auch dem europäischen Gedanken. Wenn Schengen fällt, schaden Sie auch dem Wirtschaftsstandort, insbesondere dem exportstarken Rheinland-Pfalz.

Dadurch, dass Sie jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf treiben, heizen Sie die Ängste und die Unsicherheit der Menschen in diesem Land noch weiter an, weil sie nämlich den Eindruck gewinnen, die Bundesregierung und die Kanzlerin haben die Sache nicht im Griff. Das befeuern Sie doch damit.

Darüber hinaus lenken Sie nur von den Realitäten ab. Die Realität ist, dass die Herausforderungen groß sind. Es kommen so viele Menschen wie lange nicht zu uns. Die Realität ist auch, dass die meisten Menschen aus Syrien, Afghanistan, dem Iran, dem Irak, Eritrea und Somalia kommen. Jetzt wollen wir doch nicht im Ernst sagen, dass das Konfliktherde sind, bei denen wir davon ausgehen, dass sie im nächsten halben Jahr beendet sind. Hören Sie doch auf, den Leuten etwas vorzugaukeln.

(Glocke des Präsidenten)

Es werden weiterhin viele kommen. Packen wir doch die Herausforderungen an. Machen wir nicht den gleichen Fehler, den Deutschland bei den Gastarbeitern schon einmal gemacht hat, nämlich zu glauben, dass die Menschen bald wieder weg sind.

Deswegen ist es richtig, die deutsche Sprache von den Menschen zu verlangen. Dann muss es aber auch ausreichend Sprachkurse geben. Es ist richtig, den Menschen Werte, Rechte und Pflichten zu vermitteln. Dann muss es auch ausreichend Integrationskurse geben. Es ist richtig, dass sich die Menschen selbst und ihre Familie von ihrer eigenen Hände Arbeit ernähren wollen.

Frau Klöckner, dann hören Sie doch auf, im Bund zu blockieren, dass diese Menschen keinen richtigen Zugang zu unserem Arbeitsmarkt haben. Sie verhindern doch gerade, dass aus den Flüchtlingen, denen wir heute Schutz und Obdach geben, anpackende und tatkräftige Mitglieder mit in unserer Gesellschaft von morgen werden. Nehmen wir doch auch einmal die Chancen und das Potenzial wahr, das darin steckt.

(Glocke des Präsidenten)

Hören Sie doch auf, eine Sau nach der anderen durchs Dorf zu treiben und den Menschen in diesem Land Sand in die Augen zu streuen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

#### **Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen wir einmal die letzten zwei Wochen Revue passieren. Vor ungefähr zwei Wochen hat Herr Seehofer wieder die Obergrenze gefordert, obwohl es angeblich gerade Frieden gegeben hat. Herr Schäuble hat sich für 12 Milliarden Euro Überschuss feiern lassen und eine Woche später die Benzinsteuern verlangt. CDU-Bundestagsabgeordnete schreiben einen Brief an die Kanzlerin. Frau Klöckner legt den Plan A2 vor, und die CSU schreibt vorgestern oder gestern einen Drohbrief an die Kanzlerin und droht damit, im Zweifel Verfassungsklage zu erheben.

Das sind wenige Beispiele von dem, was seit Monaten in der CDU und CSU abläuft. Sie lenken damit ab. Sie haben Streit. Vor allem verunsichern Sie ganz Deutschland und die Menschen in der Frage, ob der Staat die Flüchtlingsfrage im Griff hat oder nicht.

(Beifall der SPD und des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Es ist doch vollkommen klar. Es mangelt doch nicht an Konzepten, an Beschlüssen und Dingen, die längst auch mit den Ministerpräsidenten im Bundesrat beschlossen sind. Die Dinge, die Sie immer wiederholen, werden dadurch nicht richtiger. Ich gehe gleich noch einmal darauf ein.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, es mangelt an der Umsetzung, und zwar auf der Bundesebene.

(Beifall der SPD und des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es reicht uns allmählich, dass man immer wieder in der Öffentlichkeit suggeriert, mit neuen Plänen, Gedanken und Konzepten diese Probleme lösen zu können, die wir haben. 600.000 Asylbewerber und Asylbewerberinnen sind als sogenannte Altfälle in unserem Land. Ich wiederhole es zum hundertsten Mal. Kein einziger Antrag ist beschieden. Seit Monaten warten die Leute darauf, geschweige denn, dass irgendjemand in Deutschland wüsste, wer diese Leute eigentlich sind. Stattdessen diskutieren wir darüber, wie wir den Familiennachzug begrenzen.

Es wäre ein sinnvolles Vorgehen auf der Bundesebene, sich einfach hinzusetzen, beispielsweise der Bund mithilfe der Länder, wie wir es in unserem Land machen, und sagen, wie wir es schaffen können, gemeinsam in Deutschland die Identität der Menschen zu erheben, sodass wir wissen, wer in diesem Land ist und wer die Menschen sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe auf einen einzigen Punkt ein, den Sie immer wiederholen. Er wird dadurch nicht richtiger. Es gilt für viele andere Punkte auch, nämlich die Mär um die Einzelfallprüfung der Syrer. Die Einzelfallprüfung der Syrer wurde zu Recht auch auf unsere Bitte vom Innenminister des Bundes zugunsten von Schnellverfahren eingestellt mit der einzigen Begründung, weil die Syrer in der Regel anerkannt werden und wir Hunderttausende von unbearbeiteten Fällen in Deutschland haben.

Dann passierte das in Köln. Daraufhin haben alle gesagt, wir müssen die Schnellverfahren wieder aussetzen. Die Wahrheit ist doch der Grund, der dahinter liegt, weil Deutschland nicht in der Lage ist, die Identität der Menschen zu erfassen, die in unser Land kommen, egal ob schnelle oder langsame Verfahren oder Einzelfallprüfung. Das ist der Grund, warum wir am Ende zähneknirschend gesagt haben: Nach Köln haben wir keine andere Wahl. Wir müssen zurück zur Einzelfallprüfung.

Es gehört aber auch zur Wahrheit, was dieser Schritt bedeutet. Dieser Schritt bedeutet nichts anderes, als dass die Syrer wie alle anderen auch in unserem Land sind, ohne dass ihre Identität in Deutschland festgestellt wurde, sie monatelang ohne Asylverfahren herumlaufen und irgendjemand die Kontrolle darüber hätte, was mit den Leuten ist. Das heißt, es gibt überhaupt keinen Fortschritt in dieser Einzelfallprüfung.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

– Liebe Frau Kohnle-Gros, deshalb noch einmal: Es gibt nur ein einziges Bundesland. Dieses Bundesland heißt Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Marlies Kohnle-Gros, CDU: Das stimmt aber nicht!)

Tagesaktuell bekommen die Flüchtlinge, die in unser Land

kommen, Fingerabdrücke genommen. Diese werden, wie Herr Schweitzer es gesagt hat, in MARiS mit einem BKA-Abgleich eingespeist.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

– Ja, das stimmt. Das ist genau richtig.

(Unruhe im Hause)

– Frau Kohnle-Gros, Sie können sich total aufregen. Wir können Ihnen gern die Schriftwechsel geben. Es ist auch egal.

(Glocke des Präsidenten)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Meine Damen und Herren! In Debatten sind Zwischenrufe das Salz in der Suppe, aber ich bitte Sie, nicht permanent Salz in die Suppe zu geben.

#### **Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Sie müssen es auch nicht glauben. Das ist mir egal. Fragen Sie Herrn de Maizière. Er wird es Ihnen bestätigen. Alle Bundesländer registrieren im Sinne von EASY. Wir sind auch schon lange dabei. EASY ist keine Registrierung im Sinne von Identitätserfassung. Die Identitätserfassung macht auch die Bayerische Landesregierung. Dort, wo die Bundespolizei die Kontrolle durchführt, ist es nicht so, dass eine vollständige Erfassung läuft.

Das ist aber Bundesaufgabe. Deshalb appelliere ich an dieser Stelle und sage es noch einmal sehr deutlich. In Rheinland-Pfalz schaffen wir das nur, weil wir an einem Pilotprojekt beteiligt waren, die Staatskanzlei veranlasst hat, dass die mobilen Datenerfassungsgeräte in Nürnberg abgeholt worden sind und die Bundeswehr mit uns zusammen daran arbeitet, das BAMF zu unterstützen, diese Fingerabdrücke abzunehmen.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU –  
Zurufe von der CDU)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Meine Damen und Herren, Sie führen eine Debatte, in der Sie permanent Zwischenrufe machen. Ich habe eben gesagt, Zwischenrufe gehören dazu. Aber das, was Sie hier vorführen, klingt eher, als würden wir uns auf der Gasse streiten, und das hier ist nicht die Gasse, sondern der Landtag.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

#### **Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Sie können sich gerne zu Wort melden. Ich schließe das ab, und zwar mit der deutlichen Aussage, wir schaffen es tagesaktuell, diese Identifizierung zu machen. Das heißt aber auch, dass in Rheinland-Pfalz noch viele Altfälle sind, die eben nicht entsprechend erfasst sind, und unsere Kommunen haben teilweise signalisiert, dass sie den Bund,



das Land und die Soldaten unterstützen werden, dass man jetzt damit beginnt, die Altfälle zu erfassen.

Meine Damen und Herren, ich würde das nicht einfach so sagen, wenn es nicht stimmt. Ich sage es übrigens schon seit zwei Wochen. Frau Alt sagt es seit zwei Wochen. Es ist keine neue Nachricht. Aber es ist wichtig am heutigen Tag, weil Sie immer und immer wieder die gleichen falschen Behauptungen aufstellen, ohne auch nur annähernd darauf einzugehen, was in Rheinland-Pfalz läuft. Meine Forderung ist, wir brauchen keine neuen Pläne, wir brauchen mehr Ordnung, mehr Überblick, wir brauchen wieder das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen, dass dieser Staat diese Aufgabe auch annimmt und sie bewältigt.

(Zuruf von der CDU)

Ich sage mit gutem Gewissen, dass wir das in Rheinland-Pfalz sehr, sehr gut im Griff haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

Leider ist durch die Zwischenrufe sehr viel Redezeit verloren gegangen. Ich will es auch nicht überziehen, aber zwei Dinge sind mir noch wichtig. Ich sage Ihnen, wir haben genug Konzepte, wir brauchen mehr Umsetzung. Das eine ist die ID-Behandlung, das andere sind die Asylverfahren. Es bleibt dabei: Diejenigen, die es ernst meinen mit Rheinland-Pfalz, können nicht damit zufrieden sein, dass wir anstatt 98 Entscheider nur 27 oder 29 haben. Damit können wir nicht zufrieden sein. Es ist meine Erwartung an Sie als Opposition, dass Sie endlich einmal helfen, dass sich dieser Zustand in unserem Land ändert. Das wäre einmal ein konstruktiver Beitrag, um in der Flüchtlingsfrage in Rheinland-Pfalz weiterzukommen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von der CDU)

Der dritte Punkt, der mir sehr wichtig ist: Wir sind uns doch eigentlich alle einig in diesem Haus, dass wir möchten, dass die Menschen sehr schnell in Integration kommen und sie unsere Kultur und unsere Sprache lernen sollen. Deshalb muss sich daran etwas ändern. Mit der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten wurde schon vor Monaten beschlossen, dass wir die Integrationskurse, die für alle Menschen da sind, die bei uns sind und eine Bleibeperspektive haben, endlich bekommen. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass wir permanent vor den Hof gekehrt bekommen, dass wir angeblich nicht genug tun in diesem Bereich und der Bund die Plätze, die wir brauchen, schlicht und ergreifend nicht zur Verfügung stellt.

Meine lieben Kollegen und Kolleginnen, das ist der Grund, warum der Justizminister mit seinen Staatsanwälten, Richtern und Rechtspflegern im Land herumreist und diese Kurse macht. Das ist der Grund, weshalb Irene Alt, Vera Reiß und andere gemeinsam landesgeförderte Sprachkurse anbieten. Das ist der Grund, weshalb Frau Bätzing-Lichtenthäler Integrationsketten entwickelt, damit die Menschen wirklich schnell in Ausbildung und Arbeit kommen. Das ist der Grund, warum wir am Ovalen Tisch zusam-

mensitzen und überlegen, wie wir die Brücke für junge Leute bauen können. Was fehlt, ist der Weitblick in der Bundespolitik, Dinge, die beschlossen sind, umzusetzen und deutlich zu machen, wir haben eine große Integrationsaufgabe, die wir gemeinsam zu bewältigen haben.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Letzter Punkt – von mir aus, Herr Baldauf – ist das Asylpaket. Ich sage noch einmal, die Landesregierung hat im Moment kein Asylpaket II vorliegen. Es gibt eine Auseinandersetzung auf der Bundesebene, im Kabinett. Heute Morgen durften wir vernehmen, dass es aufgrund der Interventionen der CSU im Moment keine Einigung gibt.

(Beifall der SPD –  
Zurufe aus dem Hause)

– Ja.

Das heißt, wie in der Vergangenheit auch, wird sich natürlich diese Landesregierung zusammensetzen und mit dieser Frage umgehen, sobald wir im Bundesrat betroffen sind. Das ist selbstverständlich. Aber tun Sie bitte nicht so, und zwar dauernd, als wäre das Problem von CDU/CSU unser Problem im Land. Obwohl der Streit in der CDU und CSU permanent brennt, machen wir eine gute Politik in unserem Land.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Reden Sie  
einmal mit Ihrer Bundespartei!)

Das haben wir zu verantworten, und das tun wir sehr verantwortungsvoll. Wir werden in Zukunft alles daransetzen, dass wir mit dem Bund auch weiterhin gut kooperieren.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Als Gäste auf der Tribüne begrüßen wir den Sozialverband VdK aus Kaiserslautern. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Weiterhin begrüßen wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 144. Mainzer Landtagsseminars. Seien Sie ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Die Landesregierung hat ihre Redezeit um fünf Minuten überschritten, das heißt, sie geht in der vollen Länge an die CDU-Fraktion und in der halben Länge – wenn Sie so wollen – an die beiden anderen Fraktionen. Das heißt, für die beiden Koalitionsfraktionen stehen viereinhalb Minuten zur Verfügung, und fünf Minuten kommen noch zusätzlich für die CDU-Fraktion hinzu.

Herr Kollege Schweitzer, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

**Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie haben sich zu der – wie ich sagen muss – wenig charmanten Äußerung hinreißen lassen, ich hätte den Plan womöglich nicht verstanden. Wissen Sie, solange solche Vorwürfe von Ihnen kommen, kann ich damit umgehen. Aber ich will Ihnen eines sagen: Es mag vielleicht sein, dass ich Ihnen intellektuell nicht gewachsen bin, aber ich kann gut lesen. Daher möchte ich Ihnen einmal etwas von Persönlichkeiten im Journalismus vorlesen, die wahrscheinlich auch nicht verstanden haben, was Sie da vorhaben, oder die vielleicht sehr gut verstanden haben, was Sie da vorhaben.

Ich fange einmal an – heute ist ja der Tag – mit dem SWR. Herr Ludwig von der SWR-Redaktion Landespolitik hat Folgendes kommentiert – ich zitiere –: „Spätestens jetzt wird klar, Klöckners Ideen sind heiße Luft und das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt stehen.“

Es geht weiter: „Grund dafür ist mutmaßlich die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Merkel. Viele CDU-Anhänger haben das Gefühl, dass Merkel die Sache nicht mehr im Griff hat.“ Weiter heißt es: „Dumm nur, dass wegen solcher Taktikspielchen“ – also, es geht um Ihr Papier – „immer weniger Menschen den etablierten Parteien eine Lösung der Flüchtlingsfrage zutrauen und zur rechtspopulistischen AfD laufen.“

Ich zitiere eine andere Stimme aus den Medien, vielleicht auch da jemand, der es intellektuell nicht verstanden hat, aber dennoch einen Kommentar schreibt. Stefan Braun schreibt in der „Süddeutschen Zeitung“: „Klöckner dagegen muss hoffen, dass die Kanzlerin trotzdem die Probleme löst und niemand ihre“ – also, Frau Klöckners – „Ideen testet. Andernfalls würde schnell klar, wie sie mit einem schwachen Konzept Wählertäuschung betreibt. Bleiben die Flüchtlingszahlen wie vorausgesagt, hätte man binnen Tagen Zigtausende, die in Klöckners Grenzzentren untergebracht werden müssten. Im Voralpenland würden mittelgroße Flüchtlingsstädte aus dem Boden schießen. Das hat sie dann doch lieber verschwiegen.“

Meine Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie haben diese Kommentare und vieles Weitere mehr, was zu lesen war, natürlich auch gelesen, und das hat natürlich auch ein bisschen zu Ihrem Temperament beigetragen, mit dem Sie doch einigermaßen unsachlich in die Debatte gegangen sind.

Ich bin sehr froh, dass die Ministerpräsidentin deutlich gemacht hat, wo wir in Rheinland-Pfalz stehen, dass wir gut vorangekommen sind, und auch deutlich gemacht hat, lieber Herr Kollege Baldauf, dass es eben nicht so ist, dass in dieser Woche das Asylpaket II nicht verhandelt werden konnte, weil die Sozialdemokratie in Berlin damit Probleme hätte. Aus Bayern, von der CSU, kam der Wunsch, dass man vertagt. Das stand heute zu lesen. Also glaube ich schon, dass man an dieser Stelle den Vorwurf gegenüber der SPD wieder zurücknehmen sollte.

Ich möchte ein Weiteres aufnehmen. Ich habe mitnichten gesagt, dass wir allein über Abschiebungen sprechen. Das ist doch der Clou daran. Wir sind deshalb so gut, weil wir

uns nicht auf die Abschiebungen verlassen. Würden wir uns darauf und auf Herrn de Maizières Missmanagement verlassen, dann hätten wir diese Zahlen doch nicht, und das ist Herr de Maizière, von dem Sie, liebe Frau Klöckner, in einem Anfall von wirklich absolut schlechter Urteilsfähigkeit sagen, das sei ein Vordenker. Es ist doch Realsatire, diesen Menschen, der in der politischen Verantwortung wirklich auf der ganzen Linie versagt hat, auch noch als Vordenker zu bezeichnen. Gut, dass wir auf ihn nicht gewartet haben und eigene Vorschläge und eigene Konzepte an den Tag gebracht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich eines noch sagen. Sie haben die CDU selbst als Motor der Flüchtlingspolitik bezeichnet.

(Glocke des Präsidenten)

Dieser Motor hat doch inzwischen einen Totalschaden.

(Zurufe aus dem Hause)

Wenn ich mir die Korrespondenz zwischen München und Berlin anschau, und wenn ich mir anschau, was offensichtlich auch in den CDU-Ortsverbänden in Rheinland-Pfalz los ist, dann ist doch dieser Motor schon richtig heruntergefahren. Die Mannschaft an Bord überlegt doch: Wie kommt sie der Steuerfrau, nämlich Frau Merkel, endlich bei? – Das ist die innere Situation der CDU, und genau sie führt dazu, dass Sie solche unausgegorenen Papiere vorschlagen und so – ich will einmal sagen – temperamentvoll in die Debatte gehen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Joachim Mertes:**

Ich erteile das Wort Frau Kollegin Klöckner. – Sie haben jetzt insgesamt sieben Minuten Redezeit.

**Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, Sie haben hier gesprochen und die Chance gehabt darzulegen, wie Sie das, was Sie in Interviews immer sagen, auch umsetzen wollen. Wir haben Ihre Zitate überall vorliegen. Ja, Sie wollen den Zuzug reduzieren. Ich habe kein einziges Argument von Ihnen gehört, wie wir den Zuzug reduzieren.

Wir reduzieren den Zuzug nicht, indem Sie weitere sichere Herkunftsländer blockieren. Wir reduzieren den Zuzug nicht, indem Sie für automatischen Familiennachzug sind. Wir reduzieren auch nicht den Zuzug, indem Sie Anreizsysteme eben nicht abschaffen.

Frau Ministerpräsidentin, Sie sprachen davon, man müsse endlich das, was beschlossen worden ist, auch umsetzen. Das ist Autosuggestion. Genau darum geht es doch bei Ihnen. Als Sie aus Berlin kamen, haben Sie verkündet, wir

haben die Bundesregierung endlich soweit. Asylpaket I, Asylpaket II im Herbst beschlossen, wir bekommen mehr Geld, das schaffen wir alles, und parallel haben natürlich die GRÜNEN dann dieses Paket im Land kritisiert, aber das darf man ja, Sie sind schließlich unterschiedlich unterwegs.

Nur, wenn Sie auf der einen Seite vom Bund erwarten, dass das Geld kommt, das auch für die Kommunen bereitgestellt wird, erwarte ich schon, dass Sie umgekehrt den anderen Teil des Vertrages auch einhalten. Wann wird endlich der Anreiz abgeschafft? Wann schaffen Sie es endlich, dass Bargeldleistung in Sachleistungen umgestellt wird? Das ist Teil des Asylpakets.

(Beifall der CDU)

Ein weiteres Stichwort sind die sicheren Herkunftsländer: Heute, hier und jetzt wäre die Zeit gewesen zu erläutern, was Sie denn morgen in Berlin als gemeinsame Haltung dieser Landesregierung mitbringen. Was ist denn Ihre Haltung zu den sicheren Herkunftsländern?

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU –  
Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Tunesien, Marokko und Algerien: Die Anerkennungsquote liegt unter 1 %. Jetzt hat Rheinland-Pfalz nicht, wie in Nordrhein-Westfalen, den größten Anteil von Marokkanern, Tunesiern und Algeriern, da haben wir andere Probleme. – Herr Pörksen ist auch da, wie ich gerade gehört habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man im Bundesrat ist, hat man auch Verantwortung für diese ganze Kammer und hat auch die Verantwortung für ein gesamtes Asylpaket. Frau Dreyer, jetzt sage ich Ihnen, wir machen Vorschläge, die die Kommunen auch unmittelbar merken. Wir wollen den Zuzug – das sage ich ganz klar – reduzieren,

(Beifall der CDU)

und unser Vorschlag ist, auf der einen Seite ganz klar die Personen, die keine Bleibeperspektive haben, gar nicht erst ins Land hineinzulassen,

(Beifall der CDU)

diese Menschen erst gar nicht im Land zu verteilen – wir wissen auch, dass einige abtauchen – und sie dann mit großer Mühe wieder zurückzuschicken.

(Unruhe im Hause)

Darüber können Sie streiten, aber ich habe weder von einem Herrn Schweitzer noch von einer Frau Dreyer Vorschläge gehört, wie es zur Reduzierung kommen kann. Das habe ich bisher nicht gehört.

(Beifall der CDU)

Ich bin weiterhin für eine europäische Lösung. Nur zu warten, bis Europa einstimmig entscheidet, diese Luft haben unsere Kommunen nicht mehr.

Deshalb sagen wir ein Zweites, nämlich dass nur die Men-

schen mit Bleibeperspektive in die Kommunen geschickt werden können, die somit Wohnsitz- und Residenzpflicht haben. Das haben sogar der SPD-Oberbürgermeister in Mainz und die Landräte der SPD gefordert. Nur, so weit sind Sie in dieser Landesregierung noch nicht.

(Beifall der CDU)

Die einen reden von der Realität und dem pragmatischen Tagesablauf, und Sie reden davon, dass es ein Chaos in der Bundesregierung gibt. Ein Teil des Chaos ist Ihre SPD im Bund. Sie sind doch Teil dieser Bundesregierung, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall bei der CDU –  
Zuruf von der SPD: Welcher Teil? –  
Weitere Zurufe von der SPD)

Ich hätte das heute gerne gewusst.

Lieber Herr Köbler, Sie mahnen an, es muss europaweite Lösungen geben. Wo ist Herr Steinmeier, oder ist er nur beschäftigt, kulturelle Tage und die Vielfalt in Saudi-Arabien zu besichtigen? Das ist doch sein Ding.

(Beifall bei der CDU –  
Widerspruch bei der SPD)

Er fährt zu Kulturfesten nach Saudi-Arabien.

Herr Köbler, unter einem Außenminister Fischer sind damals die Waffenexporte angestiegen. Auch das gehört mit dazu.

(Glocke des Präsidenten –  
Zurufe von der SPD)

#### **Präsident Joachim Mertes:**

Meine Damen und Herren, das ist kein Umgang. Ich bitte Sie, etwas mehr Zurückhaltung zu zeigen. Sie müssen ebenso annehmen wie Sie austeilten.

#### **Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Ich bedanke mich, Herr Präsident.

Jetzt sage ich noch einmal ganz deutlich, mit uns wissen Sie, woran Sie sind.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der  
SPD)

Wir sind für die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer und dafür, im nächsten Bundesrat eine Initiative zu starten und Tunesien, Marokko und Algerien vorzusehen, Frau Ministerpräsidentin.

Von uns wissen Sie, wo wir stehen. Ich würde gerne wissen: Wie stehen Rot und Grün zusammen?

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Das ist die erste Frage. Bitte beantworten Sie die heute, weil das eine Frage der Zukunft ist.

(Beifall bei der CDU)

Die zweite Frage für mich ist folgende: Wie wollen Sie die Flüchtlingszahlen reduzieren? – Wir schlagen vor, alle an der Grenze zu registrieren, und nicht erst im Land, und nur die Menschen mit Bleibeperspektive auf das Land zu verteilen. Sie sind diejenigen, die das Ganze blockieren. Insofern sage ich, wir warten darauf, dass Sie einen Vorschlag machen.

(Zuruf von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage ein Weiteres. Mir geht es um die Kommunen. Wenn Sie noch nicht wahrgenommen haben – – –

(Zurufe von der SPD)

– Ich habe diese Aktuelle Stunde doch nicht beantragt. Sie können es wohl nicht ertragen.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen damit leben. Sie schauen gerne Richtung Europa, weil Sie dann hier nicht gefordert sind. Wir schauen zu den Kommunen, weil ich mich gefordert fühle.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben das Ganze mit Chaos überschrieben. Ich würde gerne wissen, ob Sie für die Deklaration der sicheren Herkunftsländer Tunesien, Marokko und Algerien sind oder nicht. Diese Antwort hätte ich gern heute und hier.

(Zuruf von der SPD: Lenken Sie doch nicht ab!)

Ich nenne einen zweiten Punkt. Das gehört auch dazu. Was möchten Sie tun, damit unsere Kommunen ihre Auslagen bezahlt bekommen, die sie de facto haben? Im Saarland und in Bayern bekommen sie Ihre Auslagen 1 : 1 vom Land bezahlt. Das hält die Kommunen und die Menschen zusammen und macht sie stark, um Flüchtlingen helfen zu können. Davon haben wir hier nichts gehört.

(Glocke des Präsidenten –  
Beifall bei der CDU)

Ich will ein Drittes abschließend sagen. Ein Zitat, hart aber fair, von der Spiegelredakteurin: Die SPD ist eine Wundertüte an politischen Ansichten in diesen Tagen. In Berlin blockiert sie das Asylpaket II, in Essen demonstriert sie mit AfD-Parolen gegen Flüchtlingsheime, der Parteichef redet einmal von kriminellen Ausländern und trägt dann einen „Refugees Welcome“-Button. Die SPD weiß in diesen Tagen gar nicht, was sie vertritt. Frau Dreyer hat mit ihrem Wahlkampfmanöver bei der Bundespressekonferenz auch ihr Zitat beim Tagesspiegel bekommen.

(Glocke des Präsidenten)

Das Papier sei es nicht – – –

**Präsident Joachim Mertes:**

Jetzt haben Sie von mir aber großen Rabatt bekommen.

(Beifall bei der CDU)

**Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Joachim Mertes:**

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Alt das Wort.

**Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt, man kann es sich als zuständige Ministerin fast nicht mehr anhören, welche Themen durcheinander geworfen, miteinander vermischt und miteinander unsäglich verknüpft werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind nicht auf Platz 1 der Abschiebungen, sondern wir sind auf Platz 1 bei den Rückführungen, und zwar bei den freiwilligen Rückführungen. Das sage ich als Allererstes an dieser Stelle.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, dass wir keine Sachleistungen in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen ausgeben. Das Gegenteil ist der Fall. Die Menschen bekommen ein Bett. Die Menschen bekommen Kleidung. Die Menschen bekommen Essen. Aber die Menschen bekommen 32 Euro Taschengeld in der Woche. Dabei wird es bleiben, solange ich Integrationsministerin dieses Landes bin.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Permanent wird hier die Residenzpflicht mit der Wohnsitzauflage verwechselt. Wir werden das morgen noch einmal haben. Die in unserem Land Gott sei Dank nicht mehr vorhandene Residenzpflicht bedeutet, dass sich die Menschen in diesem Land frei bewegen dürfen, sie ihre Verwandten besuchen dürfen und in Mainz in den Sprachkurs gehen dürfen.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Im Asylkompromiss 2014 haben wir miteinander im Bund vereinbart, dass die Residenzpflicht für ganz Deutschland aufgehoben wird. Das ist die gesetzliche Grundlage in diesem Land.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Ich will noch einmal sagen, alles scheitert an den langsamen Verfahren. Ich sage deutlich, das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz von November 2015 ist zu einem Asylverfahrensverlangsamungsgesetz geworden; denn jetzt ist es so, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie folgt arbeitet: Die Anträge dürfen noch in Trier und Ingelheim gestellt werden. Die Anhörungen dürfen noch in Trier und Ingelheim durchgeführt werden. Aber dann muss alles nach Mannheim in ein Zentrum geschickt werden. Es dauert Wochen und Monate. Wenn es dann dort beschieden ist, dauert es Wochen und Monate, weil es nach Bremen geschickt wird. Von Bremen wird es den Leuten mit der Post zugestellt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD –

Zuruf von der CDU: Nur für die Altanträge!)

Ich sage einen allerletzten Satz. Wir werden morgen Stunde um Stunde über die sicheren Herkunftsländer diskutieren. Das langt dann auch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Präsident Joachim Mertes:**

Frau Spiegel, Sie haben das Wort für viereinhalb Minuten.

**Abg. Anne Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gerne etwas zum Thema dieser Aktuellen Stunde sagen; denn dazu habe ich von der Vorrednerin sehr wenig gehört. Der Titel dieser Aktuellen Stunde lautet: „Unionschaos in der Flüchtlingspolitik“. Es gibt interne Querelen in der Union. Es gibt interne Querelen zwischen CDU und CSU. Es werden Briefchen oder ganze Briefe geschrieben. Es kursieren Papiere. Ich würde dringend daran appellieren, dass man weniger Papier verbraucht und an dieser Stelle mehr zum Handeln übergeht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Das soll aus verschiedenen Gründen erfolgen. Es verunsichert die Menschen draußen. Die Bürgerinnen und Bürger draußen erwarten zu Recht, dass die Bundesregierung und das Bundesamt endlich ihre Hausaufgaben machen

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

und man endlich zum Arbeiten kommt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Wenn man mit den Kommunen spricht – Frau Klöckner, Sie hatten die Kommunen angesprochen –, wenn ich in den Kommunen unterwegs bin, dann laufen die Gespräche ziemlich schnell auf ein Problem hinaus, das die Kommunen umtreibt und bei dem sie sich dringend mehr Unterstützung gerade vom Bund wünschen. Das ist die Problematik der Sprachkurse, von denen wir nicht genug haben. Das Land ist eingesprungen und finanziert mit, wo sich der Bund bisher aus der Verantwortung zurückgezogen hat.

Wenn man ehrlich ist und den Menschen keinen Sand in die Augen streut, dann werden viele Menschen, die hier sind, hier bleiben. Wir dürfen nicht die Fehler der Gastarbeiterinnengeneration wiederholen und sagen, die werden in den nächsten Monaten schon irgendwann gehen. Nein, die werden hier bleiben. Es ist als Politik unsere Verantwortung, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Menschen gut integriert werden können, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Deswegen brauchen wir mehr Sprachkurse an dieser Stelle. Das würde den Menschen vor Ort helfen. Das würde den Ehrenamtlichen helfen. Das würde den Kommunen zugute kommen. Hier ist der Bund dringend gefragt.

Ich sage etwas zu den Papieren, die kursieren. Es ist so, dass nicht eine einzige neue oder gute Idee dabei war. Schlechte Ideen macht man nicht unbedingt mit neuen Begriffen besser. Das zeigt eine gewisse Hilflosigkeit. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten an dieser Stelle von der Union zu Recht mehr. Sie erwarten auch – das lesen Sie in der Presse, das stimmt, wenn man bei den Flüchtlingen vor Ort ist und wenn man mit den Menschen, die mit den Flüchtlingen arbeiten, spricht –, dass man sich endlich – wir haben es zwar schon oft gesagt, ich muss es trotzdem noch einmal wiederholen – mit diesem Flaschenhals Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auseinandersetzt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass wir 26 Einzelentscheiderinnen und -entscheider haben und uns eigentlich 98 zustünden. Das muss an dieser Stelle thematisiert werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Sie hatten von einem Motor gesprochen. Da bin ich fast vom Stuhl gefallen. Gut, das liegt auch an dem Stuhl. Ich muss mich erst an den Stuhl gewöhnen. Mit dem Motor kommen Sie nirgendwo hin.

Liebe Frau Klöckner, für mich sind Sie maximal mit dem Tretboot unterwegs.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Präsident Joachim Mertes:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– Ihnen steht keine Redezeit mehr zu.

(Zuruf von der CDU)

– Nein, das ist umgekehrt. Wenn die Regierung nach den

Abgeordneten spricht, dann gibt es zusätzliche Zeit. Die Regierung hat aber zwischen den Abgeordneten gesprochen.

(Zuruf von der CDU)

Es tut mir leid, dass ich es öffentlich machen muss.

Lieber Herr Kollege Bracht, Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln. Eine Flasche Winzersekt vom Lambrecht dafür. Das müssen Sie jetzt schon machen. Einverstanden?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist geklärt. Ich schließe die Aktuelle Stunde zur Flüchtlingspolitik.

Wir kommen zum dritten Thema der

### AKTUELLEN STUNDE

#### **Kritik des Landesrechnungshofs an rot-grünen Windkraftsubventionen – rechtswidriges Regierungshandeln kostet die Steuerzahler Millionen auf Antrag der Fraktion der CDU** – Drucksache 16/6113 –

Herr Licht, Sie haben das Wort. In der ersten Runde stehen fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

#### **Abg. Alexander Licht, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mangelhaft, gar rechtswidrig stuft der Landesrechnungshof die Verwaltungspraxis der Rechtsaufsicht des Umweltministeriums in der Umsetzung des seit 2010 geltenden Bundesnaturschutzgesetzes ein. Eingriffe in Natur und Landschaft haben Kompensationen zur Folge. Das wissen alle, die in diesen Fragen unterwegs sind.

Ausgleichsregelungen ist das Stichwort. Bei Windrädern sieht das so aus: Kompensationen bei Errichtung von Windrädern, die je Windrad in Rheinland-Pfalz nach dem Alzeier Modell errechnet werden, betragen danach ca. 100.000 Euro bis 150.000 Euro.

(Vizepräsidentin Barbara  
Schleicher-Rothmund übernimmt den  
Vorsitz)

Diese Ausgleichsleistungen sind zu 100 % seit dem 1. März 2010 der Landeskasse zuzuführen und zweckgebunden zu verwenden.

In Rheinland-Pfalz aber gab es zweierlei Recht oder zweierlei Arten von Natur- und Landschaftsschutz. Die einen zahlten den vollen Preis, die anderen erhielten 90 % Rabatt, alles unter den Augen eines ehemaligen Richters, meine Damen und Herren, denn Herr Griese, meines Wissens kennen Sie sich eigentlich in Juristerei ganz gut aus.

Sie müssten wissen, wie Bundesrecht zu lesen ist.

(Beifall der CDU)

Aber offensichtlich ist grünes Recht besonders biegsam, meine Damen und Herren, oder musste man nur den richtigen Zugang zum Ministerium finden? Auch das ist eine Frage, die in diesem Zusammenhang auftaucht.

Mittel, die dem Natur- und Landschaftsschutz zustanden, sind in Millionenhöhe in den Taschen der Windkraftfirmen geblieben, meine Damen und Herren.

(Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Die Landräte der CDU,  
nicht die Landesregierung!)

Nach dem ab 1. März 2010 geltenden Bundesnaturschutzgesetz ist eine Minderung von Ersatzzahlungen für nicht kompensierbare Eingriffe in Natur und Landschaft nicht mehr zulässig. Es war die Folge – das ist so auch nachzulesen –, dass es nicht mehr zulässig war. Das ist allen eigentlich klar gewesen. Aber dann gab es Weisungen des Ministeriums in verschiedenen Rundschreiben an nachgeordnete Bereiche, das zu missachten.

(Beifall der CDU –  
Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal.

Ein rechtskonformer Gesetzesvollzug des Bundesnaturschutzgesetzes – so der Landesrechnungshof – war 2015 landesweit noch immer nicht gewährleistet.

Ich möchte noch auf zwei Daten verweisen, die dieses konfuse Handeln in Rheinland-Pfalz deutlich machen. Am 18. April 2011 gab es ein Rundschreiben. Nach diesem Schreiben war eine Ermäßigung der Ausgleichszahlungen weiterhin möglich.

Im Dezember 2011 – so ist es zu lesen – äußerte die Ministerin: Die Ersatzzahlungen für Windenergieanlagen sind insoweit auf bundesrechtlicher Grundlage in voller Höhe ohne Abzug zu erheben. – Also diametral entgegen! Wieder anders! Eine Ungleichbehandlung bzw. Begünstigung von Windenergieanlagen im Verhältnis zu anderen Eingriffen in Natur und Landschaft ist daher nicht gegeben, meine Damen und Herren. Für die Öffentlichkeit und gegenüber dem Parlament galt die Neuregelung des Bundesnaturschutzgesetzes, eben die Rechtsauffassung des Landesrechnungshofs.

Selbst in dem Schreiben an die Landkreise am 9. Dezember, das im Haushaltsausschuss eine besondere Rolle gespielt hat, erinnert das Ministerium beispielsweise an sein Rundschreiben vom 28. Mai 2013. Ich zitiere: In Anwendung des Alzeier Modells war insbesondere auch eine Reduzierung der Ersatzzahlung ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zulässig. –

(Glocke der Präsidentin)

Nach innen aber – für den Verwaltungsvollzug – galt das Rundschreiben vom 8. April 2011 mit unzulässiger Rabattierung in Millionenhöhe.

Im Januar 2015 waren es also weiterhin 90 %ige Rabatte. Rechnungen von 142.000 Euro wurden dann nur noch mit 14.200 Euro an die Firmen gestellt.

Meine Damen und Herren, je nach Landkreis wurden 100 %, 10 % oder gar null an Ausgleichszahlungen an die Landeskasse festgesetzt, alles mit Wissen der Aufsicht,

(Beifall bei der CDU)

mit Wissen der Ministerin, mit Wissen des Staatssekretärs, der einmal, wie ich eben schon sagte, Richter war.

Wir reden hier über geltendes Recht, das anzuwenden ist. Gesetz ist Gesetz. Hier zitiere ich Herrn Behnke vom Landesrechnungshof.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Hartenfels das Wort.

**Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann nur sagen, Herr Licht, zum Glück ist Herr Dr. Griese jemand, der sich auskennt. Ich möchte das mit einigen Stichworten noch einmal verdeutlichen. Es ist in der Tat ein Trauerspiel, dass Sie zu dem Thema, zu dem eigentlich alles gesagt worden ist, hier noch einmal eine Aktuelle Stunde beantragen. Insofern kann ich schon die Gelegenheit nutzen, Ihr Rechtsverständnis zum Besten zu geben.

Zunächst einmal komme ich zu Ihrem ersten Punkt, dass Sie ständig wieder mit falschen Behauptungen – auch heute – agieren. Ich greife den Titel Ihrer Aktuellen Stunde auf. Sie sagen, Windkraft Rabatte kosten die Steuerzahler Millionen. Herr Licht, ich erkläre das heute für Sie und Ihre Fraktion noch einmal ganz langsam, was diese Millionen mit dem Steuerzahler zu tun haben, nämlich gar nichts. Diese Millionen haben etwas damit zu tun, dass es einen Eingreifer in Natur und Landschaft mit Höhenbauwerken gibt. Diese Millionen, die dort zu zahlen sind, werden von einer naturschutzfachlichen Behörde festgesetzt und werden dann – jetzt hören Sie gut zu, das ist nämlich der entscheidende Begriff – zweckgebunden für Ausgleichsmaßnahmen in Natur und Landschaft verwendet.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Zweckgebunden. Das ist also ein geschlossener Kreislauf, der mit den Millionen und den Steuerzahlern überhaupt nichts zu tun hat. Diese falsche Behauptung muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gemacht werden.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, der auch in Ihrem Titel festgehalten ist, „rechtswidriges Regierungshandeln“. Sie stehen mit dieser Rechtsauffassung ziemlich alleine mit dem Rechnungshof da.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Ihre eigene CDU-geführte Bundesregierung – um das noch einmal deutlich zu machen – hat eine ganz andere Rechtsauffassung. Diese ist auch im Bundesnaturschutzgesetz in §15 Abs. 6 Satz 3 nachzulesen. Dort steht explizit, dass

die Ersatzzahlungen nach Dauer und Schwere festzusetzen sind. Nach Dauer und Schwere! Deswegen haben die Bundesländer – das ist in der Bundeskompensationsverordnung noch einmal schön aufgeführt – landesweit in unterschiedliche Rechtsverordnungen mit unterschiedlichen Rabattierungen und Festsetzungen darauf reagiert.

Der Bund hat dann in Absatz 5 dieses Paragraphen gesagt, dass er die Ermächtigung bekommt, eine Rechtsverordnung dazu zu erlassen. Er hat das 2012 probiert, aber er ist damit kläglich gescheitert. 2015 hat er das Verfahren eingestampft, und zwar diese Möglichkeit, das bundesweit einheitlich zu regeln. Also ist das Versagen in diesem Punkt eindeutig bei der CDU-geführten Bundesregierung zu suchen und eben nicht bei der Landesregierung.

Noch ein Bonbon, weil ich hier die Möglichkeit habe, den einen oder anderen neuen Aspekt hinzuzufügen. Ein Bundesland, nämlich das Bundesland Thüringen, hat unter CDU-Führung 2001 genau eine solche Rechtsverordnung mit Rabattierungen beschlossen und über den Zeitpunkt 2010 auch so aufrechterhalten. Wenn ich mir diese Rabattierung einmal anschau, die besonders intelligent gewählt ist – das muss ich schon sagen –, dann ist es so, für das erste Windrad mit 200 m Höhe werden 20.000 Euro festgesetzt. Aber es wird gedeckelt auf maximal 40.000 Euro, egal, wie groß der Windpark ist.

Herr Licht, hören Sie einmal genau zu. Das bedeutet, bei einem Windpark mit zehn Windrädern ist die CDU-geführte Landesregierung in Thüringen bereit gewesen, dann 40.000 Euro festsetzen. Das bedeutet pro Windrad 4.000 Euro bei einem Windpark mit zehn Windrädern. Unter dem Strich – das muss man nüchtern festhalten – liegt dieser Wert bei Weitem unter dem Wert von Rheinland-Pfalz, selbst wenn ich die 90 %ige Rabattierung anwenden würde. Das ist der Sachverhalt. So sieht es aus.

(Alexander Licht, CDU: Reden wir hier über Thüringen?)

Das, was Sie uns hier vorwerfen, fällt ganz komplett auf Ihre Fraktion zurück. Es war eben nicht rechtswidrig.

(Alexander Licht, CDU: Sie haben das Problem nicht verstanden!)

– Herr Licht, alle Bundesländer haben von der Rabattierung in unterschiedlicher Ausprägung Gebrauch gemacht. Der Bund hat versucht, es über die Bundeskompensationsverordnung zu bündeln.

(Glocke der Präsidentin)

Nach drei Jahren ist er gescheitert. Wir im Land Rheinland-Pfalz haben dann klare Rechtsverhältnisse mit dem Landesnaturschutzgesetz hergestellt. Insofern kann ich am Schluss zum einen nur festhalten, keinerlei Sachkenntnis bei der CDU-Fraktion. Eigentlich geht es Ihnen nur darum – das hat gestern die Pressekonferenz gezeigt –, einen weiteren Baustein zur Beerdigung der Energiewende und zur Beerdigung der Windkraft in Rheinland-Pfalz zu haben.

(Christian Baldauf, CDU: Ihre eigenen Leute! – Weitere Zurufe im Hause)

– Herr Baldauf, ich konnte es nachlesen. Das ist die Intention der CDU-Landtagsfraktion. Das nehmen die Wählerinnen und Wähler mit Sicherheit zur Kenntnis. Mit der CDU hier im Land ist keine Energiewende zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hürter das Wort.

**Abg. Marcel Hürter, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Soeben wurde erneut der Vorwurf erhoben, dass die Landkreise in Rheinland-Pfalz rechtswidrig gehandelt hätten. Man muss zum Hintergrund für diejenigen sagen, die jetzt gerade zuhören und das nicht wissen, bei der Genehmigung von Windenergieanlagen setzen die Landkreise und die kreisfreien Städte die Höhe von Ersatzzahlungen fest. Das tun sie in Rheinland-Pfalz seit 1990 auf der Grundlage einer entsprechenden Verordnung.

Im Jahr 2010 hat sich die Herausforderung ergeben, dass durch das geänderte Bundesnaturschutzgesetz zugegebenermaßen eine Regelungslücke entstanden ist und die Rechtspraxis in den einzelnen Ländern nicht vereinheitlicht wurde, sondern weiterhin sehr unterschiedlich ist, auch in den unterschiedlichen Kreisverwaltungen. Das ist ein Problem. Es wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen im Landesnaturschutzgesetz 2015 jetzt ganz klar geregelt, übrigens auch ein Landesnaturschutzgesetz, das nicht die Stimmen der CDU-Fraktion gefunden hat.

Dann wird der Vorwurf erhoben, dass diese vermeintlich rechtswidrige Praxis der Landkreise und kreisfreien Städte vom Umweltministerium bzw. der Landesregierung toleriert oder gedeckt wurde. Beide Vorwürfe – ich glaube, das können Sie meinen Ausführungen schon entnehmen – sind natürlich absurd.

Man muss dazu sagen, dass das, was hier in Rheinland-Pfalz von der CDU-Fraktion gegebelt wird, in vielen anderen Ländern in ähnlicher Form passiert, dass nämlich entsprechend dieser Regelungslücke, die der Bund geschaffen hat, sehr unterschiedlich festgesetzt wird, welcher Ausgleich angemessen ist, welcher Ersatz für die einzelnen Windenergieanlagen angemessen ist.

Herr Kollege Hartenfels hat es eben schon eindringlich dargestellt. Insofern kann man feststellen, dass die Landkreise in Rheinland-Pfalz, die Landesregierung und viele Bundesländer eine einheitliche Rechtsauffassung haben, übrigens auch eine CDU-geführte Bundesregierung. Dass die CDU in Rheinland-Pfalz der Ansicht ist, dass all diejenigen, die genannt worden sind, geltendes Recht brechen, ist schon eine bemerkenswerte Situation.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Wie bemerkenswert diese Situation ist, sieht man auch daran, dass sich der Landkreistag ganz eindeutig geäußert hat. Er hat festgestellt, dass er die Vorwürfe nicht nachvollziehen kann, er die Kritik zurückweist und natürlich im Einklang mit geltendem Recht gehandelt wurde. Insofern würde es mich einmal interessieren, ob Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, einmal zu Ihren Kollegen und zu Ihren Parteifreunden in den einzelnen Landkreisen – zumeist geht es um CDU-geführte Landkreise – Kontakt aufgenommen haben. Wenn Sie so massive Vorwürfe erheben, die in keiner Weise mit Belegen gedeckt sind, dann würde es mich schon interessieren, wie Sie es eigentlich mit den CDU-Kollegen aus Ihren Reihen halten, wie Sie es eigentlich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kreisverwaltungen, in den Stadtverwaltungen und im Land halten, die diese Rechtspraxis nach bestem Wissen und Gewissen umgesetzt haben.

(Christine Schneider, CDU: Herr Behnke  
hat da eine klare Antwort gegeben!)

Wenn wir in eine Diskussion darüber eintreten, was geltendes Recht ist, dann ist es entscheidend, dass das Bundesnaturschutz 2010 geändert wurde, sodass in § 15 Abs. 7 klar geregelt ist, der Bund möchte eine Kompensationsverordnung auf den Weg bringen. In dieser soll dann insbesondere geregelt werden, wie die Ersatzzahlungen zu bemessen und zu ermitteln sind, wie sie festgesetzt werden müssen.

Er hat darüber hinaus nicht nur im Gesetzestext, sondern auch in der Erläuterung gesagt, dass natürlich bis dahin geltendes Länderrecht weiter gilt und das nur insoweit nicht der Fall ist, wenn es gegen die Absätze, die zuvor genannt werden, also die Absätze 1 bis 6, verstößt. Aber genau zu dieser Frage, wie eigentlich Ersatzzahlungen festzusetzen sind, sagt das Bundesnaturschutzgesetz nichts.

Da der Bund die Rechtspraxis kannte, hätte er in der Begründung darauf eingehen und den Ländern Vorwürfe machen können. Er hätte auch im Entwurf der Bundeskompensationsverordnung ganz klar darauf hinweisen können: Liebe Länder, ihr macht da Probleme. Ihr verstößt gegebenenfalls gegen geltendes Recht. – Das hat der Bund nicht getan. Er hat es dezidiert nicht getan. Er hat versucht, es zu vereinheitlichen. Er hat es leider nicht geschafft.

Wir haben dann nach diesem langen Hin und Her – es hat ein paar Jahre gedauert, bis die Bundeskompensationsverordnung dann letzten Endes für gescheitert erklärt wurde – mit dem Landesnaturschutzgesetz eine ganz klare Regelung geschaffen. Deswegen ist auch der Vorwurf absurd, hier sei eine Regelung zugunsten der Windenergie geschaffen worden. Manchmal wurde sogar der Begriff „Mafia“ genutzt. Das ist absurd; denn wir waren es gerade, die mit unseren Stimmen die Rabatte abgeschafft haben. Daran sehen Sie, dass Ihre Kritik nicht nur rechtlich falsch, sondern auch moralisch verwerflich ist. Sie ist an der Stelle einfach unredlich.

Vielen lieben Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)



**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Höfken.

**Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Danke für die Debatte. Herr Licht, ich finde schon, das, was Sie da behaupten, ist eine ehrenrührige Behauptung. Sie haben den Titel „rechtswidriges Handeln“ gewählt. Das haben meine Kolleginnen und Kollegen schon aufgegriffen. Das ist ein Vorwurf, der sich in erster Linie an die Kreise und kreisfreien Städte richtet,

(Alexander Licht, CDU: An Sie!)

die mitnichten rechtswidrig gehandelt haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Es sind Verwaltungsakte der Kreise.

Vom Kreistag Bitburg-Prüm sind Herr Billen, vom Kreistag Rhein-Hunsrück Herr Bracht und vom Kreistag Bad Kreuznach Frau Klöckner da. Reden Sie – Frau Klöckner – eigentlich nicht mit den Kommunen? Ich meine, manchmal scheint das schwierig zu sein, wie wir das in Nieder-Olm gesehen haben. Sie musste fast aus dem Saal flüchten, weil sie nicht den Mut hatte, den Leuten die Wahrheit zu sagen, dass die CDU mit den Beschlüssen im Haushalt den Umwelt- und Agrarbereich vollständig kahl schlägt.

Ich denke, Sie sollten vielleicht einmal mit Ihrem eigenen Landrat reden. Auf jeden Fall haben wir am letzten Montag ein Treffen der Kreise und kreisfreien Städte gehabt. Ich sage es einmal in ganz höflicher Form: Die Kreise und kreisfreien Städte weisen das auf jeden Fall mit Nachdruck zurück, wie auch die Handelnden in den anderen Bundesländern, ob das jetzt Hessen, Niedersachsen, Bayern, Sachsen, Thüringen oder Nordrhein-Westfalen mit Rabatten oder Ermäßigungen sind.

Es müsste tatsächlich einen Riesenaufschrei geben, wenn diese alle rechtswidrig handeln würden. Herr Staatssekretär Dr. Griese hat im Haushalts- und Finanzausschuss in aller Ausführlichkeit den ganzen Hintergrund mit der Bundeskompensationsverordnung und dem Bundesnaturschutzgesetz erklärt. Sie wollen es nicht wissen. Sie wiederholen wider besseres Wissen all diese Vorwürfe: Dazu kämen rund 500 genehmigte Anlagen, von denen 81 bezahlt seien. Vielleicht sollten Sie auch noch dazu sagen, dass die Realkompensation im Bundesnaturschutzgesetz vorrangig ist.

Natürlich können von diesen Anlagen welche nach Realkompensation ausgeglichen worden sein. Es können Windparks oder direkte Naturschutzmaßnahmen gewesen sein. Das heißt, ein Fundament für diese Anschuldigungen haben Sie nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN –  
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wo rechtskonform gehandelt wurde, gab es keinen Schaden. Ich finde diesen Vorwurf von 25 Millionen ungeheuerlich, da es eine hundertprozentige Zweckbindung gibt. Man muss ganz klar sagen – bei solchen Vorwürfen bekommt man fast Schnappatmung –: Das ist der Aufruf zur Klage gegen die Kommunen an die Windanlagenbetreiber. Einen Aufruf zur Klage auf Unrechtmäßigkeit in der Behandlung, das gibt es doch nicht. Ich finde, das ist eher ein Aufruf zu grobem Unfug.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Das möchte ich ganz deutlich sagen. Wir haben seit Beginn meiner Amtszeit in vollem Ausmaß im Sinne des Landesrechnungshofs gehandelt und werden dafür jetzt kritisiert. Die CDU war frontal dagegen. Das lässt sich wunderschön belegen, wie wir das auch in der Pressemitteilung getan haben.

Ich nenne zum Beispiel die Drucksache, in der es um die Erhaltung der Nutzflächen geht. Darin heißt es „Windenergieanlagen sind eine flächenschonende Möglichkeit zur Erzeugung regenerativer Energien. (...) Auf einen naturschutzfachlichen Ausgleich in Form aus Ausgleichsflächen ist bei der Errichtung von Windenergieanlagen daher zu verzichten.“

Dann geht es weiter und wird rechtswidrig. Im Januar 2014 schreiben Sie: „Diese Gelder müssen der Landwirtschaft vor Ort für Maßnahmen der Verbesserung der Agrarinfrastruktur zugutekommen“ – Hier eine Subventionierung im Agrarbereich und dagegen komplett das Bundes- und Landesrecht. Das ist Ihre Haltung. Das geht immer noch so weiter. Ich könnte ewig lange zitieren.

Es geht Ihnen – ich glaube, das ist das Fazit aus der Debatte – überhaupt nicht um die Natur. Das wissen wir schon lange. Es geht Ihnen um den Kampf gegen die Windanlagen. Es geht zulasten der Kreise und zulasten der Bürgerinnen und Bürger gegen die Energiewende. Man kann auch sagen: Don Philippe de Guttenberg auf Rosinante oder Don Cristobal auf dem Esel gegen jede Windmühle und den Fortschritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN –  
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Da haben wir die Spaßpartei. Das wäre alles zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Wir reden gleich noch über den Waldzustandsbericht. 73 % unserer Bäume sind vor allem durch klimaschädigende Treibhausgase geschädigt. 130 Millionen Menschen sind vom Anstieg der Meeresspiegel betroffen. Die UN erwartet 200 Millionen Klimaflüchtlinge in den nächsten Jahrzehnten. Raubbau, Krieg, Terror und IS sind am Tropf des Öls. Für wen machen Sie eigentlich Politik?

Sie haben auch neue Freunde gewonnen. Ich habe mir den Flyer der neuen Naturschutzinitiative angeschaut. Es ist ganz interessant, wenn man diesen einmal umdreht. Da steht Deutsche Wildtier Stiftung. Wir wissen auch, von wem diese finanziert wird, nämlich von Herrn Vahrenholt, dem ehemaligen RWE-Manager und Kohlelobbyist. Das

sind die neuen Freunde. Diesen Freunden ist es dann möglicherweise auch egal, wenn die CDU Naturparke und alle Naturschutzmaßnahmen im Land zerschlägt.

Wer Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Arbeitsplätze, eine regionale Entwicklung, mehr globale Gerechtigkeit und eine wirkliche Energiewende will, der unterstützt diese Landesregierung.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Licht.

**Abg. Alexander Licht, CDU:**

Meine Damen und Herren! Frau Höfken, Sie müssen sich schon einmal entscheiden, für welche Rechtsauffassung Sie sich aussprechen.

(Beifall der CDU)

Sie müssen deutlich sagen, über was Sie mit den Kommunen debattiert und diskutiert haben. Da ich mitgeschrieben habe, kann ich fast wörtlich Herrn Behnke aus dem Haushalts- und Finanzausschuss zitieren. Er hat wörtlich gesagt: Wir haben den Landkreisen keine Vorwürfe gemacht. Die Landkreise hätten rechtswidrige Weisungen des Umweltministeriums ausgeführt.

(Beifall der CDU)

Das ist keine Behauptung von mir. Unsere Vorwürfe gingen an das Ministerium als oberste Behörde der Rechts- und Fachaufsicht.

Vielleicht wollen Sie sich selbst einmal zitieren, zum Beispiel Ihr Schreiben vom 28. Mai 2013. Ich will das Ganze wegen der Zeit nicht zitieren. Am Schluss heißt es: In Anwendung des Alzeyer Modells war insbesondere auch eine Reduzierung der Ersatzzahlung ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zulässig –

Wo ist die Rechtsaufsicht? Warum gab es hier 100 %, da 10 %, und da so viel und da so viel? Was ist in diesem Land los gewesen? Herr Griese wusste im Ausschuss nicht, was die linke Hand sagt und die rechte tut. Innerhalb der beiden Ministerien gibt es wohl einen Zahlensalat.

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

– Herr Pörksen, lesen Sie es nach. Von der Agentur für Erneuerbare Energien ist beispielsweise am 21. Juli 2015 Folgendes berichtet worden: 594 Windkraftanlagen wurden in den Jahren 2010 bis einschließlich 2014 errichtet. – Fast 600 Anlagen wurden errichtet.

(Glocke der Präsidentin)

Für wie viele gab es denn Bescheide? Nach der Zahl, die im Umweltministerium in den Überwachungslisten re-

gistriert wurde, waren es lediglich 110. Was ist mit den anderen passiert? Welche Rechnungen und welche Ausgleichsleistungen gab es?

(Zuruf der Staatsministerin Ulrike Höfken)

Jetzt will ich mit Ihnen überhaupt nicht darüber streiten, wie der Landeshaushalt davon betroffen ist.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Herr Kollege Licht, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abg. Alexander Licht, CDU:**

Sie haben, wenn man diese Rechnung auflegt, dem Naturschutz 50 Millionen Euro entzogen. Das ist grüne Politik.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Dr. Braun das Wort.

**Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Licht, genau das ist der Punkt. Das stimmt gerade nicht. Das hat die Ministerin erklärt. Sie können sich auch selbst erklären, dass die 50 Millionen, die Sie in den Raum werfen,

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

nicht dem Naturschutz entzogen worden sind, sondern als Ausgleich vor Ort genommen wurden, und die Landkreise – das wurde schon deutlich gesagt –, die hauptsächlich CDU-geführt sind und in denen die CDU an der Ausführung mit beteiligt ist, entschieden haben, auf Zahlungen zu verzichten oder den direkten Ausgleich zu machen.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Herr Kollege Dr. Braun hat das Wort.

**Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Danke schön. Die CDU hat das 1990 eingeführt. Nachdem klar wurde, dass es so nicht weitergehen soll, wurde dann auch von unserem Ministerium und der rot-grünen Landesregierung darüber diskutiert, dass es eine neue Regelung geben muss. Die Ministerin hat es Ihnen vorgelesen.

Wer hat dagegen gestimmt? Es waren nicht Rot oder Grün, sondern es waren die Schwarzen, die dagegen gestimmt haben. Dann wurde versprochen, Altmaier wird das schon regeln. Er hat es aber nicht geregelt, weil er gar kein Umweltminister mehr war. Fragen Sie einmal, warum. Das ist eine andere Geschichte.

Da der Bund das nicht geregelt hat, musste das Land das regeln. Das haben wir gemacht. Das haben Sie auch abgelehnt. Wir haben es abgeschafft, und Sie beschwerten sich weiterhin. Ich glaube, deswegen sind Sie völlig auf der falschen Linie. Schauen Sie einmal nach vorne. Wir haben es geschafft, das abzuschaffen, was Sie die ganze Zeit überhaupt nicht thematisiert hatten.

Sie wissen es doch in den Kreisen schon die ganze Zeit, wie die Handhabung ist. Sie haben doch absichtlich und zum Teil zu Recht geurteilt, dass das Anlagen sind, die den Ausgleich direkt vor Ort bringen müssen. Wir sind doch auch dafür, dass der Ausgleich vor Ort eine gute Sache ist. Solange das möglich war, war das auch eine rechtlich und umweltmäßig durchaus verträgliche Sache.

(Glocke der Präsidentin)

Deswegen war die Handlung, die wir gemacht haben, richtig. Die Handlung, die Sie gemacht haben, nämlich Neuregelungen abzulehnen, ist falsch. Jetzt beschwerten Sie sich hinterher über die Fastnacht und die 111. Sitzung. Das kann sein. Machen Sie so weiter.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

#### **Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Wohnformen und zur Stärkung der Teilhabe Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/5385 –

#### **Zweite Beratung**

**dazu:**

#### **Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses**

– Drucksache 16/6100 –

#### **Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/6095 –

#### **Wirksame Unterstützung älterer Menschen und von Menschen mit Pflegebedarf und Behinderung durch Weiterentwicklung der Wohnformen und Sicherung ihrer Teilhabe**

#### **Antrag der Fraktion der CDU – Entschliebung –**

– Drucksache 16/6097 –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Zunächst bitte ich um die Berichterstattung durch den Abgeordneten Adolf Kessel. Wo steckt Herr Kessel? – Der Berichtersteller ist uns abhanden gekommen. Insofern werden wir auf die Berichterstattung verzichten.

Ich bitte um Wortmeldungen. Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Wieland das Wort.

(Unruhe im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch etwas sagen. Zwischenrufe und Gespräche sind bei der veränderten Akustik ganz schwierig, weil das Mikrofon relativ leise ist. Ich möchte Sie bitten, darauf Rücksicht zu nehmen.

#### **Abg. Gabriele Wieland, CDU:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um ein ganz anderes Thema, nämlich die Weiterentwicklung von Wohnformen und die Stärkung von Teilhabe. Das entsprechende Gesetz dazu liegt uns vor und soll heute verabschiedet werden.

Wir sind uns einig, dass das ein wichtiges Thema ist. Wir sind uns einig, dass Wohnformen weiterentwickelt werden müssen, die Teilhabe gestärkt werden soll und ein Mindestmaß an Qualität und Schutz geregelt werden soll, wie es früher im Heimrecht war, so jetzt im – kurz genannt – LWTG.

Die damalige Sozialministerin Dreyer hat 2009 ein, wie sie es nannte, innovatives Landesgesetz vorgelegt, das neue konzeptionelle Entwicklungen entsprechend abbilden sollte. Sie hat es als großen Wurf und wegweisend vorgestellt. Es hat sich aber sehr schnell gezeigt, dass großer Nachbesserungsbedarf auftrat.

Drei Sozialministerinnen und Sozialminister haben sich inzwischen an diesem Gesetz abgearbeitet und immer wieder betont, wie innovativ die Regelungen sein müssen, die entsprechend getroffen werden sollen.

2014 gab es eine große Evaluation durch die AGP Sozialforschung. Darin ist schon von Anwendungsproblemen, Zielverfehlungen, ausbleibender Innovationswirkung und das Fehlen handhabbarer Regelungen die Rede. Auch die Rückmeldungen aus der Praxis belegten, dass das Gesetz eher weitere ambulante Wohnformen verhindert.

Dann wurde eine Gesetzesänderung versprochen. Die CDU hat sie immer wieder angemahnt. Noch im vergangenen Sommer hieß es: Qualität geht vor Schnelligkeit. – Gut, wir haben auf die Qualität gewartet. Das Gesetz lag vor. Hedi Thelen hat schon in der ersten Lesung geäußert, dass wir Bedenken haben und die Neufassung den notwendigen Ausbau alternativer Wohnformen eher behindert als befördert.

Wir haben die Anhörung im Ausschuss beantragt. Sie wurde durchgeführt, und sie hat gezeigt, ja, der neue Entwurf braucht dringend Korrekturen, hat Korrekturen enthalten. Es gibt viele wichtige Punkte, die im neuen Gesetz gegenüber dem alten verbessert wurden. Ich nenne das Vermeiden von Doppelprüfungen. Ganz wichtig ist auch, dass das Poolen von Leistungen möglich ist, das heißt, dass mehrere Bewohner bei einem Anbieter gemeinsam Dienste buchen können. Sinnvoll ist auch die Änderung, dass selbstorganisierte Wohngemeinschaften aus der Gültigkeit

des Gesetzes herausgelöst werden. Des Weiteren begrüßen wir ausdrücklich den Wegfall der Qualitätsberichte und die geänderte Rolle der Prüfbehörde, die vor allem zu einer Beratungsbehörde wird und Einrichtungen begleitet. – So weit die Änderungen, die wichtig waren.

Dennoch hat sich insbesondere in der Anhörung gezeigt, dieses Gesetz ist weit weg vom großen Wurf.

(Beifall bei der CDU)

Ich zitiere mit Erlaubnis aus der Anhörung:

„Das ambulante Wohnen ist für uns ein ganz wichtiger Aspekt. (...) wir sind uns aber nicht sicher, ob es mit diesem Gesetzentwurf wirklich funktioniert. Eher haben wir den Eindruck, dass es schwieriger wird. Die Regelungen, die hier aufgenommen werden, halten wir nicht für praxisgerecht.“, so Paul Haubrich, LAG Selbsthilfe.

Weiterhin zitiere ich: „Ich denke, es ist nicht sinnvoll, einen Gesetzestext zu formulieren, der von vornherein auf Ausnahmeregelungen aufbaut.“, so Ruth Lehmann von der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Was sind denn nun die kritischen Punkte, die wir in diesem Gesetz gemeinsam mit den Verbänden sehen? – Ich will verschiedene nennen, zunächst die Regelungen zur Personalausstattung und zu deren Überprüfung. Ja, es ist wichtig, dass eine ausreichende Personalausstattung vorgehalten wird und es auch überprüft wird. Aber in Zeiten, in denen Fachkräftemangel gerade in der Pflege das gravierende Problem für Einrichtungen ist, wäre eine andere Regelung hinsichtlich der Fachkraftquote zu erwarten, also keine starre Anteilsquote.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir hätten uns zumindest einen Korridor gewünscht oder, noch innovativer, eine andere Relation als die zwischen Fach- und Hilfskräften; denn die starre Relation zwischen Fach- und Hilfskräften bedeutet doch gerade, wenn ich mehr Hilfskräfte einstelle, senke ich damit die Quote.

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Die Qualität ist die gleiche, wenn ich gleich viele Fachkräfte habe, aber mehr Hilfskräfte.

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

– Genau.

Genauso wenig praktikabel ist die Selbstanzeige bei der Unterschreitung der Personalquote. Hier wird eine Durchschnittsbetrachtung über die vergangenen 12 Monate zugrunde gelegt. Ich muss in diesen 12 Monaten immer über den Anforderungen sein, sonst muss ich mich selbst anzeigen. Das heißt, über 12 Monate rückwirkend muss ich einen Durchschnitt halten. Durchschnittsbetrachtungen führen immer dazu, dass ich insgesamt mehr als 50 % vorhalten muss, und das kann nicht im Sinne der Regelung sein. Es nützt auch nichts, wenn nicht monatlich, sondern quartalsweise gemeldet wird. Durchschnitt bleibt Durchschnitt und eben keine stichtagsbezogene Meldung.

Als ein weiteres Stichwort nenne ich die Überregulierung, die wir anmahnen. Es ist schwierig, Vermieter für Wohngemeinschaften zu finden, und das wird zusätzlich erschwert, wenn Vermieter nun vom Gesetz betroffen sind.

Wir haben im Ausschuss gefragt, ob es eine plausible Erklärung gibt, warum Vermieter mit in das Gesetz aufgenommen werden. Man könnte uns keine Antwort geben und hat schriftlich nachgereicht, die Annahme von Geldgeschenken soll ausgeschlossen werden. – Das hat unserer Meinung nach nun wirklich nichts im LWTG verloren.

Bauliche Mindestanforderungen werden geregelt, auch das ist nicht praktikabel. So sollen in betreuten Wohngruppen Besuchertoiletten in der Nähe des Eingangs sein. – Kennen Sie eine Altbauwohnung, wo das praktiziert werden kann?

(Glocke der Präsidentin)

Ein anderes Thema ist die Sanierung. Wenn ich eine Einrichtung saniere, in der 14 m<sup>2</sup> pro Zimmer vorgehalten werden, und schaffe für jedes Zimmer eine Toilette, dann ist das nach der Regelung nicht mehr möglich.

Es gibt viele weitere Punkte von Überregulierung. Namen von Mitarbeitern müssen genannt werden, Listen von Dienstleistern, die für Verpflegung sorgen – der Bäcker muss ausgehängt werden, heißt das –, und ganz besonders schön, wenn eine Person ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde aufgenommen wird, dann ist das eine Ordnungswidrigkeit, die mit hohen Geldbußen geahndet wird. – Das ist nicht praktikabel, wenn in einem wirklichen Notfall jemand in eine Einrichtung aufgenommen werden soll.

(Beifall bei der CDU –  
Julia Klöckner, CDU: Das geht doch gar nicht!)

Dass das Gesetz mit Mängeln behaftet ist, hat auch Rot-Grün erkannt. Es gibt einen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aus unserer Sicht werden aber damit nur Löcher notdürftig gestopft.

(Glocke der Präsidentin)

Ich habe schon das quartalsweise Prinzip angemahnt. Deshalb sagen wir, nehmen Sie unseren Antrag an, in dem diese Punkte aufgezeigt sind und in dem erklärt wird, warum wir eine Neuformulierung des Gesetzes brauchen.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Scharfenberger.

#### **Abg. Heike Scharfenberger, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beschließen heute das Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Wohnformen und zur Stärkung der Teilhabe, und wir verabschieden ein innovatives und ein gutes Gesetz. Wir haben uns im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation sehr

intensiv mit den Sachverhalten und in einem breiten Beteiligungsprozess mit den Verbänden in einer Anhörung befasst.

Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe sind menschliche Grundbedürfnisse, die für Menschen mit Behinderung als auch für pflegebedürftige Menschen gelten. Hierbei steht im Vordergrund, solange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir erleben zum Glück eine zunehmende Veränderung der gesellschaftlichen Sichtweise, wie es auch in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben wurde. Danach sind eben Pflege und Behinderung gleichzusetzen. Damit wird einer Stigmatisierung vorgebeugt, und auch die Schnittstellen zwischen Altenhilfe, Pflege und der Eingliederungshilfe der Menschen mit Behinderung werden berücksichtigt.

Eine weitere, stark veränderte Rahmenbedingung stellt die Demografie dar. Die Menschen werden älter, wodurch auch der Pflegebedarf steigt, und dies gilt insbesondere auch für die Menschen mit Behinderung. Insofern ist es wichtig, dass wir jetzt mit dem LWTG auf den Anpassungsbedarf der Angebotsstruktur hin zu einer zeitgemäßen und passgerechten Versorgungslandschaft reagieren. Es werden die Grundlagen geschaffen, damit neue Wohngruppen entstehen können und die betroffenen Menschen eine möglichst große Wahlfreiheit haben. Es findet eine eindeutige Zuordnung und Ausdifferenzierung der verschiedenen Wohnformen in der ambulanten Versorgung statt. Dies wurde auch von den Verbänden als durchweg positiv gesehen.

Meine Damen und Herren, die Qualität der Einrichtungen ist dabei das wichtigste Merkmal. Hierzu zählen ein ausreichender Personalschlüssel, eine angemessene Gruppengröße und auch der Schutz vor Mängeln. Ausreichend vorhandenes Personal ist die Grundlage für eine gute Pflege. Eine zu hohe Verdichtung der Arbeit kann auch zur gefährlichen Pflege werden. Aus diesem Grund sind die regelmäßigen Meldungen pro Quartal sinnvoll und notwendig, um den Qualitätsstandard einer Einrichtung zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Eine möglichst individuelle Betreuung im Rahmen einer Wohngruppe ist ein weiteres Qualitätsmerkmal. Im Zuge der Vereinheitlichung der Gruppen der betroffenen Menschen war dabei das Ziel, auch die Gruppengröße zu vereinheitlichen, um einen fließenden Übergang zu gewährleisten. Es gab allerdings bei den Verbänden große Bedenken, dass bei den Einrichtungen aus finanziellen Gründen grundsätzlich die maximale Anzahl der Personen angestrebt wird, auch wenn die Praxis momentan eher kleinere Gruppengrößen zeigt. Ich denke, es war daher sinnvoll, an diesem Punkt noch weiter zu differenzieren, um auch der Intention des Gesetzes, nämlich der Teilhabe, zu entsprechen.

Ein drittes Merkmal ist letztendlich der Schutz vor Mängeln in solchen Einrichtungen. Eine Überprüfung bei konkreten Anhaltspunkten beugt einem Missbrauch vor. Diese Überprüfung hat dabei aber nicht den Charakter eines Kontrollbesuchs, sondern soll im Rahmen einer Beratung Verbesserungen bringen.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchten wir festhalten, dass dieses LWTG eine Fülle verschiedenartiger und alternativer Wohnformen unterstützt, die ein selbstbestimmtes Wohnen in jedem Lebensalter ermöglichen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Dr. Konrad das Wort.

**Abg. Dr. Fred Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Wieland, ich möchte Ihre Rede direkt bewerten. Sie haben gesagt, wir sollen Ihrem Antrag zustimmen. An mehreren Stellen Ihres Antrags habe ich damit ein tatsächliches Problem. Unter Punkt 2. b) heißt es zum Beispiel in Ihrem Antrag: „Es bedarf einer klaren und differenzierter Einteilung der Einrichtungen, für die das Gesetz gilt.“ Andererseits monieren Sie den Regulierungsumfang, den das Gesetz hat, und ein wichtiger Teil dieses Regulierungsumfangs ist eben die Differenzierung der entsprechenden Einrichtungen in § 4 und § 5, wobei § 5 die Einrichtungen regelt, die Wohngruppen unterschiedlicher Trägerschaft und unterschiedlicher Organisation betreffen, während § 4 alle Einrichtungen regelt, die eine Vollversorgung für die dort wohnenden Menschen vorhalten.

Das ist auch wichtig; denn es ist der Kern dieses Gesetzes, und es ist in verschiedensten Gesprächen auch unter Einschluss der CDU-Fraktion und mit den Trägern darüber gesprochen worden. Auch der Justiziar des Caritasverbandes der Diözese Mainz hat bestätigt, dass es eines klaren Rechtsbegriffes bedarf, um die Schutzfunktion herzustellen, und dieser klare Rechtsbegriff ist die Wahlfreiheit. Das zieht sich in § 4 und § 5 durch dieses Gesetz hindurch. Wenn Sie das bewerten, was die Verbraucherzentrale an Schutzforderungen an dieses Gesetz gestellt hat, sehen Sie, dass es genau darum ging, an dieser Stelle einen Kompromiss oder den richtigen Punkt zwischen der Regulierung einerseits, die sicherlich auch die Kreativität der Trägerinnen und Träger und der Bewohnerinnen und Bewohner beschränkt, und dem Schutz andererseits zu berücksichtigen, den die Bewohnerinnen und Bewohner in einer solchen Einrichtung brauchen; denn sie sind Tag und Nacht darauf angewiesen, dass die Kriterien erfüllt werden, die dazu führen, dass sie gut versorgt sind, und das wollen wir alle.

Das heißt, dieses gesamte Gesetz muss einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem Schutz der Bewohnerinnen und der Bewohner durch eine klare und auch umfangreiche und grundlegende Regulierung auf der einen Seite und der Kreativität von Trägern, Bewohnern und Bewohnerinnen und Angehörigen auf der anderen Seite herstellen. Das ist unserer Ansicht nach gelungen.

Was aber in der Anhörung kritisiert wurde und was auch einleuchtend ist – allerdings muss an dieser Stelle die Kri-

tik auch an die Anzuhörenden gehen, weil dieser Punkt in der Vorbereitung des Gesetzes nur eine geringe Rolle gespielt hat –, ist die Frage, ob man im Ordnungsrecht – vorliegend handelt es sich um Ordnungsrecht; denn es ist die Nachfolge des Heimgesetzes, das vom Bund im Rahmen der Föderalismusreform auf das Land übertragen wurde – eine kreative Entwicklung der Wohnformen vorgeben kann. Darin hat dieses Gesetz auch Schwächen; sie sind aber dadurch vorgegeben, dass dieses Gesetz von seiner Grundlage her im Ordnungsrecht einen Rahmen für die zukünftige Entwicklung von Wohngruppen schafft. Auch darüber herrscht Konsens dahin gehend, dass es eine neue Gesetzgebung für die kreative Sozialpolitik geben wird, nämlich das Bundesteilhabegesetz auf der Bundesebene, das für 2017 angekündigt ist.

Es gibt derzeit nur eine Kraft, die gegen diese Umsetzung wirkt, und das ist das Bundesfinanzministerium. Ich hoffe, dass die Sozialpolitiker nicht nur der SPD, die dahinterstehen und auch eine Umsetzung für 2017 erkämpfen wollen, sondern auch der CDU ihren Einfluss entsprechend geltend machen und dafür sorgen, dass auch die Finanzpolitiker in der CDU dem Gesetz zustimmen, damit entsprechende Perspektiven entwickelt werden können und wir somit einen landesgesetzlichen Rahmen schaffen können, der über das AGSGB XII hinausgeht, das wir jetzt als landesgesetzliche Umsetzung des Sozialrechts im SGB XII und der Eingliederungshilfe haben, und wir es als ein Teilhaberecht auf der Landesebene entwickeln können und dort auch die Förderung sowohl für das Wohnen als auch für das tägliche Leben von Menschen mit Behinderungen mitten in der Gesellschaft schaffen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch hinzufügen, diese Abwägung zwischen Schutz und Regulierung auf der einen Seite und sozialer Weiterentwicklung sowie Weiterentwicklung von Inklusion und Eingliederung, Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen auf der anderen Seite ist ein schwieriger Punkt. Daher hat mich auch die Rede von Götz Aly heute Morgen doch sehr berührt, auch dahin gehend, wie wichtig es ist, Menschen in die Mitte der Gesellschaft zu führen. Das wird mit einem ordnungsrechtlichen Rahmen allein nicht möglich sein. Auch dies ist ein Grund zu sagen, wir müssen uns in der nächsten Legislaturperiode sozialpolitische Ziele setzen, das Teilhabegesetz, das im Bund dann hoffentlich bald beschlossen ist, auch auf Landesebene umzusetzen und auch die Menschen zu begleiten, die in Einrichtungen leben, und den Kontakt zu ihnen zu halten.

Auch da hat dieses Gesetz eine Zielsetzung formuliert, nämlich die Öffnung der Einrichtung, die Öffnung ins Quartier.

(Glocke der Präsidentin)

Das trägt dazu bei, dass diese Menschen in großer Sicherheit leben.

Ich will nur einen Satz sagen. Herr Aly hat das heute Morgen gesagt. Er hat eine ähnliche Lebensgeschichte wie ich hinter sich. Es ist tatsächlich so, dass auch die nächsten Angehörigen oft diesen Menschen ambivalent

gegenüberstehen, die viel Unterstützung brauchen. Das ist nicht immer einfach. Ich fand es sehr achtbar, was er dort gesagt hat.

Deshalb sind die Menschen, die Angehörigen und die Menschen, die dort auch unmittelbar mit diesen Menschen arbeiten, darauf angewiesen, dass wir sie dahin gehend unterstützen, klare Flanken einzuziehen, wie der Schutz der Menschen in dieser intimen Situation von Pflege und Unterstützung sichergestellt werden kann. Ich glaube, hier ist eine sehr vorsichtige Abwägung nötig.

(Glocke der Präsidentin)

– Es ist der letzte Satz, Frau Präsidentin.

Es ist eine vorsichtige Abwägung dahin gehend notwendig, wie viel Schutz wir aufgeben dürfen, um kreative Entwicklungen von Wohnen zu ermöglichen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Landesregierung spricht Frau Bätzing-Lichtenthäler.

#### **Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass wir heute nach einem wirklich intensiven Austausch und sehr konstruktiver Debatte das Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Wohnformen und zur Stärkung der Teilhabe abschließend beraten.

Aber bevor ich über das Gesetz sprechen werde, möchte ich kurz auf den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion eingehen; denn dort werden mehrfach Aussagen aus der Evaluation des LWTG (Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe) von Prof. Dr. Thomas Klie zitiert und leider dabei aus dem Gesamtkontext gerissen. Richtig ist, dass die Evaluation ein sehr positives Fazit zieht.

Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich aus dem Abschlussbericht der Evaluation, Seite 74, 1. Abschnitt. Dort heißt es: „Das LWTG Rheinland-Pfalz zeichnet sich im Kontext der anderen landesheimrechtlichen Kodifizierungen durch eine ausgeprägte Programmatik, durch eine abgestufte Differenzierung der Einrichtungstypen und ein neues und bis dato unbekanntes Konzept der Herstellung von Transparenz aus, das deutliche Bezüge zu den planerischen Regelungen landesrechtlicher Art aufweist.“

Weiter heißt es auf Seite 76, 3. Abschnitt: „Insgesamt lässt die Evaluation den Schluss zu, dass sich das LWTG als landesrechtliche Kodifizierung des ordnungsrechtlichen Heimrechts ganz wesentlich bewährt hat. Es stößt als Ganzes weithin auf Akzeptanz, die mit ihm verfolgten Ziele werden geteilt.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke diese Zitate

sprechen für sich. Das LWTG ist nach Ansicht von Professor Dr. Klie ein gutes und gelungenes Gesetz.

Das LWTG nimmt insbesondere vier Ziele in den Fokus, und zwar

1. die unterschiedlichen Wohnformen hin zu mehr Pluralität in der Angebotsstruktur weiterzuentwickeln,
2. die Qualität der Angebote zu sichern,
3. den Schutz der Menschen zu gewährleisten und
4. die Selbstbestimmung und Teilhabe insbesondere von Menschen mit Behinderung weiter zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Qualität der Angebote und Leistungen, die in Einrichtungen vorgehalten, erbracht und weiterentwickelt werden, sind die Träger und Leistungserbringer verantwortlich. Mit dem vorliegenden Gesetz verdeutlichen wir die jeweilige Verantwortung der Träger von Einrichtungen und Anbieter von Leistungen in den Einrichtungen und Wohngruppen.

Wir haben die Anforderungen nicht verschärft, sondern wir haben sie präzisiert und Klarstellungen vorgenommen, ohne die Hürden höher zu setzen.

Dies wurde aber in der Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses von den Trägervertretern behauptet, es sei hier zu Verschärfungen gekommen. Aber nach diesem Austausch in der Anhörung bin ich zuversichtlich, dass wir die Bedenken entkräften konnten. Ich denke, dass es uns auch dank der hilfreichen Ausführungen von Professor Dr. Schulz-Nieswandt gelungen ist, der dem Gesetz eine außerordentliche Kohärenz bescheinigt hat.

Im Sinne der Qualitätsverantwortung wird die zuständige Beratungs- und Prüfbehörde die Einrichtungen und Träger künftig mit abgestimmten Beratungsbesuchen partnerschaftlich begleiten. Unangemeldete jährliche Regelprüfungen ohne einen Hinweis auf Mängel oder ohne eine eingebrachte Beschwerde wird es in Rheinland-Pfalz künftig nicht mehr geben. Klar ist aber auch, sollte eine Einrichtung dieses Vertrauen in die eigene Verantwortung für die Qualität missbrauchen, wird die Beratungs- und Prüfbehörde unangemeldet prüfen und die entsprechenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen ergreifen.

Des Weiteren beschreiben wir mit dem Gesetz noch einmal klarer und ausführlicher, welche unterschiedlichen Anforderungen an die verschiedenen Wohnformen gestellt werden. Es wurde für die Menschen geschrieben, die in Einrichtungen für ältere pflegebedürftige Menschen oder für Menschen mit Behinderung leben. Das Gesetz soll sie schützen. Es soll gleichzeitig ihre Selbstbestimmung und ihre Teilhabe stärken.

In diesem Sinne haben wir eine Angleichung der Platzzahlen in betreuten Wohngruppen für pflegebedürftige volljährige Menschen und volljährige Menschen mit Behinderung vorgeschlagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber wir haben verstanden, dass dieser Vorschlag Sorge bei den Vertreterinnen

und Vertretern der Selbsthilfe ausgelöst hat. Daher stellen wir uns dem Anliegen nicht entgegen, die Selbstbestimmung von volljährigen Menschen mit Behinderung in kleineren Wohngruppen umzusetzen, die in ihrer Größe den Charakter einer Großfamilie nicht überschreiten.

Erlauben Sie mir, dass ich noch einen Punkt anspreche, der im Rahmen der Anhörung sehr intensiv immer wieder diskutiert wurde, die Regelungen in § 26 Nr. 2 LWTG zum Aufnahmestopp.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen zu dieser Regelung; denn sie besagt, dass der Träger einer Einrichtung einen ausreichenden Personaleinsatz sicherstellen und dies auch in regelmäßigen Abständen überprüfen muss. Wir verstehen auch das Anliegen der Träger von Einrichtungen, diese Prüfungen in ein größeres Zeitintervall einzubinden. Ein verantwortungsvoller Träger wird nur so viele Bewohnerinnen und Bewohner aufnehmen, wie es mit den Vorgaben für einen ausreichenden Personaleinsatz vereinbar ist. Eigentlich liegt es auf der Hand; denn nur so kann er die sach- und fachgerechte Pflege und Betreuung der ihm anvertrauten Menschen gewährleisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne vertrauen wir darauf, dass die Träger ihre Verantwortung wahrnehmen und im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Selbstbeschränkung umsetzen und nicht zur Gewinnmaximierung weitere schutzbedürftige Menschen aufnehmen, ohne dass das dazu notwendige Personal beschäftigt wird.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen noch einmal für den intensiven, offenen und konstruktiven Austausch zu diesem Gesetz. Ich denke, das ist ein Gesetz, das im Sinne des Ordnungsrechts den Trägern von Einrichtungen einen Rahmen vorgibt und Bedingungen setzt. Es ist aber auch ein Gesetz für Menschen, denen wir gleichzeitig den für sie notwendigen Schutz sichern und das für sie höchste Maß an Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Durch die verlängerte Redezeit der Landesregierung stehen den Fraktionen jeweils noch zwei Minuten Redezeit zur Verfügung. Herr Dr. Konrad hat das Wort.

#### **Abg. Dr. Fred Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Es ging mir nur um einen Punkt, den Frau Wieland erwähnt hat, der nicht unwidersprochen bleiben sollte. Es ging um den Punkt, dass durch das Gesetz die Vermieter in die Pflicht genommen werden, viele Aufgaben zu erfüllen. Das ist nicht der Fall. Die Vermieter sind nur noch an einer Stelle des Gesetzes genannt, und zwar an der Stelle, an der der Geltungsbereich des Gesetzes benannt ist, aber nicht an der in der ersten Anhörung des Ministeriums bereits von den Trägern monierten Stelle, an der es um die Pflichten innerhalb der einzelnen Wohnformen geht. Dort sind

die Vermieter bereits in der Vorlage des jetzt vorliegenden Gesetzes durch das Ministerium herausgenommen worden. Damit haben die Vermieter nicht die zusätzlichen Pflichten, wie sie die Träger von Einrichtungen ansonsten haben.

Aber natürlich gilt das Gesetz auch für die Vermieter von Einrichtungen und Wohngruppen, damit diese nicht ausdrücklich ausgenommen sind. Sie haben aber keine Verpflichtungen durch die §§15 oder 16.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Frau Wieland hat das Wort.

**Abg. Gabriele Wieland, CDU:**

Die Zeit gibt mir die Gelegenheit, noch zwei Punkte anzusprechen.

Frau Ministerin, Sie haben Herrn Professor Dr. Schulz-Nieswandt angesprochen. Er hat den Gesamtzusammenhang erklärt. Er hat uns aber auch erläutert, dass dieses Gesetz dazu führen wird, dass es sehr schnell wieder eine Nachsteuerung geben muss. Er hat es als intelligente Verwerfung bezeichnet, weil die Folge von Überregulierung ist, dass Ausweichmöglichkeiten in die ambulanten Wohnformen, in die selbstbestimmten Wohnformen hinein gefunden werden.

Er hat das Beispiel eines Pflegeheims gebracht, in dem jedes Zimmer einzeln, privat und mit eigenem ambulanten Personal vermietet wird. Das ist für mich ein Beispiel, dass Überregulierung zu weniger Qualität führt, weil Ausweichmöglichkeiten gefunden werden.

Ein Weiteres ist mir wirklich ein Anliegen. Ich meine das Thema Aufnahmestopp. Es geht um einen Notfall. Ich habe es selbst erlebt. Man hat jemanden, der dringend in ein Pflegeheim oder eine Pflegeeinrichtung muss, und man hat einen Platz. Wenn ich künftig die Freigabe durch die Behörden brauche, dann führt das dazu, dass dieser Mensch in der Notlage so lange in seinen eigenen vier Wänden, die weder barrierefrei noch durch entsprechende Pflege abgedeckt sind, bleiben muss, bis ich jemanden in der Behörde so weit habe, dass er die Freigabe gibt. Das ist nicht praktikabel.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/6095 – ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir stimmen über den Gesetzentwurf – Drucksache 16/5385 – unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen ab. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir stimmen jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/6097 – ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 16/5900 –  
Zweite Beratung**

**dazu:**

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten  
– Drucksache 16/6101 –**

Es wurde vereinbart, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache behandelt wird. Wir kommen direkt zur Abstimmung. Die Beschlussempfehlung empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es nicht. Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur erleichterten Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 16/5931 –  
Zweite Beratung**

**dazu:**

**Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses**



– Drucksache 16/6102 –

Es ist eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Zunächst hat zur Berichterstattung Herr Arnold Schmitt das Wort.

**Abg. Arnold Schmitt, CDU:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das vorgelegte Landesgesetz zur erleichterten Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen wurde im Wirtschaftsausschuss beraten. Mit Mehrheit wird die Zustimmung empfohlen.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Kukatzki.

**Abg. Bernhard Kukatzki, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten, in denen man fast allerorten in wirtschaftspolitischen Gesprächen und Diskursen von Fachkräftemangel und Fachkräftesicherung spricht, verdient der vorliegende Entwurf des Landesgesetzes zur erleichterten Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen umso mehr Aufmerksamkeit.

Dieser Gesetzentwurf ist natürlich zum einen inhaltlich zu begrüßen. Das ist die Kür. Aber er ist auch Pflicht; denn neben den über 21.000 existierenden EU-Verordnungen und Richtlinien gibt es auch die Berufsanerkennungsrichtlinie der EU. Diese und einige andere geänderte europarechtliche Vorgaben verpflichten uns, das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Rheinland-Pfalz sowie einige berufsrechtliche Vorschriften anzupassen.

Ein Regelungsverzicht würde ein Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission nach sich ziehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen wir sicherlich alle nicht.

Nun kann man natürlich mit spitzen Fingern auf das Datum 18. Januar 2016 verweisen, nach dem die Berufsanerkennungsrichtlinie durchzusetzen ist. Da darf man dann aber auch dezent darauf hinweisen, dass mehrere Ressorts davon betroffen waren und zudem im Interesse einer weitgehend bundesweiten und berufsübergreifenden Einheitlichkeit mit dem Bund und den anderen Bundesländern Abstimmungen erforderlich waren.

Das war ein intensiver, aber auch ein aufwendiger Prozess. Dabei wurden auch die berufsspezifisch relevanten Stellen angehört. Zudem wurden wesentliche Vorgaben der EU erst 2015 erlassen. Zahlreiche unbestimmte Rechtsbegriffe der Richtlinie konnten nur im Dialog mit der EU-Kommission rechtssicher geklärt werden.

Umgesetzt in Landesrecht werden nun der Europäische Berufsausweis samt Vorwarnmechanismus, die Einführung des partiellen Berufszugangs sowie die Möglichkeit der elektronischen Antragstellung. Wir machen damit einen

weiteren Schritt, die Personenfreizügigkeit im gemeinsamen Binnenmarkt voranzubringen. Wir erleichtern damit die berufliche Mobilität innerhalb der EU und des europäischen Wirtschaftsraums.

Wir schaffen damit auch einen einfachen Zugang zu den relevanten Verwaltungsverfahren, also zur Berufsqualifikationsfeststellung und bei reglementierten Berufen zur Berufserlaubnis. Das ist einerseits Integration von Migrantinnen und Migranten, die in ihrem Heimatland ausgebildet wurden, das ist aber natürlich andererseits auch ein Beitrag zur Fachkräftesicherung hier in unserem Land.

Ich habe schon zu Beginn auf das stets präsente Thema Fachkräftemangel hingewiesen. Wegen dieses sich abzeichnenden Mangels und mit Blick auf die demografische Entwicklung dient auch der vorliegende Gesetzentwurf dazu, alle in unserem Land vorhandenen Qualifikationspotenziale so gut wie möglich auszuschöpfen.

Im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen können wir so noch gezielter für den heimischen Arbeitsmarkt aktivieren. Wir sind natürlich hier im Land schon ein attraktiver Arbeitsmarkt für zuwandernde Fachkräfte, aber wir stärken damit die Attraktivität mit der Umsetzung noch weiter.

Wer es unbedingt braucht, der kann natürlich auch über die bislang bekannten Zahlen der auf Landesrecht basierenden Verfahren zur Berufsqualifikationsfeststellung lamentieren. Das waren 2013 und 2014 516 Verfahren. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder Beitrag zu einem guten Wirtschaftsstandort in Rheinland-Pfalz ist ein guter Beitrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN –  
Glocke der Präsidentin)

– Ich komme zum Schluss. Wenn man jetzt die aktuellen Diskussionen über verstärkt zu kontrollierende Binnengrenzen in der Europäischen Union und die damit zum Teil verbundenen wirtschaftlichen Nachteile verfolgt, dann stimmt man umso lieber der Umsetzung dieser EU-Richtlinie zu; denn auch hier trifft zu: Wir brauchen mehr und nicht weniger Europa.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Brandl.

**Abg. Martin Brandl, CDU:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung das sogenannte Anerkennungsgesetz, das letztendlich an weitere Vorgaben aus Brüssel angepasst wird. Ich denke, wenn wir das tun, dann macht es auch Sinn, noch einmal zurückzuschauen, was es bis jetzt gebracht hat.

Man muss dann davon sprechen – ich glaube, da sind wir

uns auch einig –, dass dieses Gesetz – nicht, weil es ein rheinland-pfälzisches Gesetz ist, sondern generell auch die Anerkennungsgesetze auf Bundesebene – ein Stück weit enttäuschend angenommen worden ist. Wir hatten uns alle sehr viel mehr erhofft, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir in den letzten zehn Jahren eine Nettozuwanderung im Schnitt von rund 300.000 Menschen in den Arbeitsmarkt hatten. Da hatten wir uns eigentlich erhofft, dass gerade dieses Anerkennungsgesetz, das seinerzeit tatsächlich eines der fortschrittlichsten in der Europäischen Union war, hier deutlich mehr Zuspruch erhält. Das ist leider nicht der Fall, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit, nicht nur bei den Berufen, die wir zu regeln haben, sondern eben auch bei den Berufsbildern, die über die Kammern laufen, bei den Handwerkskammern, aber auch bei den Industrie- und Handelskammern und den anderen Kammern.

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns über diese Anpassung, die wir heute beschließen und der wir letztendlich auch zustimmen werden, Gedanken machen, wie wir dieses Gesetz auch in Zukunft gerade im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen noch einmal weiterentwickeln.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich möchte deshalb ein wenig einen Ausblick geben, wo wir hinkommen könnten und müssten. Insbesondere im Bereich der praktischen Fertigkeiten und Prüfungen besteht aus meiner Sicht und aus unserer Sicht weiter entsprechender Handlungsbedarf. Natürlich sind diese Fertigungsprüfungen in diesem Gesetz mit inbegriffen, aber nicht in dem Umfang, den wir gerade im Bereich der Flüchtlingszuwanderung tatsächlich bräuchten.

Deshalb möchte ich an der Stelle noch einmal auch für die nächste Legislaturperiode daran erinnern, dass dieses Thema eine Baustelle bleiben wird und muss. Wir müssen letztendlich dauerhaft schauen, wie wir dieses Gesetz an die Herausforderungen der Menschen, die zu uns kommen, anpassen und wie wir es dann auch schaffen, deren Qualifikationen, die sie zum Teil mitbringen, ordentlich und so, wie es sich in Deutschland gehört, schwarz auf weiß mit entsprechenden Ausweisen, Zertifikaten und allem, was dazugehört, so auszustatten, dass die Menschen in unserem Arbeitsmarkt Fuß fassen.

Ich glaube, dass eine Ausweitung im Bereich der Fertigungsprüfungen und Teilanerkennungen über praktische Fähigkeiten ein wichtiger Schritt sein wird. Wenn wir das in der nächsten Legislaturperiode noch einmal mit Herz und Verstand angehen und ausweiten, dann sind wir an der Stelle auf einem sehr guten Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Schlagwein.

**Abg. Wolfgang Schlagwein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-**

**NEN:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es trifft sich gut, dass wir in diesen Tagen ein Gesetz verabschieden, das uns an etwas erinnert. In diesen Tagen, in denen so viel von Grenzen die Rede ist, manchmal auch von Obergrenzen, ruft uns dieses Gesetz in Erinnerung, wie wichtig für unsere Wirtschaft, für unseren Handel, für unseren Wohlstand, für unsere Reiselust, für unsere moderne weltzugewandte Gesellschaft insgesamt das alltägliche Überschreiten von Grenzen, und zwar von offenen Grenzen, geworden ist.

Die grenzüberschreitende Mobilität von Personen zu erhöhen oder – wie es an anderer Stelle heißt – die Personenfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes zu erhöhen, ist das Ziel dieses Gesetzes. Offene Gesetze sind übrigens nicht zu verwechseln mit Regellosigkeit oder Deregulierung. Sehr wohl sind auch weiterhin die Dinge zu regeln. Zum Beispiel sind insbesondere die Qualitätsstandards unserer Berufsausbildung zu schützen und aufrechtzuerhalten.

Ich nenne als Beispiel die duale Ausbildung, den Meisterbrief, auch wenn es hier nicht in unmittelbarem Zusammenhang steht.

Deshalb liegt bei dem EU-rechtlich garantierten Anspruch auf die individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen die Betonung auf der Gleichwertigkeit. Gleichwertigkeit als Voraussetzung einer Erwerbsbeteiligung derer, die ihre Berufsqualifikationen nicht bei uns erlangt haben.

Im Einzelnen geht es dann um die gegenseitige Information der Staaten, wenn Berufsangehörigen die Ausübung ihres Berufes ganz, teilweise oder zeitweise vorübergehend untersagt oder beschränkt worden ist, etwa im Falle gefälschter Berufsqualifikationen oder wegen anderen Fehlverhaltens. Es geht um die Einführung des Europäischen Berufsausweises und die Möglichkeit der elektronischen Antragstellung.

Solche Erleichterungen sind letztendlich auch ein Beitrag – das ist gesagt worden – zu unserer Fachkräftesicherung, hier eben durch Personen, die ihre Berufsausbildung nicht hierzulande absolviert haben. Wir sind gut beraten, deren Qualifikationen gezielter für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Die Anregung der beteiligten Stellen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wurden aufgegriffen und weitgehend berücksichtigt. Wir stimmen dem Gesetz zu. Ich kann den Hinweis des Kollegen Brandl durchaus aufgreifen: Es wird eine Daueraufgabe bleiben. Es wird auch die Frage sein, wie man mit Blick auf die Praxis Teilanerkennungen in diesem Bereich weiterentwickeln kann.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Lemke.

**Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass sich eine breite Mehrheit zu diesem Gesetz abzeichnet, das, wie Sie eben selbst stark zum Ausdruck gebracht haben, ganz stark auch im Zeichen der jetzigen Zeit steht. Wir wollen die Freizügigkeit erhöhen, Gleichwertigkeit herstellen, Regeln vereinfachen, Bürokratie abbauen und für die zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Betrieben in Rheinland-Pfalz den Zugang einfacher machen. Darum geht es.

Es war deswegen auch ein technisches Stück Arbeit. Herr Brandl, ich muss Ihnen zustimmen – deshalb geht mein Dank da zunächst einmal an die Kammern, die dafür sorgen, dass wir uns schon mitten in der Praxis befinden –, dass die Erwartungen erheblich höher waren, was die Antragszahlen zu diesen Verfahren betrifft. Wir dürfen aber jetzt davon ausgehen, dass die nun geschaffene Möglichkeit zur elektronischen Antragstellung, die immer noch nicht in die Praxis umgesetzt ist, ein weiterer Schritt sein wird, das Verfahren zu vereinfachen und damit in die Anwendung zu bringen.

Insofern hoffe ich einmal, dass mit den hier genannten Änderungen, auch jetzt noch einmal mit dem Europäischen Berufsausweis, weitere Schritte getan werden konnten.

Parallel dazu – das müssen wir einfach auch einmal feststellen – geht es natürlich auch immer noch um die Anerkennung von gewissen Zugängen, die in der Diskussion in Brüssel sind. Hier nenne ich nur einmal als ein Beispiel unsere Diskussion um den Meister. Diese Anerkennungsregel als Verfahrensklausel – denn eine solche ist es jetzt zunächst einmal – hätte natürlich eine Frist, die am 18. Januar lag. Ich bin froh, dass wir sie jetzt auch knapp halten können. Insofern sind wir nun auch diesem Regelungserfordernis gerecht geworden und zeigen uns als guter Europäer. Wir hoffen, dass sie breit in die Anwendung kommt. Sie wird uns allen dienen, und zwar den Betrieben und den Menschen nicht nur in diesem Land, sondern auch in Europa.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Somit kommen wir zur Abstimmung über das Landesgesetz zur erleichterten Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen – Drucksache 16/5931 –. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen und Stimmenthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzent-

wurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Ich stelle fest, dass das Gesetz einstimmig angenommen worden ist.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Neunzehnten  
Rundfunkänderungsstaatsvertrag  
(19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag)  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 16/6078 –  
Erste Beratung**

Es ist vereinbart worden, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache behandelt wird. Vorgeschlagen wird, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Medien und Netzpolitik – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes  
zum Schutz der Berufsbezeichnungen im  
Ingenieurwesen und über die Ingenieurkammer  
Rheinland-Pfalz und des Architektengesetzes  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 16/6081 –  
Erste Beratung**

Die Parlamentarischen Geschäftsführer sind übereingekommen, dass auch dieser Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Ausschuss überwiesen werden soll, und zwar an den Wirtschaftsausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. – Es erhebt sich kein Widerspruch, dann verfahren wir so.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte 7 und 8 getauscht werden. Das heißt, ich rufe zunächst **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über den Zusammenschluss der  
Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel  
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/6117 –  
Erste Beratung**

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Gibt es Wortmeldungen? – Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Kohnle-Gros das Wort.

**Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein gemeinsamer Gesetzentwurf aller drei Fraktionen. Deshalb ist es eigentlich egal, wer anfängt oder wie die Reihenfolge genau abläuft.

Wir haben uns heute in erster Lesung mit einem einvernehmlich zustande gekommenen Fusionsgesetz zu den

Verbandsgemeinden Kusel und Altenglan zu beschäftigen. Herr Minister Lewentz, ich sage es einmal so: Das ist eigentlich der zweite Anlauf. Wir haben in dieser Region schon einmal versucht, ein entsprechendes Gesetz zustande zu bringen. Das hat nicht gleich geklappt. Die Kommunalpolitiker im Saal werden sich denken können, warum das nicht geklappt hat. Es war nicht nur das Geld, sondern es waren tatsächlich die Feuerwehr und die Schwimmbäder, die damals zu größeren Fragestellungen geführt haben.

Jetzt haben wir aber einen zweiten Anlauf gestartet. Das Gesetz ist – das sage ich jetzt einfach einmal so – in allen Ortsgemeinden, natürlich in den Verbandsgemeinderäten, im Kreis und im Nachbarkreis Birkenfeld auf Zustimmung gestoßen. Es gab keine größeren Bedenken mehr. An einer kleinen Stelle gibt es einen Einwand einer Ortsgemeinde, aber ansonsten läuft das alles einvernehmlich.

Das ist sicher ein großes Verdienst der beiden Verbandsbürgermeister – ich glaube, das kann man hier einfach so sagen –, von Herrn Dr. Stefan Spitzer in Kusel und von Herrn Roger Schmitt in Altenglan. Roger Schmitt – das muss man dazu sagen –, der gar keine Partei in seiner Klammer hat, ist der eigentliche Betroffene von dieser Fusion; denn seine Amtszeit als Verbandsbürgermeister wird durch diesen Gesetzentwurf verkürzt. Er ist erst vorletztes Jahr gewählt worden. Er nimmt das aber tatsächlich auf sich vor dem Hintergrund, dass eine wirklich gute Lösung vor Ort zustande gekommen ist.

Die beiden Verbandsgemeinden, vor allem die Räte, aber auch die Verwaltungen, die Ortsgemeinden und die Ortsgemeinderäte, haben sich intensiv mit diesem Gesetzentwurf auseinandergesetzt. Auch die Parteien – ich glaube, das kann man hier auch sagen – haben Informationsveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger in allen Varianten, die man sich vorstellen kann, durchgeführt, um eben auch Leiterinnen von Kindertagesstätten, Lehrerinnen und Lehrer und betroffene Eltern zu informieren, dass sich eigentlich so viel gar nicht ändert, da vor allem die Zuständigkeit der Verbandsgemeinden erhalten bleibt. Die Namen der Ortsgemeinden – wir sagen immer, auch die Telefonnummern – bleiben erhalten. Ich glaube, es hat sich sehr, sehr gut verbreitet, dass es im Grunde genommen um eine Verwaltungsfusion geht und alles andere ein Stück weit so bleibt.

Die Landesregierung – das steht so auch im Gesetzentwurf – hat noch einmal 2 Millionen Euro zugesagt, dies unabhängig von früher möglichen Hochzeitsprämien, die zur Entschuldung dieser Verbandsgemeinden, die wirklich große finanzielle Probleme – das gilt insbesondere für Altenglan – haben, dienen. Sie haben vielleicht im Gesetzentwurf gelesen, die jährliche durchschnittliche Steuerkraft liegt über 30 % unter dem Landesdurchschnitt. Das ist schon eine Hausnummer. Die ist natürlich auch der Anlass dafür, dass Altenglan mit seiner Einwohnerzahl nur um die 10.000 zu den Verbandsgemeinden gehört, die einen besonderen Gebietsänderungsbedarf nach dem Grundsatzgesetz haben.

Ich glaube, ich habe aus meiner Sicht alles Wesentliche dazu gesagt. Ich will noch einmal sagen, dass die CDU im

Landtag und natürlich vor allem die CDU vor Ort das von Anbeginn so mitgetragen hat. Deswegen kann ich heute sagen, dass wir uns auf die weiteren Beratungen und die Verabschiedung in der nächsten Sitzung freuen.

Herr Kollege Hartloff, Herr Kollege Hartenfels, vielleicht darf ich noch dazu sagen, wir drei arbeiten noch an einer anderen Geschichte. Vielleicht sagen wir das jetzt der Landesregierung und auch den Mitarbeitern. Wir hätten nämlich noch einen Wunsch. Wir würden gerne, dass wir die andere Fusion, die schon so gut wie fertig ist – nur noch nicht bei Ihnen, Herr Minister Lewentz, aber bei uns schon –, nämlich im Südkreis Waldmohr, Schönenberg-Kübelberg und Glan-Münchweiler, in dieser Legislaturperiode noch hinbekommen.

(Zuruf von Herrn Staatsminister Lewentz)

– Das habe ich mir doch gedacht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

**Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:**

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Hartloff.

**Abg. Jochen Hartloff, SPD:**

Meine Damen, meine Herren! Was lange währt, wird endlich gut, kann man zu dieser Fusion sicher sagen. Sie sehen, selbst in Wahlkampfzeiten gibt es Themen, bei denen sich die Politik, die hier vertretenen Parteien, einig sind, etwas zu erreichen, was vernünftig ist, nämlich die Kommunalreform mit den beiden Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel fortzusetzen.

Natürlich – Marlies Kohnle-Gros hat darauf hingewiesen – war das ein längerer Prozess. Das war vielleicht auch von Beginn an keine Liebesheirat, aber wir alle wissen, dass mit dem Verstand geschlossene Ehen oftmals länger halten als manche Liebesheirat. Im Kuseler Land gibt es eben viele kluge Leute, die wissen, was die Zeichen der Zeit sind und die Zeichen der Zeit darauf stehen, dass wir größere Einheiten brauchen, dass das für die Bürgerinnen und Bürger Vorteile bringen und Geld einsparen kann. Deshalb haben sie gesagt, wir gehen das noch an; wir machen das zusammen mit der Landesregierung.

Herr Innenminister, ich will mich ausdrücklich bei Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, weil da natürlich viele Fragen hin und her gehen. Ich sage, es stehen natürlich auch noch Wünsche im Raum,

(Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel  
übernimmt den Vorsitz)

so wie wir in der Vergangenheit immer ein bisschen Hilfe bekommen haben und sie auch erfragt haben, wie jetzt bei neuen Gewerbegebietserweiterungen oder bei der Sanierung des Schwimmbads, für die das Geld schon zugesagt ist. Manchmal sind das Projekte, die sich über 20 Jahre hinziehen, bis sich alle zusammengerauft haben. Das gilt natürlich auch für diese neue Verbandsgemeinde.

Ja, wenn es denn irgendwie ginge – da brauchen wir die Hilfe aller Parlamentarier sowie des Ministeriums –, dann könnte es uns gelingen, dass wir im Südkreis die drei Verbandsgemeinden Glan-Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr auch noch in der Februar-Sitzung zusammenführen. Die würden alle mittun. Da bin ich mir inzwischen ziemlich sicher. Dann wären auch Verwaltungen nicht verunsichert, wie es nach den Wahlen weitergeht und bis in diesem Parlament wieder etwas in die Gänge kommt. Es würde die Mühe lohnen, dass wir das noch auf die Achse bringen. Dann wäre im Landkreis Kusel, was die Verwaltungsreform auf der Verbandsgemeindeebene anbelangt, alles an Hausaufgaben gemacht.

In Lauterecken haben wir das schon mit Wolfstein zusammen gemacht. Jetzt ist das Gesetz für Altenglan und Kusel da. Dann wären es noch die drei Verbandsgemeinden im Süden. Im Kreis Kusel gäbe es dann drei Verbandsgemeinden. Das wäre wiederum – das sagt der Kuseler durchaus mit Überzeugung – vorbildlich für dieses Land.

Das erlaubt mir den abschließenden Satz: Bei der viel kritisierten Kommunalreform hat sich wesentlich mehr bewegt, als man an Anfang vermuten und hoffen durfte. In der nächsten Legislaturperiode werden wir daran sicher mit dem, was wir schon auf den Weg gebracht haben, weiterarbeiten müssen, damit wir zukunftsfähig sind und damit wir den Menschen auch zeigen können, dass wir Probleme lösen können und wir sie nach vorne treiben können, miteinander, manchmal mit unterschiedlichen Ansichten, aber im Ergebnis dann endlich gut.

Herzlichen Dank, dass wir daran arbeiten dürfen.

(Beifall im Hause)

**Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:**

Das Wort hat Herr Kollege Hartenfels von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Vielen Dank. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Marlies hat es sehr charmant an unseren Minister herübergebracht: Der Südkreis scharrt schon mit den Füßen. Es liegt nicht an der Region. Das ist das, was mein Kollege Jochen Hartloff angedeutet hat. Es wäre schon schön, wenn wir als Landkreis Kusel der erste Landkreis wären, der komplett seine Verbandsgemeinden neu geordnet hätte. Aus sieben Verbandsgemeinden wären dann drei Verbandsgemeinden geworden.

Ich möchte ausdrücklich lobend erwähnen: Ich finde es gut, dass parteiübergreifend in der Region für die Region gemeinsam dafür gestritten worden ist, tatsächlich die Weichen neu zu stellen. Ich denke, es ist auch überfällig, die Weichen da neu zu stellen.

Ein paar Zahlen will ich noch einmal einfließen lassen, um die Dynamik und Dramatik in unserer Region deutlich zu machen. Seit der Jahrtausendwende haben die Verbandsgemeinde Kusel und die Verbandsgemeinde Altenglan jeweils 1.300 Einwohner verloren. Das ist ein Satz von

etwa 10 %. Da gibt es natürlich Handlungsbedarf, und man muss über eine Neuordnung der Verwaltungsstruktur nachdenken.

Ich würde eher ein Stück weit sagen: Ich finde, wir sind sogar ein bisschen spät dran. Ich hätte mir das gerne ein paar Jahre früher gewünscht. Insofern, glaube ich, ist es auch wichtig, dass man auf der einen Seite immer wieder einen sanften Druck erzeugt, damit man denen, die kommunalpolitisch aktiv sind, tatsächlich die Hemmungen nimmt und sagt: Gut, wir müssen uns an neue Strukturen gewöhnen, auch wenn wir das Alte ein Stück weit lieb gewonnen haben.

Der Verbandsbürgermeister Jung – wir haben eine Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein, die schon 2014 die freiwillige Fusion vollzogen hat – hat mir gegenüber in einem Gespräch einmal geäußert, relativ kurz nach der Fusion kam er immer noch in Ortsgemeinden, in denen die Bürgerinnen und Bürger auf ihn nach dem Motto „Ja, wann kommt denn die Fusion?“ zugegangen sind. Sie war aber schon vollzogen. Das macht doch deutlich, dass eher die Verwaltung Hemmnisse hat und weniger die Menschen vor Ort. Die bekommen ein Stück weit nicht mit, was da passiert ist. Das hat natürlich auch etwas mit einem anderen Verwaltungszugang zu tun.

Deshalb möchte ich noch einmal daran erinnern, weshalb ich glaube, dass ein Stück weit das überfällig war, was wir hier erzeugen. Zum einen hat sich im IT-Bereich in den vergangenen 20 Jahren Revolutionäres verändert. Viele Verwaltungsprozesse sind natürlich deutlich einfacher geworden. Wir haben ein anderes Verständnis von Verwaltungszugang. Wir wollen eine offene, transparente Verwaltung. Da wird mit Bürgerbüros gearbeitet. Den Background von einer Verwaltung bekommen die Bürgerinnen und Bürger also nicht mehr so mit wie vor 20 Jahren. Vieles wird natürlich auch von zu Hause aus über Internet gemacht. Vieles, was dann immer noch vielleicht vor Ort geregelt wird, wird, wie gesagt, in Bürgerbüros abgearbeitet. Insofern glaube ich, sind wir gerade im Landkreis Kusel gut aufgestellt, weil wir im Norden die Fusion schon vollzogen haben und jetzt gerade dabei sind, im Mittelkreis nachzuziehen. Wie gesagt, die im Südkreis stehen in den Startlöchern. Dann hätten wir das Ganze sozusagen eingetütet.

Vielleicht noch ein Hinweis: Auch das ist letztlich nur ein Zwischenschritt. Wenn ich mir meine Region anschau, der demografische Wandel geht weiter. Bis 2035 werden die beiden Verbandsgemeinden, die dann eine Verbandsgemeinde sind, noch einmal etwa 10 % bis 15 % ihrer Bevölkerung verlieren. Das ist das eine Problem. Das andere ist natürlich auch, dass die berufstätige Bevölkerung gerade in den nächsten zwei Jahrzehnten in unserer Region – nicht nur in unserer Region, aber auch – noch einmal abnehmen wird, bei den 20- bis 65-Jährigen nämlich um etwa 30 %. Daran wird schon deutlich, was auf uns zukommt, was wir da stemmen müssen, was das für die Kommunalfinanzen bedeutet, was das überhaupt für unser Finanz- und Steuersystem bedeutet. Wir sind davon abhängig. Der Faktor Arbeit wird besteuert. Der Konsum wird besteuert. Wir müssen parteiübergreifend an anderen Einnahmestrukturen arbeiten, weil wir sonst die Regionen

an die Wand fahren. Das ist das eine.

Wenn die berufstätige Bevölkerung so stark abnimmt und die Senioren so stark zunehmen, noch einen kleinen Hinweis zum Thema „Menschen auf der Flucht“: Ich glaube, wir müssen schon parteiübergreifend immer wieder daran arbeiten, das auch als Chance zu begreifen. Unter den Menschen, die auf der Flucht sind, ist über die Hälfte unter 25 Jahren. Das ist eigentlich ein Riesenpotenzial. Wenn wir die Integration gut meistern, kommt das eigentlich unserem Bedürfnis als Land Deutschland stark entgegen.

Die Geburtenzahlen sind so, dass wir eine positive Zuwanderung von etwa 400.000 Menschen pro Jahr brauchen, um in etwa den Bestand von 80 Millionen Menschen in Deutschland zu halten. In diesem Zusammenhang meine Bitte an dieser Stelle: Wir müssen das als Chance begreifen. Das ist eine Herausforderung, die wir meistern müssen. – Wenn wir das nach außen transportieren, denke ich, sind wir auf einem gut Weg, das auch hinzubekommen.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

**Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:**

Das Wort hat Herr Staatssekretär Kern.

**Günter Kern, Staatssekretär:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren im Parlament! Herr Hartenfels, Herr Hartloff und vor allen Dingen Frau Kohnle-Gros, recht herzlichen Dank für die positiven Worte für den nächsten Schritt in der Kommunal- und Verwaltungsreform, den wir in Rheinland-Pfalz angehen wollen. Es klang so richtig nach einer Fusionseuphorie im Landkreis Kusel. Zu dem, was noch ansteht, will ich vielleicht auch noch etwas sagen.

Mit dem heutigen Gesetz wollen wir den nächsten Schritt, den Zusammenschluss der beiden Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel dann auch vornehmen. Die Realisierung ist zum 1. Januar 2018 vorgesehen. Aus den beiden Verbandsgemeinden soll es dann die neue Verbandsgemeinde Kusel-Altenglan geben. Also auch im gemeinsamen Verwaltungsnamen hat man diese Gemeinsamkeit sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wir werden dann eine neue Verbandsgemeinde mit rund 23.000 Einwohnern, 180 km<sup>2</sup> und 34 Ortsgemeinden haben. Wichtig ist, dass dieser Zusammenschluss – deswegen ist diese Gemeinschaftlichkeit so erreicht worden – im Landkreis Kusel dann auch stattfindet. Wir werden demgemäß mit den Gebietsänderungsmaßnahmen nach Maßgabe des Landesgesetzes über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform dann auch den nächsten Schritt machen. Wichtig war auch, dass die Verbandsgemeinde Altenglan einen eigenen Gebietsänderungsbedarf hatte. Das muss man auch gegenüber der Verbandsgemeinde Kusel sehen, die keinen derartigen Gebietsänderungsbedarf hatte. Altenglan mit 10.000 Einwohnern, 80 km<sup>2</sup> und 16 Ortsgemeinden ist die Grundlage für eine Notwendigkeit, die Gebietsänderungsmaßnahme anzugehen.

Aus meiner Sicht – ich glaube, das ist auch nochmals von den drei Vorrednern zum Ausdruck gebracht worden – ist diese Gebietsänderungsmaßnahme dafür geeignet, eine Leistungsfähigkeit, eine Wettbewerbsfähigkeit, eine Verwaltungskraft und eine gute Zukunft dann auch dort entsprechend zu gestalten. Demnach erreichen wir auch die Ziele dieses Landesgesetzes.

Es ist, wie sie, Frau Kohnle-Gros, es angesprochen haben, ein Weg eines langen Diskurses gewesen, den man schon einmal geführt hat, der vor einem Jahr begonnen hat und dann auch zu einem guten Ende führt, denke ich. Das ist auch deswegen wichtig, weil die Räte der Verbandsgemeinde Altenglan und der Verbandsgemeinde Kusel sowie aller ihre Ortsgemeinden zugestimmt haben. Diese umfassende Zustimmung ist sehr zu begrüßen. Sie ist letztendlich auch die Grundlage für die Akzeptanz einer Gebietsänderungsmaßnahme dann entsprechend vor Ort.

Angesprochen wurde von Ihnen die Landeszuweisung, mit der wir natürlich mit 2 Millionen Euro dazu beitragen wollen, die Reduzierung der Verbindlichkeiten der neuen Verbandsgemeinde vorzunehmen, damit das dann entsprechend zu einer wesentlichen finanziellen Entlastung führt.

Insoweit werden wir mit dieser Maßnahme eine strukturelle Optimierung vornehmen können. Ich bin mir sicher, dass es in dieser Gemeinsamkeit, die wir auf diesem Weg gegangen sind, gelingen wird, dass viele Maßnahmen dann auch dazu führen werden, die Potenziale auszuschöpfen und die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit positiv zu gestalten.

Auch was die Frage der Bürgernähe betrifft, kommt das in diesen Gebietsänderungsmaßnahmen immer zur Diskussion. Wir werden somit am bisherigen Sitz der Verbandsgemeindeverwaltung in der Stadt Kusel entsprechende Verwaltungsangelegenheiten genauso wie in einer Verwaltungsstelle in Altenglan abwickeln können. Auch dort war man sich sehr schnell darüber einig.

Es ist damit die zweite Gebietsänderungsmaße im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Kusel. Die Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein wurde aus Lauterecken und Wolfstein zusammengeführt. Jetzt haben wir Altenglan und Kusel. Die dritte wäre Glan-Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr, die zum 1. Januar 2017 möglich wäre. Es fehlen noch Beschlüsse. Das ist mit eine Grundlage, um dann auch Entscheidungen entsprechend treffen zu können. Sie sind formal nicht gefasst. Wir werden der Entwicklung mit Spannung entgegensehen. Wir waren vorher im Gespräch zu der jetzigen Maßnahme und werden auch weiterhin im Gespräch zu der anderen Maßnahme sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:**

Wir haben einen Überweisungsvorschlag an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. Gibt es dagegen Bedenken? – Das ist nicht der Fall. Dann

ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu **Punkt 7** der Tagesordnung:

**Landesgesetz über den Zusammenschluss der  
Verbandsgemeinden Grünstadt-Land und  
Hettenleidelheim**  
**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN**  
– Drucksache 16/6105 –  
**Erste Beratung**

Der Kollege Geis wird zur Rede beordert. Herr Geis, Sie haben sich gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion.

**Abg. Manfred Geis, SPD:**

Ich glaube, Norbert weiß, warum er nicht zuerst reden will. Ich hätte sagen können, Mensch Norbert, musst du uns das jetzt zum Abschied noch antun? Nach 17 Jahren gemeinsamer Tätigkeit machst du das zum ersten Mal in direktem Aufeinandertreffen. Die Kollegin Kohnle-Gros hat dir jetzt gezeigt, wie es eigentlich geht. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass du das jetzt bei deinem Redebeitrag bedenkst.

Aber jetzt ernsthaft: Wir haben die Kommunal- und Verwaltungsreform im Leiningerland seit 2010 lange diskutiert. Wir waren schon vor langer Zeit ganz nah dran. Bis Juli 2012 bestand die Freiwilligkeitsphase. Das heißt, die Verbandsgemeinden hatten die Chance, 625.000 Euro Fusionsprämie zu bekommen, dazu noch weitere, die Unterschiede ausgleichende Zuwendungen.

Wir sehen im Nachhinein, alle Gemeinden, die sich auf freiwilligem Weg zusammengeschlossen haben, erhielten Mittel von rund 3 Millionen Euro. Schade, dass wir das verweigert haben.

Anfang 2015 hat das Innenministerium auf die Absicht der Landesregierung hingewiesen, noch in dieser Legislaturperiode die beiden Verbandsgemeinden zusammenlegen zu wollen. Die Verbandsgemeinde Grünstadt-Land mit ihren 16 Ortsgemeinden bei etwa 20.000 Einwohnern hat für sich keinen Gebietsänderungsbedarf. Ihre wirtschaftliche Situation und ihre Infrastruktur lassen weiterhin eine gute Entwicklung für die Zukunft erwarten.

Anders stellt sich die Situation in der Verbandsgemeinde Hettenleidelheim dar. Nicht nur die Einwohnerzahl mit einem weiter fallenden Trend, sondern auch die offenkundige Finanzschwäche aller fünf Ortsgemeinden offenbaren einen Handlungsbedarf des Gesetzgebers.

Die Freiwilligkeitsphase, die das erste Landesgesetz vorschreibt, ist zu meinem Bedauern nicht genutzt worden. Auch die von der Landesregierung in Aussicht gestellten Anreize und Vorteile konnten damit nicht erlangt werden. Mittlerweile ist gerade durch die vor Ort in politischer Verantwortung stehenden Verbandsgemeinderäte und Bürgermeister eine überwiegend zustimmende Haltung gegenüber der Zusammenlegung wahrzunehmen. Auch in vielen Gesprächen mit den Menschen vor Ort wurde über-

wiegend die Fusion als positiv, ja teilweise als zwingend notwendig angesehen.

Wir sollten auch denjenigen Anerkennung aussprechen, die noch innerhalb der Freiwilligkeitsphase diesen Kurs der Landesregierung strikt abgelehnt haben, die mittlerweile nach weiteren Überlegungen und Abwägungen in die Fusion eingewilligt haben. Hier werden nun Chancen gesehen, die der Entwicklung dieser Region, die künftig etwa 31.000 Einwohner haben wird, neue Impulse geben kann. Ein sehr deutliches Signal hierfür war der Beschluss des Gemeinderates Hettenleidelheim, die Fusion bereits zum 1. Januar 2018 durchzuführen.

In einer beispielhaften Art haben die politisch Verantwortlichen in beiden Verbandsgemeinden intensiv und konstruktiv die Voraussetzungen für die Umsetzung des Zusammenschlusses erarbeitet. Ich freue mich, dass Herr Bürgermeister Niederhöfer heute hier ist. Er hat sich in besonderer Weise um die Bewusstseinsbildung und damit für das gute Ergebnis vor Ort stark gemacht.

Eine gemeinsame Beschlussvorlage wurde in Hettenleidelheim mit 18 : 9 Stimmen und in der Verbandsgemeinde Grünstadt-Land einstimmig verabschiedet. Die Anregungen und Vorstellungen liegen nun auf dem Tisch. Prognostiziert bei der Fusion wird eine Kosteneinsparung von 15 % bis 20 %. Das könnte zu einer Senkung der Verbandsgemeindeumlage, die sowieso schon vergleichsweise niedrig ist, in der Verbandsgemeinde Grünstadt-Land von 15 % bis 20 % führen. Für die Gemeinden ist das nicht uninteressant. Ich denke, es liegt jetzt an uns, die Rechtsgrundlage für diese Fusion zu schaffen, um der vor Ort bestehenden Erwartungshaltung gerecht zu werden.

Interessant war, was in der Lokalpresse vom Vorsitzenden der CDU in der Verbandsgemeinde Hettenleidelheim zu lesen war. Er zeigt sich überzeugt, dass in Anbetracht der Sachlage – Zitat – fast alle Vertreter im Leiningerland – Norbert, bei dem „fast“ hat er wahrscheinlich an dich gedacht – bereit sind, am Erfolg der neuen VG Leiningerland zu arbeiten. Na, es geht also doch.

Paula, meine Praktikantin sitzt auch da oben.

(Glocke des Präsidenten)

– Letzter Satz. Sie wohnt in dieser neuen Verbandsgemeinde. Ich wünsche ihr und den Menschen dort eine zukunftsweisende und moderne Struktur der Verbandsgemeinde.

Danke.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Mittrücker von der CDU-Fraktion.

**Abg. Dr. Norbert Mittrücker, CDU:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Ent-

scheidungen in unserem Parlament sollten auf Grundsätzen und zukünftig möglichen Entwicklungen begründet sein. Das war schon immer meine persönliche und auch die Basis der CDU in diesem Hohen Haus bei politischen Entscheidungen, diese Grundsätze so anzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf aufbauend sind für mich und die CDU beim vorliegenden Gesetzentwurf über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Grünstadt-Land und Hettenleidelheim folgende Grundsätze maßgebend:

1. Die landsmannschaftliche, also gesellschaftliche Bindung ist zu beachten, so wie dies im Grundsätzegesetz festgehalten ist.
2. Die Ergebnisse eigener in Auftrag gegebener Studien sind abzuwarten und zu beachten.
3. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Einschätzungen müssen in unsere Entscheidungen einfach mit einfließen.
4. Zukünftige Entwicklungen der eigenen Entscheidung müssen beachtet werden.
5. Liebe Kolleginnen und Kollegen, persönliche Vorteile dürfen die eigene Entscheidung nicht dominieren.

Zu 1.: Landsmannschaftliche, also gesellschaftliche Bindungen sind zu beachten. Eisenberg, unsere Nachbargemeinde, und Hettenleidelheim verbindet über 100 Jahre ein Wirtschaftsraum insbesondere im Bereich des Bergbaus. Gesellschaftliche Verbindungen sind dort deutlich stärker ausgeprägt als die Bindungen zu angedachten Gemeinden in der neu zu findenden Verbandsgemeinde Leiningerland. Dieses Grundsätzegesetz hat das so festgehalten.

Zu 2.: Die Ergebnisse eigener in Auftrag gegebener Studien sind abzuwarten und zu beachten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen alle, dass wir in diesem Hause gemeinsam, alle Fraktionen und die Landesregierung, ein Gutachten in Auftrag gegeben haben, das insbesondere auch das Thema der Kreisgrenze behandelt. Genau das ist das Thema, die Kreisgrenze zwischen dem Wirtschaftsraum Eisenberg und Hettenleidelheim. Auch das ist nicht hinreichend gewürdigt.

(Beifall des Abg. Alexander Licht, CDU)

Zu 3.: Wissenschaftliche Erkenntnisse und Einschätzungen müssen in unsere Entscheidungen mit einfließen. Professor Junkernheinrich hat in seinem Exposé diese zur Zeit angedachte Fusion nachrangig eingestuft. Er hat diese Fusionsmöglichkeit in der dritten Nachrangigkeit eingestuft.

Zu 4.: Liebe Kolleginnen und Kollegen, zukünftige Entwicklungen der eigenen Entscheidung sind zu beachten. Die neue Verbandsgemeinde hat über 30.000 Einwohner.

Die neue Verbandsgemeinde umschließt die Stadt Grünstadt komplett. Die Stadt Grünstadt ist eine Insel innerhalb der neu zu bildenden Verbandsgemeinde Leiningerland, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Das heißt im Klartext, mittelfristig wird man darüber nach-

denken müssen, weil die Stadt Grünstadt auch schon signalisiert hat, wenn sie mehr Zeit gehabt hätte, mit einzusteigen, eine neue Verbandsgemeinde mit über 40.000 Einwohnern zu schaffen. Ob das gewünscht ist, sollte man überlegen und nicht einfach nur das Geld im Vordergrund sehen, Herr Geis.

(Beifall bei der CDU)

Zu 5.: Liebe Kolleginnen und Kollegen, persönliche Vorteile dürfen die eigene Entscheidung nicht dominieren. Die aktuellen Bürgermeister der beiden Verbandsgemeinden – ich will nicht weiter darauf eingehen – haben eindeutig persönlich keine Nachteile. Ich grenze es einmal negativ ab. Das war und ist die Motivation in dieser Art und Weise, ohne diese Grundsätze zu beachten, dies so zu forcieren, wie es forciert worden ist.

Kolleginnen und Kollegen, Resümee: Es werden wichtige Grundsätze und wichtige künftige mögliche Entwicklungen nicht hinreichend beachtet. Es gibt keine, über alle Fraktionen in den Verbandsgemeinderäten einvernehmliche Entscheidung vor Ort.

Wir können aus diesen Abwägungsgründen heraus keine Einvernehmlichkeit feststellen und aufgrund dessen und der sachlichen Argumentationen, die ich vorgetragen habe, diesem Landesgesetz in dem aktuellen Status nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:**

Das Wort hat Frau Kollegin Ratter von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Abg. Ruth Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Norbert, du hast dir bestimmt so viel Zeit für deine fünf Punkte gelassen und die Wörter so genüsslich gedehnt, weil dir die Argumente am Ende zahlenmäßig nicht ganz überzeugend vorkamen.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lasst uns die Situation noch einmal anschauen. Auch ich bin mit der Frage Hettenleidelheim und Verbandsgemeinde Grünstadt-Land bereits 2010 zum ersten Mal konfrontiert worden. Ich denke, deine Argumentation war ein bisschen widersprüchlich, insbesondere da, wo du versucht hast nachzuweisen, dass die Argumentation eindeutig auf ein anderes Ergebnis hin gezielt hat, nämlich Richtung Eisenberg.

Wenn man sich mit dem Gesetzentwurf intensiv befasst, stellt man leicht fest, dass gewisse Vorteile Richtung Eisenberg gehen, nicht nur, was den Landschaftsverbrauch, sprich Bergbau, angeht, sondern auch, was die Pendlerstudie angeht. Ansonsten sind die Gemeinsamkeiten



Richtung Eisenberg nicht größer als Richtung Kragenkreis Grünstadt-Land.

In der Tat ist es eine Frage, der man sich stellen muss, ob man Grünstadt-Stadt dabei haben möchte. Das ist eine überlegenswerte Sache, aber wir wissen, dass genau diese Diskussion auch in Bad Dürkheim, Neustadt und in anderen Bereichen mit der nächsten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform intensiviert werden wird. Ich denke, wir werden uns dieser Frage stellen.

Grünstadt-Land hat bereits 2011 beschlossen, dass es die Arme für die Verbandsgemeinde Hettenleidelheim weit öffnet. Wenn man sich das Gesetz genau anschaut und überlegt, was hätte Hettenleidelheim möglicherweise von dieser Fusion, die heute nun in Gesetzesform in der ersten Lesung vorliegt, dann ist es eine ganze Menge.

Du weißt genau wie ich, dass wir für die Schwimmbäder in Hettenleidelheim und in Altleiningen über die Jahre noch einmal intensiv Finanzen eingebracht haben. Die Diskussion um Altleiningen, um die Schließung des Schwimmbads in den 2000er-Jahren, ist noch sehr gegenwärtig.

Ich glaube, es ist für die kleine Verbandsgemeinde Hettenleidelheim ein großer Gewinn, dass tatsächlich garantiert wird, dass diese Entwicklung nicht nur gut geht, sondern auch dadurch dauerhaft gesichert wird, dass in der Verbandsgemeinde Hettenleidelheim, in der künftigen Verbandsgemeinde Leiningerland nicht nur diese beiden Schwimmbäder da sind, sondern künftig auch noch weitere.

Das ist nicht der einzige Vorteil. Ich erinnere an den Bauhof, der abgesichert wird, und andere Dinge mehr.

Wenn man sich nun die Stimmenzahl anschaut, so sind es vier von 21 Gemeinden, die keinen Beschluss zugunsten dieser Fusion gefasst haben. Man sieht dennoch, dass die Verhältnisse sehr eng sind. Zum Beispiel ist in Carlsberg die Abstimmung 10 : 9 ausgegangen. Das heißt, es ist keineswegs so, dass eine eindeutige Ablehnung dieses Beschlusses zustande gekommen wäre, sondern wir haben bei 19 Gemeinderatsmitgliedern eine einzige Stimme, die letzten Endes für die Ablehnung stimmte.

Schauen wir uns die anderen Dinge an. Leiningerland ist eine Identifikationsgröße, glaube ich. Es ist ein gelungener Name, den die neue Verbandsgemeinde sich gewählt hat, wozu ich sie nur beglückwünschen kann; denn wenn man schaut, wo Identifikation möglich ist, dann ist häufig der Name entscheidend. Ich glaube, dass hier eine tragfähige Bezeichnung gefunden worden ist. So kommen der neuen Verbandsgemeinde auf ihrem Weg nicht nur die Einrichtungen, die gemeinsam betrieben werden – zu nennen sind hier auch die touristische Ausbreitung und die Weiterentwicklung –, sondern auch der Name zugute.

Die Kooperationen, die in der Verbandsgemeinde Hettenleidelheim und der Verbandsgemeinde Grünstadt-Land bereits bestehen, belegen, dass es schon sehr enge Verbindungen zwischen diesen beiden Verbandsgemeinden gibt.

Das, was Manfred Geis vorhin in Sachen Umlageentwick-

lung angeführt hat, ist mit Sicherheit für alle Einwohner in den beiden bzw. in der künftigen gemeinsamen Verbandsgemeinde Leininger-Land ein wichtiges Kriterium, um dem zustimmen zu können.

Ich hätte es gern einstimmig gehabt, das gebe ich zu. Ich kann mich sehr wohl auch dafür erwärmen, dass in der Gegend um Grünstadt letzten Endes ein Zusammenschluss inklusive der Stadt selbst zustande kommt.

Ich freue mich aber, dass nach diesen heißen Diskussionen, die wir in den Jahren 2010 und 2011 geführt haben, nun ein Gesetzentwurf vorliegt, der mehrheitlich von den beiden Verbandsgemeinden getragen wird. Wenn sich schon 17 von 21 Gemeinden deutlich dafür aussprechen, dann ist das eine gute Grundlage.

(Glocke des Präsidenten)

Ich denke, dass die künftige Verbandsgemeinde nicht nur auf einem guten Weg ist, sondern auch eine sehr gute Ausgangsbasis für die nächste Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform hat.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:**

Ich erteile Herrn Staatssekretär Kern das Wort.

**Günter Kern, Staatssekretär:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir vorhin voller Euphorie über die Gebietsänderungsmaßnahmen in Kusel diskutiert haben, auch über das, was noch werden soll, klingen jetzt im Landkreis Bad Dürkheim bei dem Gesetz zum Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Grünstadt-Land und Hettenleidelheim Bedenken durch. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass es die erste Gebietsänderungsmaßnahme im Landkreis Bad Dürkheim ist.

Der Gesetzentwurf, der vorliegt, sieht den Zusammenschluss von Grünstadt-Land und Hettenleidelheim, den beiden Verbandsgemeinden, vor. Mit der Umsetzung zum 1. Januar 2018 und auch im Gesetzentwurf vorgesehen – so ist auch der Vorschlag – soll es einen neuen Namen für die neue Verbandsgemeinde geben: Leiningerland, wie es Herr Abgeordneter Geis vorhin in seiner Rede formuliert hat.

Mit diesem Zusammenschluss werden wir mit der neuen Verbandsgemeinde zu einer Größenordnung von 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit 145 Quadratkilometern und 21 Ortsgemeinden kommen.

Auch hier noch einmal der Hinweis auf das Landesgesetz über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform. Danach hat die Verbandsgemeinde Hettenleidelheim mit rund 10.500 Einwohnerinnen und Einwohnern, einer Fläche von rund 40 km<sup>2</sup> und fünf Ortsgemeinden einen

eigenen Gebietsänderungsbedarf, dagegen die Verbandsgemeinde Grünstadt-Land mit 19.500 Einwohnerinnen und Einwohnern, einer Fläche von rund 105 km<sup>2</sup> und 16 Ortsgemeinden keinen eigenen Gebietsänderungsbedarf.

Ich halte den Zusammenschluss, wie er vorgeschlagen ist, für zukunftsweisend. Es ist eine strukturelle Maßnahme, die dazu führen wird, dass die Leistungsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Verwaltungskraft in den kommunalen Strukturen verbessert werden.

Soweit begrüßen wir, dass die Verbandsgemeinden Hettenleidelheim und Gründstadt-Land und ihre Ortsgemeinden, aber auch die Stadt Grünstadt und die Verbandsgemeinde Eisenberg als Nachbarkommunen sich in diesen Gebietsänderungsprozess sehr konstruktiv eingebracht haben und unter anderem dieser Gesetzentwurf vor Ort sehr große Zustimmung gefunden hat. So haben der Gebietsänderungsmaßnahme die Räte beider Verbandsgemeinden zugestimmt. Gleiches gilt für die Räte von drei der fünf Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Hettenleidelheim und von 14 der 16 Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Grünstadt-Land.

Ich finde, das ist eine große Zustimmung, die die Akzeptanz dieser Gebietsänderungsmaßnahme vor Ort entsprechend deutlich werden lässt. Mit dieser sehr großen Zustimmung durch die kommunalen Räte ist es möglich, eine finanzielle Unterstützung zu leisten. Die 2 Millionen Euro, die zur Reduzierung der Verbindlichkeiten genannt sind, entsprechen dem, was wir im Bereich der Gesetzesmaßnahme Altenglan und Kusel vorgeschlagen haben. Auch dies wird zur finanziellen Entlastung führen und zu einer merklichen Verbesserung der finanziellen Verhältnisse.

Diese Maßnahme wird strukturelle Optimierungen vor Ort schaffen mit entsprechenden Möglichkeiten, die Potenziale durch konkrete Maßnahmen im Hinblick auf Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft auszuschöpfen und zu verbessern.

Auch hier den Blick auf die Bürgerinnen und Bürger, was die Bürgernähe betrifft. Es soll keine Nachteile bei der Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten geben. In der neuen Verbandsgemeinde werden die Bürgerinnen und Bürger ihre Verwaltungsangelegenheiten am bisherigen Sitz der Verbandsgemeindeverwaltung in der Stadt Grünstadt abwickeln können. Ferner werden die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, Verwaltungsangelegenheiten in einer Verwaltungsstelle der Verbandsgemeindeverwaltung der neuen Verbandsgemeinde in Hettenleidelheim erledigen zu können.

Wie gesagt, es ist die erste Gebietsänderungsmaßnahme im Landkreis Bad Dürkheim. Mit den Verbandsgemeinden Deidesheim und Wachenheim an der Weinstraße liegen im Landkreis Bad Dürkheim zwei weitere Verbandsgemeinden, bei denen nach Maßgabe des Landesgesetzes über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform von einem Gebietsänderungsbedarf ausgegangen wird. Ich würde mich freuen, wenn dort ein entsprechender Konsens geschaffen wird.

Landesweit laufen derzeit weitere Gebietsänderungsprozesse. Die Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel ha-

ben wir vorhin diskutiert, Glan-Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr angesprochen. Ebenso ist der Gebietsänderungsprozess für einen Zusammenschluss der großen kreisangehörigen Stadt Ingelheim am Rhein und der Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein mit ihren Ortsgemeinden Heidesheim am Rhein und Wackernheim sehr weit mit dem Ziel fortgeschritten, dies bis zum Jahr 2019 auch gesetzlich zu regeln und zu realisieren.

Ich will zum Abschluss der Diskussion um die Gebietsänderungen auf die nächste Stufe hinweisen.

(Unruhe im Hause –  
Glocke des Präsidenten)

Es liegt zwischenzeitlich ein Konzept für wissenschaftliche Untersuchungen vor. Das Konzept hat ein Wissenschaftlerkreis unter der Federführung von Herrn Professor Dr. Junkernheinrich und Herrn Professor Dr. Ziekow ausgearbeitet. Es sind Leitsätze und Fragen mit den Fraktionen, mit der Landesregierung, mit dem Wissenschaftlerkreis und in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammengestellt worden. Nach der finalen Abstimmung zum Inhalt dieses Konzepts wird es dann möglich sein, den Auftrag zu erteilen, um die zweite Stufe im Bereich der Kommunal- und Verwaltungsreform angehen zu können.

Ich wäre dankbar, wenn Sie dem heutigen Gesetzentwurf in der endgültigen Beratung zustimmen würden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:**

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf – Drucksache 16/6105 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Gibt es andere Vorschläge? – Nein. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Keine. Damit ist die Ausschussüberweisung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der eigentlich für die morgige Sitzung vorgesehen war.

Ich rufe auf **Punkt 20** der Tagesordnung:

#### **Waldzustandsbericht 2015 Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 16/5894) auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/6070 –**

Wir haben eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Neuhof von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Frau Abgeordnete Neuhof, Sie haben das Wort.

#### **Abg. Anna Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Vielen Dank. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Da-

men und Herren! Der Waldzustandsbericht der Landesregierung 2015 gibt keinen Grund zur Entwarnung. Es ist festzustellen, dass lediglich etwas mehr als ein Viertel der Bäume schadensfrei sind. Die Anteile schwach bzw. stark geschädigter Bäume haben sich minimal verändert.

(Vizepräsident Dr. Bernhard Braun  
übernimmt den Vorsitz)

Es wird aber auch deutlich, dass strukturreiche Mischwälder widerstandsfähiger gegen Stressfaktoren sind. Das bedeutet, dass die nachhaltige Forstwirtschaft des Landes eine zukunftssichere ertragreiche Forstwirtschaft sichert.

Hauptthema für die nächste Zeit wird der Klimawandel sein. Schon jetzt sind deutliche Schäden, bedingt durch den Klimawandel, zu erkennen. Baumartenverteilung, standortgerechte Bewirtschaftung und strukturreiche Mischwälder werden über das jetzige Maß hinaus wichtige Faktoren sein, um den Wald klima- und zukunftssicher zu machen.

Gleichzeitig ist der Wald ein beachtlicher natürlicher CO<sub>2</sub>-Speicher. Das gilt selbstverständlich auch für Holz als Baustoff.

Wie wichtig die klimasichere Waldbewirtschaftung auch ökonomisch ist, zeigen Modellrechnungen, die im Waldzustandsbericht angeführt sind und die jährliche Einnahmeverluste zwischen 16 und 21 Millionen Euro im schlimmsten Fall als möglich erscheinen lassen. Ich erwähne dies, um eine mögliche Größenordnung zu nennen und die Klimafestigkeit des Waldes zu betonen. Wie gesagt, es sind Modellrechnungen, aber sie sind ein deutlicher Fingerzeig.

Erhöhte Ozonbelastungen, Schäden durch Extremwetterlagen, aber auch die viel zu hohen Stickoxidemissionen, vor allem durch die Autoabgase, sowie Einträge durch die Landwirtschaft haben Einfluss auf den Zustand des Waldes. Hier muss tatsächlich alles Mögliche getan werden, regional, national, aber auch international, um nachweislich belegbare und nachhaltige Verbesserungen für den Wald zu erreichen.

(Unruhe im Hause)

Ich möchte noch einmal zurück zur Ökonomie kommen, aber diesmal zu einem Faktor, der sehr wohl und sehr gut beeinflussbar ist, nämlich die Schäden durch Wild bzw. die finanziellen Aufwendungen zur Verhütung von Wildschäden. Nimmt man die Datenbasis der Bundeswaldinventur, ergibt sich die Summe von 27 Millionen Euro, ohne den Privatwald, und hier gibt es auch eine ganz einfache Lösung: strikte Anwendung der Landesjagdverordnung, strikte Anwendung des Landesjagdgesetzes, dadurch Verminderung der Wildschäden, dadurch weniger Geld, das dafür ausgegeben werden muss.

Hier muss ich sagen – das ist auch die richtige Stelle –, dass das doch tatsächlich der Casus knacksus ist. Das führt gleichzeitig die widersinnigen Forderungen der Opposition zur Kostenreduzierung bzw. zur Rückabwicklung des Nationalparks ad absurdum, meine Damen und Herren. Das Geld ist woanders sehr gut einzusetzen, und der Nationalpark ist und bleibt ein wichtiges Thema und hoffentlich auch in der Zukunft bestehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wald ist natürlich mehr als Ökonomie. Wald ist auch Naturschutz. Besonders der Naturschutz im Wald, die Fortentwicklung der Biodiversität, die FSC-Zertifizierung, das BAT-Konzept und der Nationalpark sind zu nennen.

Die Umsetzung der nationalen Biodiversität wird durch das Land bewerkstelligt und in der eigenen Biodiversitätsstrategie nochmals verstärkt. Der Auftrag zum Naturschutz ist wichtig und bleibt wichtig. Windräder im Wald verhindern nicht die Naturschutzfunktion des Waldes und den Naturschutz im Wald.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal betonen, dass neben den ökonomischen Verhältnissen genau dieser Naturschutzaspekt äußerst wichtig ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, vor allen Dingen, wenn ich mir das Streichorchester der Opposition im Haushalt ansehe, dass die Landesregierung hier sehr gut aufgestellt ist. Ich hoffe für den Wald, aber auch für die Natur, dass das in der nächsten Legislatur weiter so sein wird.

Zum Schluss möchte ich allen danken, die an dieser Datenerhebung gearbeitet haben und am Waldzustandsbericht insgesamt beteiligt gewesen sind. Wenn man den Bericht in der Hand hat, sieht man ihm nicht an, welche intensive Arbeit das draußen und auch am Schreibtisch ist; dazu meinen herzlichen Dank.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:**

Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Billen das Wort. Sie haben siebeneinhalb Minuten. – Soll ich eine Minute vorher klingeln?

**Abg. Michael Billen, CDU:**

30 Minuten vorher! – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Höfken, zuerst ein Lob: Das ist der erste Waldzustandsbericht, in dem die Ministerin im Vorwort nicht in Chile, Afrika oder den Urwäldern war, sondern in dem man sich im Vorwort mit dem deutschen und dem rheinland-pfälzischen Wald beschäftigt.

(Vereinzelt Beifall bei der Landesregierung)

Herzlichen Glückwunsch, das war schon einmal solide und gut!

Jetzt kommen wir zu den Punkten, die der Waldbericht hergibt. Wir haben letztes Jahr den Bundeswaldbericht gehabt. Der Wald ist in einem guten Zustand, aber nicht dank der grünen Politik.

(Anna Neuhofer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Doch! Ganz klar!)

– Nein, nicht dank der grünen Politik, sondern der Wald ist deutschlandweit – die GRÜNEN regieren nicht deutschlandweit, und der Wald reagiert auch nicht auf fünf Jahre, nur so viel dazu – in einem guten Zustand.

Wir haben aber noch ein paar Problemchen, die wir lösen wollen. Dazu wird leider nichts gesagt. Dafür ist auch in den letzten Jahren leider kein Geld ausgegeben worden. Wir müssen, obwohl der pH-Wert gestiegen ist, kalken,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

und zwar nicht in 40 Jahren, sondern jedes Jahr, die Flächen nacheinander kalken. Nur so bekommen wir die Nadelhölzer und teilweise auch die Buchen bestandsfest. Egal, ob wir gemischte oder reine Wälder haben, es muss gekalkt werden.

Frau Ministerin, ich sage Ihnen, ich hätte gerne im Waldzustandsbericht oder eine Woche vorher oder nachher einmal das Gutachten von Trippstadt zur Kalkung. Das hält die Landesregierung bewusst unter Verschluss, weil dieses Gutachten bei der Kalkung zu dem Ergebnis kommt, dass gekalkt werden muss, und nicht alle 40 Jahre, sondern regelmäßig.

Ein weiterer Punkt, der im Wald immer wichtig ist – dafür steht die CDU-Fraktion, und das hat sich auch bewährt, weil Wald nicht in 50 Jahren, sondern in 100 Jahren denkt – bei der Nachhaltigkeit: Wir schützen Wald, indem wir nutzen, und nicht durch Stilllegungen.

Frau Ministerin, ich habe aber eine interessante Zahl gefunden: Sie geben im Waldzustandsbericht bekannt, Sie hätten im Staatswald die 10 % Diversität erreicht, die Sie immer geleugnet haben. Sie haben immer gesagt, nein, wir brauchen noch einen Nationalpark – Sie haben schon weitere Stilllegungen geplant –, wir müssen noch Wald stilllegen, um 10 % zu erreichen.

Im Waldzustandsbericht steht klar: 10 % Diversität. Diese haben Sie längst erreicht, sogar ohne Nationalpark. Sie zählen nur die Flächen, die in den Hängen liegen, die schon lange nicht mehr bewirtschaftet werden, nicht erst, seitdem die GRÜNEN mitregieren, einfach nicht mit.

Insofern ist auch das eine Erkenntnis aus dem Waldzustandsbericht. Dort werden die 10 % von der Landesregierung zugegeben.

(Beifall bei der CDU)

Dann muss ich der grünen und der SPD-Fraktion etwas sagen: Ich finde es klasse, wie ihr über das Jagen diskutiert, welche Möglichkeiten man hat, und dass Rehe, Rotwild und Wildschweine geschossen werden müssen. Nur hat von euch allen Parlamentariern, von Grün und Rot, noch kein einziger etwas zum Schutz des Waldes beigetragen, indem er ein Reh, ein Rotwild oder ein Wildschwein totgeschossen hat. Das sieht in der CDU-Fraktion ein bisschen anders aus. Wir wissen da, wovon wir reden.

(Beifall bei der CDU –  
Zurufe von der SPD –  
Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Auch das ist ein schönes Beispiel. Hier gibt es jede Menge Menschen, die in der Theorie von Wald und Wild reden, am liebsten nur Wald, wenn es nach der Landesregierung geht, viel mehr Wald als Wild. Wir stehen für Wald und Wild, und zwar in angemessener Form, das heißt, es darf auch noch ein Rotwildrudel durch den Wald laufen, es dürfen auch noch Rehe durch den Wald laufen, wir wollen sie auch haben, wir wollen auch noch ein paar Wildschweine haben.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Dass wir an manchen Stellen zu viele Wildschweine haben, sogar insgesamt zu viele Wildschweine: Dann schießt doch einmal eins, damit ihr wisst, wovon wir reden. Um ein Wildschwein zu erlegen, brauchen Sie 10 Stunden Arbeit. Das macht der Naturschutzverband, der Deutsche Jagdverband mit seinen Mitgliedern, gerne, aber er opfert 10 Stunden für eins. Über Rotwild und Rehwild wollen wir gar nicht reden.

Noch einmal, wir fassen zusammen: Wir wollen – und dafür werden wir auch stehen – schützen durch nutzen, nicht durch Stilllegung. Wir werden den Wald weiterhin nachhaltig bewirtschaften. Wir werden dafür sorgen, dass er gekalkt wird. Wir werden dafür sorgen, dass Wirtschaftswege gebaut werden, damit man das Holz mobilisieren kann, damit man damit auch etwas für den Klimawandel und das CO<sub>2</sub> tun kann. Wenn wir das alles erledigt haben, reden wir nach fünf Jahren noch einmal über den Waldzustandsbericht.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:**

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Hürter das Wort.

**Abg. Marcel Hürter, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der aktuell vorliegende Waldzustandsbericht befasst sich vor allem mit dem Thema, wie die Vitalität der Bäume ist, und macht das sehr stark an der Kronenverlichtung fest. Gemessen daran sind nur 30 % der Bäume in einem guten Zustand und leider sieben von zehn nicht. Das muss einen betrüben.

Es wird auch ausgeführt, dass viele der Maßnahmen, die wir in der Ökologie erreicht haben, dass unsere Wälder älter geworden sind, auch dazu geführt haben, dass sich die Kronenverlichtung erhöht hat, weil logischerweise ältere Bäume in der Regel eine nicht ganz so vitale Krone haben.

Das heißt, es ist sehr komplex, an dem Indikator die Ma-

terie festzumachen. Es ist auch von Baumart zu Baumart sehr differenziert zu schauen, welche Baumart sich gut und welche sich eher problematisch entwickelt.

Insofern kann man am Waldzustandsbericht sehr gut festmachen, dass das, was wir in Rheinland-Pfalz in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten gemacht haben, was vor allem die Forstleute gemacht haben, nämlich auf standortgerechte Mischwälder zu setzen, auf eine Waldpolitik, eine Waldnutzung, die auch die Schutz- und Erholungsfunktion im Auge hat, genau richtig ist und genau den gesellschaftlichen Bedürfnissen angemessen ist.

Wir sehen, dass wir Herausforderungen bei einzelnen Baumarten haben, festgemacht an den Antagonisten, den Schädlingen, den Herausforderungen, an Krankheiten. Wenn wir alles in einen Korb legen würden, wenn wir Risiken eingehen würden, auf eine Baumart setzen würden, würden wir zu Problemen kommen. Deswegen glaube ich, dass die grundsätzliche Ausrichtung gut ist.

Ich glaube auch, dass es gut ist, dass wir die Konzeption, die es gab, konsequent weiterentwickelt haben, zum Beispiel mit dem Thema BAT-Konzept, das in der letzten Ausschusssitzung massiv von der CDU kritisiert wurde, das aber noch einmal im Bericht Würdigung findet und woran sich sehr deutlich festmachen lässt, dass das eine Konzeption ist, die nicht nur in der Bewirtschaftung nützlich ist, weil sie die Verkehrssicherheit gewährleistet und vernünftige Handlungsempfehlungen gibt, sondern auch die Ökologie in den Wäldern weiter fördert.

Dass wir auf einem guten Weg sind, wird auch daran deutlich, dass wir eine FSC-Zertifizierung erfolgreich im Staatswald vorgenommen haben, die zeigt, dass Wälder in Rheinland-Pfalz auf einem guten und hohen Niveau bewirtschaftet werden und es auch der Erholung und der Natur dient.

Herr Billen hat gerade – deswegen muss ich mein Konzept ein bisschen umstellen – Kritik geäußert, die mich überrascht. Er hat gesagt, das Thema Kalkung würde ihn so umtreiben. Der Waldzustandsbericht gibt hier eine eindeutige Aussage vor: Wir brauchen nicht mehr so viel Kalkung wie früher, weil wir erfolgreich die Einträge durch Schwefel und Stickstoff, die es in der Vergangenheit gegeben hat, reduziert haben, und dort, wo es weiterhin notwendig ist, soll standortangepasst weiter gekalkt werden.

Das ist genau das, was diese Landesregierung macht und was Sie leider nicht einsehen wollen.

(Michael Billen, CDU: Das wird seit drei Jahren nicht mehr gemacht!)

– Herr Billen, es wurde auch in den vergangenen drei Jahren gekalkt, und es wird auch in der Zukunft gekalkt.

(Michael Billen, CDU: Nein!)

Insofern bitte ich Sie, sich schlauzumachen; denn das, was Sie hier gesagt haben, ist offenkundig falsch.

Darüber hinaus haben Sie das Thema Jagd in einer etwas merkwürdigen, schon fast ironischen Weise hier vorgebracht. Wir haben in Rheinland-Pfalz in vielen Bereichen

Herausforderungen in der Forstpolitik. Eine der größten Herausforderungen, die die Forstwirtschaft hat, ist, dass wir in Teilbereichen des Landes viel zu hohe Schalenwildbestände haben. Die gefährden nicht nur die ökologische Funktion des Waldes, teilweise sogar seine Existenz, sondern sie sorgen vor allem dafür, dass die, die vom Wald leben müssen, arge Probleme bekommen und Wald eben für die eine oder andere Gemeinde oder für den einen oder anderen Privatwaldbesitzer unwirtschaftlich wird. Das kann man mit einer vernünftigen Bejagung verhindern. Deswegen hat das Land das Jagdgesetz und die Verordnungen angepasst, dies oftmals oder fast immer gegen Ihren Widerstand.

Wenn Sie in den Raum stellen, wir sollen doch einmal selbst in die Praxis kommen, muss ich ganz ehrlich sagen: Welches Hobby jemand ausübt, ist immer noch seine eigene Entscheidung. – Ich leiste meinen Beitrag zur Reduzierung von Rotwildbeständen, zur Reduzierung von Schalenwildbeständen mit Messer und Gabel. Ich glaube, das ist auch ein Beitrag.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Beitrag, den Sie auch gelegentlich leisten.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Mich treibt manchmal der Eindruck um, dass dann, wenn Sie über die Konflikte, die mit Wald und Wild teilweise verbunden sind – nicht überall, aber teilweise verbunden sind –, sprechen, Sie leider aus Ihrem Jagdhobby heraus eine Brille aufhaben, die zu sehr von der Jagd geprägt ist. Auch das muss man Ihnen an der Stelle ganz deutlich vorhalten.

Deshalb darf ich noch einmal zusammenfassen: Wir sind in Rheinland-Pfalz gut aufgestellt, was die Nutzung unserer Wälder angeht, aber auch, was die Schutz- und die Erholungsfunktion angeht. Ich bin froh, dass wir in den fünf Jahren sehr viel weitergekommen sind, zum Beispiel mit der FSC-Zertifizierung, zum Beispiel mit dem BAT-Konzept und vor allem mit einem wegweisenden, einem richtungsweisenden Personalkonzept, das dafür sorgt, dass die Forstleute in Rheinland-Pfalz gut arbeiten können.

(Glocke des Präsidenten)

Deswegen lassen Sie mich Danke für diese Arbeit sagen. Lassen Sie mich vor allem denjenigen danken, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, also vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:**

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Höfken das Wort.

**Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Waldzustandsbericht – Herr Billen, da haben Sie nicht recht – steht nämlich nicht nur in einem rheinland-pfälzischen, sondern in einem europaweiten forstlichen Zusammenhang, nämlich mit dem Umweltmonitoring, das viele Aspekte umfasst, die durchaus global, aber auf jeden Fall europäisch sind, weil Zustandserhebungen, Bodenzustandserhebungen und Überwachung der Belastbarkeit der Waldökosysteme durch Luftschadstoffe machen, wie Sie wissen sollten, nicht unbedingt an den Landesgrenzen halt.

Das forstliche Umweltmonitoring geht auf die 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Da war natürlich die wachsende Sorge um die Gesundheit der Wälder vorhanden. Wir müssen ganz klar sagen: So gut sieht es dann auch wieder nicht aus; denn wir haben vor allem die Stickstoffeinträge und die Belastungen durch Ozon mit Sorge zu betrachten. Darum geht es dem Wald jetzt auch nicht so schrecklich gut.

73 % der Bäume sind insgesamt mehr oder minder stark geschädigt. Bei der Buche hat sich der Kronenzustand gegenüber 2014 deutlich verbessert. Sie hat allerdings im Jahr davor stark gefruchtet. Bei anderen Baumarten zeigt sich dagegen in diesem Jahr nur eine etwas geringere Belaubung.

Wir sehen ganz klar, in der Vegetationszeit 2015 waren viele Bäume erneut durch erheblich überdurchschnittliche Temperaturen und durch ausgeprägten Niederschlagsmangel gestresst. Die Waldzustandserhebung liefert ganz klare Hinweise zur Auswirkung des Klimawandels auf die Vitalität der Bäume und auf die Waldökosysteme.

Ganz klar müssen wir auch sagen: Damit sind erhebliche ökonomische Schäden verbunden. – Das heißt, der Klimawandel schädigt die Waldbesitzer und die Volkswirtschaft in einem erheblichen Ausmaß. Darum ist es unsere Verantwortung und unsere Pflicht, auch im wirtschaftlichen Sinne die Energiewende voranzutreiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Ganz so locker sehe ich das auch nicht bei der Bewertung von Wald-Wildschäden – das haben Frau Neuhofer und Herr Hürter gesagt –; denn wir haben hier immerhin nur im öffentlichen Wald einen jährlichen Schaden zwischen 25 und 27 Millionen Euro. Ja, dagegen ist ein Nationalpark rein gar nichts.

Da muss man natürlich sagen: Da müssen Jäger und Waldbesitzer zusammenarbeiten. Ich bin froh, dass wir hier, ich denke, gemeinsam gute Grundlagen gefunden haben. Ich erwarte eben, dass daran auch weiter konsequent gearbeitet wird; denn natürlich ist auch die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes für uns ein ganz wichtiges Feld im Land Rheinland-Pfalz. Sonst betonen Sie das auch immer.

Natürlich ist klar, die Entlastung von Bäumen für den vollen Lebenszyklus im Wald, dazu die nutzungsfreien Flächen

in den Waldrefugien und Naturwaldreservaten, die Kernzonen des Biosphärenreservats, der Nationalpark Hunsrück-Hochwald, aber natürlich auch eine konsequente naturnahe Waldwirtschaft, die im Staatswald eben entsprechend mit FSC und anderen zertifiziert wird, und gezielte Bodenschutzkalkulationen sind alles wichtige Initiativen.

Herr Billen, das wissen Sie auch. Es wird nicht gedüngt, wenn ein entsprechender Bedarf nicht vorhanden ist. So ist es im Wald auch. Wenn der Bedarf vorhanden ist, wird selbstverständlich auch gekalkt.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Vielleicht sollten Sie Ihre Redebausteine einmal überarbeiten.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend wird aber sein, nicht nachzulassen und Entwicklungen weiter voranzubringen, die eine Überforderung nicht nur des Waldes, sondern des Lebensnetzes in seiner ganzen Vielfalt abwenden. In der Luftreinhaltung, im sinnvollen Einsatz erneuerbarer Energien, im Bodenschutz, im Gewässerschutz und in der Erhaltung der Biodiversität müssen wir weiterkommen.

Insofern muss man sagen: Alle diese Maßnahmen von der Energiewende bis zur Biodiversität sind von der CDU abgelehnt worden.

Vielleicht sollte ich an der Stelle auch noch einmal sagen: Natürlich ist für uns die naturnahe Waldwirtschaft das Markenzeichen von Landesforsten. – Die CDU steht für eine andere Waldpolitik; denn dazu sagt ganz klar der NABU auch unter Benennung von Herrn zu Guttenberg, der Ihre Waldpolitik repräsentieren soll: Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände erhält den Negativpreis „Dinosaurier“ für seinen erbitterten Widerstand gegen eine natürliche Waldentwicklung und die Lobbyarbeit gegen das EU-Naturschutzrecht. Philipp zu Guttenberg vertritt und verbreitet eine anachronistische Sicht des Waldes, die sich alleine auf die wirtschaftliche Nutzbarkeit von Holzressourcen beschränkt. – Er wird nicht kommen, aber er steht natürlich für die Politik der CDU. Das wollen wir natürlich nicht.

Ich danke allen, die an diesem Waldzustandsbericht mitgearbeitet haben – Landesforsten, die Bürger und Bürgerinnen und natürlich für die vielen wissenschaftlichen Beiträge –, dafür, dass es diesen Bericht wieder so gut gibt.

Wir wollen den Wald mit unserer ganzen Politik sowohl erhalten als auch nutzen.

Ich danke auch Ihnen dafür, dass ich reden durfte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:**

Das Wort hat für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Billen. Sie haben noch eine Redezeit von drei Minuten und

15 Sekunden.

**Abg. Michael Billen, CDU:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Herr zu Guttenberg beweist seit Jahrzehnten, dass er Wald nachhaltig nutzt und dabei auch noch Geld verdient. Es ist noch keine Schande, wenn man mit seinem Besitz den Nachweis führen kann, dass man ihn nachhaltig nutzt und dabei auch noch wirtschaftlich ist. Den Beweis sind Sie noch schuldig. Das ist aber ganz sicher.

(Beifall der CDU)

Nur nebenbei: Wir reden noch einmal über das Kalken. Sie bestreiten – darum geht es – die Notwendigkeit des Kalkens. Ich habe Ihnen das sofort gesagt, als Sie gesagt haben, alle 40 Jahre, alle 20 Jahre kalken reicht.

Sie haben selbst ein Gutachten in Auftrag gegeben, das in Trippstadt liegt. Holen Sie es doch einmal heraus und geben Sie es bekannt. Dann stellen wir nämlich auf einmal fest, dass man in dem Gutachten zu einem anderen Ergebnis kommt. Das Gutachten sagt nämlich kalken, und zwar natürlich nicht da, wo wir Kalk genug haben, sondern da, wo wir die Übersäuerung des Bodens haben. Das ist doch gar keine Frage. Wir können sowieso nicht alles auf einmal kalken.

(Zuruf aus dem Hause)

Herr Kollege, Sie haben in den vergangenen Jahren kein Geld für das Kalken ausgegeben, weil die nicht wollten. Natürlich, fragen Sie doch nach. Das wissen Sie doch. Das ist der Punkt, worüber wir in der Zukunft sprechen müssen. Natürlich müssen wir dem Boden, wenn er zu sauer ist, den Kalk geben, damit wir das ausgleichen können, damit wir vor allem das Nadelholz gegen andere Umwelteinflüsse stärken, die wir auch haben, wie Ozon und Ähnliches. Natürlich muss man das machen. Darum geht der Streit.

Sie bauen auch keine Waldwege, weil Sie eigentlich gar nicht wollen, dass alles Holz mobilisiert wird.

Wir bleiben bei unserer ganz klaren Zielsetzung „Schützen durch nützen“ und nicht durch stilllegen.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat die Besprechung des Waldzustandsberichts ihre Erledigung gefunden.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich lade Sie zur morgigen 112. Plenarsitzung am 28. Januar 2016 um 09:30 Uhr ein.

Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 18:41 Uhr.